

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2021

THEMA IM FOKUS

Veränderungen in der Arbeitswelt und die Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft

- 4 | **Bleibt alles anders**
Der Wandel der Arbeitswelt
und seine Folgen
von Annabelle Krause-Pilatus
- 11 | **Die Zukunft des Arbeitens ...**
... ist auch eine Verteilungsfrage
von Uwe Roßbach
- 18 | **Jugendliche in Transformationen
der Arbeitswelt**
Erfordernisse politischer Bildung
von Sophie Schmitt
- 26 | **Jugendliches Erleben in
Zeiten der Corona-Pandemie**
Junge Menschen kommen
zu Wort
- 31 | **Politische Bildung und
die digitale Transformation
der Arbeitswelt**
Eine europäische Perspektive
von Nils-Eyk Zimmermann
- 38 | **Arbeitswelt in der politischen
Bildung und Weiterbildung**
Aktuelle Paradigmen und ein
postpandemischer Ausblick
von Ines Pohlkamp

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2021

Zu diesem Heft

Diese Ausgabe unserer Zeitschrift beschäftigt sich damit, wie sich die Arbeitswelt verändert und wie dies auf Politik und Gesellschaft ausstrahlt. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema hat – und das war bei der Planung nicht vorhersehbar – im vergangenen Jahr enorm an Dynamik gewonnen: Keine Betrachtung von Veränderungen der Arbeit in der heutigen Zeit kann die Herausforderungen und den gesellschaftlichen Wandel durch die Corona-Pandemie ignorieren. „Die Arbeitswelt verändert sich – nicht das erste Mal, aber vielleicht noch nie so schnell“, heißt es im ersten Beitrag dieser Ausgabe.

Die Beiträge dieses Heftes ordnen den Wandel der Arbeitswelt historisch ein, nehmen die Zukunft des Arbeitens in den Blick, benennen die besonderen Herausforderungen für die Jugend und betrachten die digitale Transformation der Arbeitswelt in europäischer Perspektive – und sie tun dies vor dem Hintergrund aktueller Veränderungen. Die Ausführungen beziehen sich auf die Erwerbsarbeit, aber ebenso auf den großen „Erfahrungsraum unbezahlter Arbeit“, der, wie der prekäre Pflegebereich, in dieser Zeit der Pandemie noch einmal deutlicher in den Fokus rückt.

All diese Aspekte spielen in der auf die Arbeitswelt bezogenen politischen Bildung eine wichtige Rolle. Diese hat – nicht nur im AdB – eine lange Tradition. Sie nimmt gesellschaftliche, aber auch individuelle Bedingungen und Entwicklungen in den Blick. Sie setzt sich mit den Auswirkungen (europäischer) Arbeitsmarktpolitik auf die Arbeitskräfte ebenso auseinander wie mit der zunehmenden digitalen Vernetzung, dem demografischen Wandel und mit Chancengerechtigkeit und Möglichkeiten zur Mitgestaltung in der Arbeitswelt. Arbeitsweltbezogene politische Bildung spricht Schüler*innen, Berufsschüler*innen und Studierende an und gestaltet mit ihnen Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Berufstätigkeit. Wie wichtig Angebote der Orientierung, der Anregungen und Mitgestaltung sind, wird auch in den Statements junger Menschen deutlich, die für diese Ausgabe gewonnen werden konnten.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes:

Politische Bildung mit Kindern entwickeln und gestalten

Thema im Fokus:

Veränderungen in der Arbeitswelt und die Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft

- 4 **Bleibt alles anders** von Annabelle Krause-Pilatus
- 11 **Die Zukunft des Arbeitens ...** von Uwe Roßbach
- 18 **Jugendliche in Transformationen der Arbeitswelt** von Sophie Schmitt
- 26 **Jugendliches Erleben in Zeiten der Corona-Pandemie** Junge Menschen kommen zu Wort
- 31 **Politische Bildung und die digitale Transformation der Arbeitswelt** von Nils-Eyk Zimmermann
- 38 **Arbeitswelt in der politischen Bildung und Weiterbildung** von Ines Pohlkamp
- 46 **Corona macht menschenrechtliche Handlungsbedarfe sichtbar** Interview mit Dr. Sandra Reitz

Forum

- 49 **Was für ein Jahr! – Politische Bildung in Zeiten der Pandemie** von Ina Bielenberg
- 54 **Arbeitsplatz Bildungsstätte** Vertreter*innen von vier Bildungsstätten kommen zu Wort

Politische Bildung praktisch

- 59 **Drohnen im Stuhlkreis** von Tanja Berger

Jahresthema im AdB

- 64 **Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung** AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2021
- 67 **Auf dem Weg (?)** von Roland Wylezol

Rezensionen

- 71 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 76 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 83 **Personalien**
- 84 **Aus Profession und Politik**
- 88 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 89 **Veranstaltungen**
- 90 **Zeitschriftenschau**
- 92 **pb-digital**
- 93 **Jahrgangsregister**
- 96 **Impressum**

Bleibt alles anders

Der Wandel der Arbeitswelt und seine Folgen

Die Arbeitswelt verändert sich – nicht das erste Mal, aber vielleicht noch nie so schnell. Als die Megatrends, die Einfluss auf die Arbeitswelt haben, gelten die Digitalisierung, die Globalisierung und der demografische Wandel. Gleichzeitig finden ein Wertewandel und bedeutende Transformationsprozesse, etwa im Energie- und Mobilitätsbereich, statt. Dieser Artikel ordnet den aktuellen Wandel in den historischen Kontext ein und gibt einen Überblick über die zentralen Entwicklungen. von Annabelle Krause-Pilatus

Veränderungen in der Arbeitswelt sind kein Phänomen der letzten Jahre oder gar Jahrzehnte. Vielmehr war und ist es die Regel, dass sich insbesondere durch den technischen Fortschritt auch berufliche Tätigkeiten, Arbeitsprozesse und -bedingungen immer wieder ändern und anpassen. Wie lässt sich der aktuelle Wandel der Arbeitswelt demzufolge in den historischen Kontext einordnen? Der Begriff „Industrie 4.0“ fällt regelmäßig als Schlagwort, wenn es um die aktuellen Veränderungen geht, und dient als Bezeichnung der vierten industriellen Revolution. Demnach sind drei weitreichende Umbrüche der aktuellen Entwicklung vorausgegangen. Die erste – und die eigentliche – industrielle Revolution läutete Ende des 18. Jahrhunderts durch die Erfindung der Dampfmaschine den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft ein (vgl. Wolter et al. 2015; Barthelmäs et al. 2017). Maschinen ersetzen dabei erstmals handwerkliche Arbeit, auch etwa durch die Erfindung des mechanischen Webstuhls. Die Rohstoffe Kohle und Eisen wurden erstmals massenhaft abgebaut und verwendet. Gleichzeitig wurden die ersten Gewerkschaften und Arbeiterparteien gegründet.

Bei der zweiten industriellen Revolution Anfang des 20. Jahrhunderts stand die Einführung elektronischer Energie

im Vordergrund. Die Erfindung der Verbrennungskraftmaschine, des Elektromotors und die Herstellung von Kunststoffen sind entscheidende Technologien, die mit dem damaligen technischen Fortschritt verbunden werden. Die dadurch entstandene Fließband- und Massenproduktion führte zu einem Produktivitätsschub, welcher wiederum Auslöser eines beginnenden Wohlfahrtsstaats war. Die dritte industrielle Revolution läutete in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts den Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft ein. Die Entwicklung der Steuerungstechnik und die Erfindung des Computers führten zu einer Automatisierung der Produktion. Auch die Anfänge des Internets gelten als Teil der dritten industriellen Revolution. Bei der „Industrie 4.0“ geht es schließlich um die Digitalisierung der Produktion; insbesondere die Vernetzung und Selbststeuerung stehen hier im Vordergrund. Da diese technischen Neuerungen allerdings letztlich „nur“ Weiterentwicklungen von Technologien aus der dritten industriellen Revolution darstellen, besteht kein Konsens, ob tatsächlich schon die vierte Phase der industriellen Revolution angebrochen ist oder eigentlich die dritte Phase noch andauert (vgl. Barthelmäs et al. 2017). Diese Frage der Definition ändert jedoch letztlich nichts an der Tatsa-

che einer sich durch die neuen technischen Entwicklungen verändernden Arbeitswelt.

Digitalisierung und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt

Die Digitalisierung gilt als einer der Haupttreiber der aktuellen Veränderungen. Der Begriff Digitalisierung ist relativ weit gefasst und bezeichnet zunächst einmal das Umwandeln analoger Informationen in digitale Formate (vgl. Bendel 2018). Im vorliegenden Beitrag bezieht sich der Begriff jedoch insbesondere auf die technischen Neuerungen der letzten Jahre. Dabei handelt es sich etwa um selbststeuernde Anlagen, Roboter und vollautomatisierte und vernetzte „Smart Factories“ im Produktionsbereich sowie etwa um Big Data, Cloud-Computing-Systeme und Online-Plattformen im Dienstleistungsbereich (vgl. Arntz et al. 2017). Alle Neuerungen hängen außerdem zusammen mit oder sind begleitet vom zunehmend verfügbaren schnellen und mobilen Internet.

Inwieweit der Megatrend der Digitalisierung die Arbeitswelt beeinflusst, war und ist Bestandteil unzähliger Beiträge aus Wissenschaft und Forschung. Eine der zentralsten Fragen ist hierbei diejenige, ob der Menschheit aufgrund der technischen Entwicklung die Arbeit ausgeht. Diese Frage nach der technologischen Arbeitslosigkeit ist keineswegs neu, sondern war schon bei vergangenen industriellen Revolutionen Gegenstand des gesellschaftlichen Diskurses, wobei sich in der Vergangenheit die gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsgewinne letztlich doch immer als größer herausgestellt haben als die Verluste (vgl. Mokyr et al. 2015). Empirische Schätzungen zu dem mit der Digitalisierung zusammenhängenden Automatisierungsrisiko kommen je nach Methode zu unterschiedlichen Ergebnissen. So hatte eine Studie große Aufmerksamkeit mit der recht pessimistischen Aussicht erlangt, dass 47% der Berufe in den USA von Automatisierung bedroht seien (vgl. Frey/Osborne 2017). Allerdings wurde in dieser Studie das Automatisierungspotenzial ganzer Berufe untersucht, wohingegen in der Realität eher einzelne Tätigkeiten (Tasks) von der Automatisierung betroffen sein dürften. Auf Grundlage solch einer alternativen Methodik kommen verschiedene Studien zu dem Ergebnis, dass in den USA, in Deutschland und in weiteren OECD-Ländern jeweils ein deutlich geringerer Anteil von schätzungsweise 9 bis 15% der Arbeitsplätze – nicht Berufe – von Automatisierung bedroht sind (vgl. Bonin et al. 2015; Dengler/Matthes 2015; Arntz et al. 2016).

Technische Entwicklungen stoßen einen Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ im *Schumpeterschen* Sinne

an. Der technische Fortschritt führt demnach einerseits durch Automatisierungs- und Rationalisierungspotenziale zu einer gewissen Zerstörung: Roboter, Maschinen und Computer ersetzen menschliche Arbeit, was auch als Substitutionseffekt bezeichnet wird. Gleichzeitig werden Ressourcen freigesetzt, die produktiv genutzt werden können. So schafft die Digitalisierung andererseits eine neue Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen, was als direkter oder indirekter Nachfrageeffekt bezeichnet wird. Welcher Effekt letztlich dominiert, ist eine empirische Frage. *Gregory et al. (2019)* etwa zeigen, dass die durch Computerisierung induzierten positiven Beschäftigungseffekte in der Europäischen Union zwischen 1999 und 2010 die negativen Effekte übersteigen. Im Saldo führt die Digitalisierung also vermutlich zu keinen Beschäftigungsverlusten, setzt aber große Umwälzungen in Gang. Zentral ist und wird dabei sein, Beschäftigte kontinuierlich weiterzubilden und ihnen neue Kompetenzen und Fähigkeiten zu vermitteln, damit diese Beschäftigten neu entstehende Arbeitsplätze besetzen können oder auch weniger Entlassungen drohen. Diese Flexibilität sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch der Beschäftigten gilt als wichtiger Anpassungsmechanismus, um dem bedrohlichen Szenario der technologischen Arbeitslosigkeit den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Insgesamt sind insbesondere Routine-Tätigkeiten vom technischen Wandel bedroht, wohingegen bei Tätigkeiten, bei denen soziale Intelligenz, Kreativität und Feinmotorik eine zentrale Rolle spielen, der Mensch auch in Zukunft den technischen Möglichkeiten überlegen sein wird.

Nichtsdestotrotz kann man (Beschäftigungs-)Gewinner und Verlierer der Digitalisierung nach Branchen oder auch nach Qualifikationsniveau ausmachen. So gehören laut *Arntz et al. (2018)* die Branchen, die entweder zu Vorreitern bei der Einführung der Technologien gehören oder die „Industrie 4.0“-Technologien oder Vorleistungen dafür produzieren (z. B. der Verkehrs- und Nachrichtensektor oder der Elektronikbereich und Fahrzeugbau, aber auch →

die öffentliche Verwaltung), zu den Beschäftigungsgewinnern. Im Gastgewerbe und der Landwirtschaft wird mit Beschäftigungsrückgängen gerechnet. *Südekum* (2018) zeigt, dass Anstiege von Roboterinstallationen am stärksten in Automobil- und ihrer Zuliefererbranche, aber auch bei der Herstellung von Möbeln, Elektroartikeln oder Musikinstrumenten die Anzahl der Beschäftigten reduziert hat. Dieser negative Beschäftigungseffekt in der Industrie wurde jedoch durch einen positiven Beschäftigungseffekt in der Dienstleistungsbranche ausgeglichen, sodass insgesamt eine Veränderung der Beschäftigungsstruktur zu beobachten ist. Außerdem führten Roboter nicht zu Entlassungen in stärker robotisierten Industriezweigen, aber wohl zu weniger Neueinstellungen von jungen Menschen. Bei Arbeitnehmer*innen mit mittlerem Qualifikationsprofil sind die Erwerbseinkommen durch Roboter moderat gesunken.

Um eine aufgrund der Digitalisierung entstehende soziale Ungleichheit zwischen Beschäftigten mit mittlerer und hoher Qualifikation zu verhindern, sind unterschiedliche Formen der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens sowie die Anpassung der dualen Ausbildung an den digitalen Wandel notwendig.

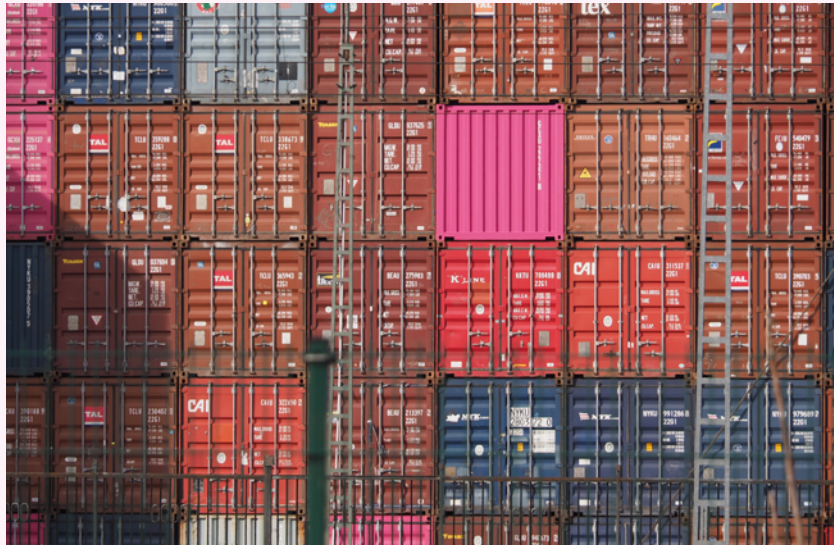
Insgesamt sind also insbesondere Routine-Tätigkeiten vom technischen Wandel bedroht, wohingegen bei Tätigkeiten, bei denen soziale Intelligenz, Kreativität und Feinmotorik eine zentrale Rolle spielen, der Mensch auch in Zukunft den technischen Möglichkeiten überlegen sein wird (vgl. Eichhorst/Buhlmann 2015). Berufe etwa im Gesundheits- und Sozialwesen, Bildung und Forschung gelten demnach als zukunftssichere Beschäftigungsfelder. Aufgrund der schon weit fortgeschrittenen Rationalisierung einfacher Tätigkeiten werden insbesondere Beschäftigte mit einer mittleren Qualifikation negativ von der Digitalisierung betroffen sein (vgl. Eichhorst et al. 2016). Um eine aufgrund der Digitalisierung entstehende soziale Ungleichheit zwischen Beschäftigten mit mittlerer und hoher Qualifikation zu verhindern, sind auch hier wie bereits

erwähnt unterschiedliche Formen der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens sowie die Anpassung der dualen Ausbildung an den digitalen Wandel notwendig.

Neben den Beschäftigungswirkungen erleben viele Arbeitnehmer*innen auch eine Flexibilisierung ihrer Arbeitsbedingungen. So spielen atypische Erwerbsformen wie etwa Teilzeit und befristete Tätigkeiten, Zeitarbeit und Minijobs eine immer größere Rolle, wenngleich der Anteil des „Normalarbeitsverhältnisses“ im Sinne einer unbefristeten Vollzeittätigkeit seit Anfang der 1990er Jahre nur um wenige Prozentpunkte gesunken ist (vgl. Eichhorst et al. 2016). Auch wenn die Zunahme der atypischen Erwerbsformen nur wenig mit der Digitalisierung zusammenhängen dürfte, spielt diese bei der immer weiter voranschreitenden Flexibilisierung des Arbeitsortes und der Arbeitszeit wie etwa dem verstärkten Einsatz von Homeoffice wieder eine zentralere Rolle. Aktuelle Umfragen zeigen, dass in 2019 knapp ein Viertel der abhängig Beschäftigten mindestens gelegentlich mobil oder von zuhause gearbeitet hat und dass dieser Anteil in der Corona-Pandemie noch einmal auf 36 % angestiegen ist (vgl. Bonin et al. 2020).

Zu den Vorteilen der Arbeit aus dem Homeoffice zählen etwa eine höhere Produktivität oder wegfallende Pendelzeiten. Allerdings besteht auch die Gefahr einer räumlichen und zeitlichen Entgrenzung von Arbeit und einer damit zusammenhängenden Überlastung. Die Mehrheit der im Homeoffice Beschäftigten gibt jedoch an, mit der Arbeit aus dem Homeoffice alles in allem zufrieden bis sehr zufrieden zu sein (vgl. ebd. 2020). Allerdings scheinen persönliche Präferenzen im Hinblick auf flexible Arbeitsverhältnisse einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit zu haben. So zeigen *Krause-Pilatus* et al. (2019), dass die einen Beschäftigten sich mehr und die anderen weniger Autonomie und Flexibilität im Job wünschen, was sich wiederum in ihrer Arbeitszufriedenheit niederschlägt: Entsprechen die Arbeitsplatzigenschaften – also mehr oder weniger Flexibilität – den eigenen Präferenzen, ist auch die berichtete Arbeitszufriedenheit höher. Der Nutzen des mobilen und flexiblen Arbeitens für Arbeitnehmer*innen ist daher individuell unterschiedlich und hängt von verschiedenen Faktoren ab.

Insgesamt sind veränderte Ansprüche an Flexibilität am Arbeitsplatz Ausdruck eines sich vollziehenden Wertewandels, der sich von der Individualisierung, über veränderte Idealbilder des familiären und gesellschaftlichen Zusammenlebens hin zu veränderten Ansprüchen an Arbeit vollstreckt (vgl. BMAS 2017). So ist der jüngeren Generation etwa Beschäftigungssicherheit zwar weiterhin sehr



Der globale Handel hat sich innerhalb der letzten 25 Jahren noch einmal deutlich intensiviert.
Foto: AdB

wichtig, allerdings nicht unbedingt bei ein und demselben Arbeitgeber (vgl. Klös et al. 2016). Vielmehr werden Arbeitgeberwechsel zunehmend antizipiert und sich dementsprechende Kompetenzen angeeignet. Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten stellen mittlerweile wichtige Faktoren für die Motivation im Job dar. Eine angemessene Entlohnung ist weiterhin wichtig, aber weniger zentral als für Vorgängergenerationen, wohingegen die Relevanz von sinnstiftender Arbeit, Weiterbildungsmöglichkeiten und der Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf für die jüngere Generation gestiegen ist. Auch eine partizipative Unternehmenskultur und ein weniger autoritärer, sondern vielmehr vertrauensvoller Führungsstil wird von der jüngeren Generation bevorzugt (vgl. ebd. 2016).

Globalisierung in Zeiten der Digitalisierung

Der globale Handel über Ländergrenzen und Kontinente hinweg ist zwar kein Phänomen der „Industrie 4.0“, jedoch hat sich die Globalisierung insbesondere innerhalb der letzten 25 Jahre noch einmal deutlich intensiviert, was nicht zuletzt eben doch mit der Digitalisierung und zunehmenden Vernetzung zusammenhängt (vgl. BMAS 2017). Dabei haben sich die Facetten der Globalisierung im 21. Jahrhundert deutlich gewandelt (vgl. BMAS 2017; Manyika et al. 2016). Wo früher der grenzüberschreitende Handel von vor allem physischen Waren und Dienstleistungen im Mittelpunkt stand, wächst heutzutage die Bedeutung digitaler Ströme von Informationen und Daten.

Kapital- und arbeitsintensive Prozesse werden immer öfter von wissensbasierten Prozessen abgelöst. Die digitale Infrastruktur spielt heute eine genauso wichtige Rolle wie die Transport- und Verkehrsinfrastruktur. Kleinunternehmen und Individuen werden neben multinationalen Konzernen zunehmend bedeutsam. Die früher eher langsame Verbreitung von Ideen über Grenzen hinweg wird durch den unmittelbaren Zugriff auf Informationen abgelöst. Die Teilhabe von Schwellen- und Entwicklungsländern an Waren- und Dienstleistungsströmen ist größer geworden. Der für die Digitalisierung wichtige Anpassungsmechanismus der Bildung und Weiterbildung stellt auch im Rahmen der sich rasch entwickelnden Globalisierung einen Schlüsselfaktor für die globale Wettbewerbsfähigkeit sowie für die Verringerung von Verteilungsverlusten dar.

Demografischer Wandel

Eine höhere Lebenserwartung mit einer gleichzeitig rückläufigen Geburtenrate führt in Deutschland – und anderen Industriestaaten – seit den 1970er Jahren zu einer Verschiebung der Altersstruktur hin zu einem steigenden Anteil an älteren im Vergleich zu jüngeren Menschen. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies eine alternde Erwerbsbevölkerung und ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial. Um die Funktionen des Renten- und Krankenversicherungssystems weiterhin zu gewährleisten, gibt es unterschiedliche Lösungsansätze. Dazu zählt etwa die Aktivierung bisher ungenutzter Erwerbspotenziale bei →

Frauen und älteren Menschen über eine Erhöhung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit, die Zuwanderung und die Schaffung von Anreizen, (mehr) Kinder zu bekommen.

Klinger und Fuchs (2020) berichten, dass aufgrund der schon recht hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen ungenutzte Erwerbspotenziale hier fast nur noch in der Erhöhung der Arbeitsstunden liegen, da viele Frauen weiterhin in Teilzeit arbeiten. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wie etwa der institutionellen Kinderbetreuung könnte hier ein Schlüsselement darstellen, allerdings dürften auch soziale Normen eine nicht unerhebliche Rolle bei der Entscheidung über die Wochenarbeitszeit spielen. Die Partizipationsquoten der Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit hingegen sind um bis zu 20 Prozentpunkte niedriger als die der deutschen Frauen, sodass hier unter Berücksichtigung von Sprachkenntnissen, familiären Pflichten und traditionellen kulturellen Unterschieden mögliche Ansatzpunkte für eine Erhöhung des Erwerbspotenzials liegen. Ein höheres Renteneinstiegsalter bei gleichzeitiger altersgerechter Gestaltung von Arbeitsbedingungen sowie ein flexiblierter Übergang in den Ruhestand könnten Erwerbspotenziale bei älteren Beschäftigten wecken. Zudem stellt die qualifizierte Zuwanderung einen wichtigen Faktor bei der Ausbremsung des demografischen Wandels sowie des Fachkräftemangels dar.



Die Digitalisierung gilt als einer der Haupttreiber der aktuellen Veränderungen. Foto: possessed-photography/unsplash; <https://unsplash.com/license>

Neben den Veränderungen auf der Arbeitsangebotsseite wird gleichzeitig auch die Arbeitsnachfrageseite vom demografischen Wandel beeinflusst (vgl. Eichhorst/Buhlmann 2015). So wird insbesondere im Gesundheitswesen und der Pflege aufgrund der wachsenden Anzahl älterer Menschen der Bedarf an mittel- und hochqualifizierten

Fachkräften steigen. Auch aufgrund letzterer Tatsache wird es in Zukunft im Pflegebereich voraussichtlich eine stärkere Verflechtung mit digitaler Technik rund um etwa Roboterassistenten und Pflege-Apps geben (vgl. ZQP 2019).

Strukturwandel und die Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern

Neben den drei zuvor beschriebenen Megatrends haben in Deutschland auch die Energiewende und der damit verbundene Kohleausstieg Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Dieser Strukturwandel ist in besonderem Maße für die ostdeutschen Bundesländer relevant, da etwa im Braunkohlesektor des *Lausitzer Reviers* der Anteil der Beschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vergleichsweise hoch ist (vgl. RWI 2018). Neben begleitenden Maßnahmen wie etwa Frühverrentungsregelungen und Umschulungen wird sich in den nächsten Jahren zeigen, ob durch die geplanten Ausgleichszahlungen des Bundes Wertschöpfung, zukunftsfähige Arbeitsplätze und lebenswerte Orte in den betroffenen Regionen entstehen werden (vgl. Röhl 2020).

Eine Steigerung der Attraktivität der ostdeutschen Regionen für qualifizierte Zuwanderer und eine auf Innovationen ausgerichtete Regionalförderung sind mögliche Ansatzpunkte für die Erlangung eines robusten Arbeitsmarkts in den ostdeutschen Bundesländern.

Nach der Wiedervereinigung hat mit der Deindustrialisierung und dem starken Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe außerdem schon einmal ein Strukturwandel in den ostdeutschen Bundesländern mit nach wie vor spürbaren Nachwirkungen stattgefunden (vgl. Ragnitz 2020). So gibt es immer noch einen rund 20%igen Unterschied zwischen der Wirtschaftskraft in Ost- und Westdeutschland. Allerdings ist fraglich, ob der Durchschnitt aller westdeutschen Bundesländer tatsächlich die sinnvollste Zielmarke darstellt, oder ob dieser nicht vielmehr durch den Durchschnitt der wirtschaftsschwächeren Länder – Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und das Saar-

land – ersetzt werden sollte (vgl. Röhl 2020). Grundsätzlich entwickeln sich die Wirtschaftskraft und die Anzahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (und auch in Westdeutschland) jedoch seit Jahren positiv. Analog dazu folgt die Arbeitslosenquote einem negativen Trend. Die demografische Entwicklung und damit die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials verläuft trotz eines mittlerweile ausgeglichenen Ost-West-Wanderungssaldos (die Abwanderung aus Ostdeutschland ist mittlerweile praktisch nicht mehr relevant) aber aufgrund geringerer Zuwanderung aus dem Ausland und kleineren Jahrgängen, die derzeit Kinder bekommen, weiterhin ungünstig. Eine Steigerung der Attraktivität der ostdeutschen Regionen für qualifizierte Zuwanderer und eine auf Innovationen ausgerichtete Regionalförderung sind mögliche Ansatzpunkte für die Erlangung eines robusten Arbeitsmarkts in den ostdeutschen Bundesländern (vgl. Röhl 2020).

Und dann kam Corona ...

Die Corona-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung eingesetzten kontaktbeschränkenden Maßnahmen hatten und haben einen solch gewichtigen Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft, welcher in Bezug auf den Wandel der Arbeitswelt wie ein Katalysator zu spüren sein dürfte. So gehen Expert*innen etwa davon aus, dass die Corona-Krise die digitale Transformation der betrieblichen Arbeitswelt beschleunigen wird und sich die Arbeit aus dem Homeoffice und die Nutzung digitaler (Kommunikations-)Tools als ernstzunehmende Alternativen zu traditionellen Arbeitsweisen etablieren werden (vgl. Hoffmann/Wintermann 2020). Es bleibt zu hoffen, dass auch dieses Mal der Wandel der Arbeitswelt den Menschen zugutekommen wird.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zur Autorin



Dr. Annabelle Krause-Pilatus ist Volkswirtin und arbeitet als Scientific Manager und Senior Research Associate am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit in Bonn. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der sich wandelnden Arbeitswelt, der Migration und der Glücksforschung.

krause@iza.org

Literatur

Arntz, Melanie / Gregory, Terry / Zierahn, Ulrich (2016): The Risk of Automation for Jobs in OECD Countries: A comparative analysis, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 189. Paris: OECD

Arntz, Melanie / Gregory, Terry / Zierahn, Ulrich (2017): Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit. In: ifo Schnelldienst 70(7), S. 6–9

Arntz, Melanie / Gregory, Terry / Zierahn, Ulrich (2018): Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Makroökonomische Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne von morgen. Mannheim: ZEW; <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/DigitalisierungundZukunftderArbeit2018.pdf> (Zugriff: 02.11.2020)

Barthelmäs, Nina / Flad, Daniel / Haußmann, Tobias / Kupke, Till / Schneider, Sven / Selbach, Katja (2017): Industrie 4.0 – eine industrielle Revolution? In: Andelfinger, Volker P. / Hänisch, Till (Hrsg.): Industrie 4.0. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 33–56

Bendel, Oliver (2018): Digitalisierung. Gabler Wirtschaftslexikon. Wiesbaden: Springer Gabler; <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/digitalisierung-54195/version-277247> (Zugriff: 05.10.2020)

Bonin, Holger / Gregory, Terry / Zierahn, Ulrich (2015): Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, ZEW Kurzxepertise, Nr. 57. Mannheim: ZEW

Bonin, Holger / Eichhorst, Werner / Kaczynska, Jennifer / Kümmerling, Angelika / Rinne, Ulf / Scholten, Annika / Steffes, Susanne (2020): Verbreitung und Auswirkungen von mobiler Arbeit und Homeoffice. Forschungsbericht 549 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Berlin: BMAS

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2017): Weißbuch Arbeiten 4.0. Berlin: BMAS

Dengler, Katharina / Matthes, Britta (2015): Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt. Substituierbarkeitspotenziale von Berufen in Deutschland, IAB-Forschungsbericht Nr. 11. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Eichhorst, Werner / Buhlmann, Florian (2015): Die Zukunft der Arbeit und der Wandel der Arbeitswelt. In: Wirtschaftspolitische Blätter 1/2015, S. 131–148

Eichhorst, Werner / Hinte, Holger / Rinne, Ulf / Tobsch, Verena (2016): Digitalisierung und Arbeitsmarkt: Aktuelle Entwicklungen und sozialpolitische Herausforderungen. IZA Standpunkte Nr. 85. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Frey, Carl Benedikt / Osborne, Michael (2017): The future of employment: How susceptible are jobs to computerization? In: Technological Forecasting & Social Change 114, pp. 254–280

Gregory, Terry / Salomons, Anna / Zierahn, Ulrich (2019): Racing with or against the machine? Evidence from Europe. IZA Discussion Paper Nr. 12063. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit →

Hoffmann, Anke / Wintermann, Ole (2020): Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitswelt: Was bleibt und was nicht? Sonderstudie Corona. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung; www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/betriebliche-arbeitswelt-digitalisierung/projektnachrichten/die-auswirkungen-der-corona-krise-auf-die-arbeitswelt (Zugriff: 13.10.2020)

Klinger, Sabine / Fuchs, Johann (2020): Wie sich der demografische Wandel auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirkt. IAB-Forum 2. Juni 2020; www.iab-forum.de/wie-sich-der-demografische-wandel-auf-den-deutschen-arbeitsmarkt-auswirkt (Zugriff: 08.10.2020)

Klöß, Hans-Peter / Rump, Jutta / Zibrowius, Michael (2016): Werte, Arbeitseinstellungen und unternehmerische Anforderungen – Die neue Generation. RHI-Diskussion Nr. 29. München: Roman Herzog Institut

Krause-Pilatus, Annabelle / Rinne, Ulf / Schneider, Hilmar (2019): Arbeitszufriedenheit in der modernen Arbeitswelt. IZA Standpunkte Nr. 94. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Manyika, James / Lund, Susan / Bughin, Jacques / Woetzel, Jonathan / Stamenov, Kalin / Dhingra, Dhruv (2016): Digital globalization: The new era of global flows. McKinsey Global Institute

Mokyr, Joel / Vickers, Chris / Ziebarth, Nicolas L. (2015): The history of technological anxiety and the future of economic growth: is this time different? In: *Journal of Economic Perspectives*, 29(3), pp. 31–50

Ragnitz, Joachim (2020): Strukturwandel nach Entindustrialisierung. Lange Wege der Deutschen Einheit. Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47137/strukturwandel-nach-entindustrialisierung (Zugriff: 09.10.2020)

Röhl, Klaus-Heiner (2020): 30 Jahre Wiedervereinigung. In: *IW-Trends* 3/2020, Vierteljahresheft zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 47. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft

RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen. Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Essen: RWI

Südekum, Jens (2018): Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Was ist am Arbeitsmarkt passiert und wie soll die Wirtschaftspolitik reagieren? IZA Standpunkte Nr. 90. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Wolter, Marc Ingo / Mönnig, Anke / Hummel, Markus / Schneemann, Christian / Weber, Enzo / Zika, Gerd / Helmrich, Robert / Maier, Tobias / Neuber-Pohl, Caroline (2015): Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft * Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. IAB-Forschungsbericht, 08/2015. Nürnberg: IAB

ZQP – Zentrum für Qualität in der Pflege (2019): Pflege und digitale Technik. ZQP Report. Berlin: Zentrum für Qualität in der Pflege

Die Zukunft des Arbeitens ...

... ist auch eine Verteilungsfrage

Zu allen Zeiten hatten Menschen Erwartungen über die Zukunft des Arbeitens. Viele dieser Erwartungen sind enttäuscht worden. Das soll nicht daran hindern, weiterhin politisch einen Gestaltungsanspruch zu artikulieren. Dieser kann sich allerdings nicht alleine auf die Erwerbsarbeit beziehen. Und dieser Gestaltungsanspruch hat auch eine demokratische Dimension, was häufig übersehen wird. Mehr Fragen als Antworten.

von Uwe Roßbach

In freier Anlehnung an *Augustinus* kann man drei Dimensionen von Gegenwärtigem ausmachen: Die Gegenwart der Vergangenheit, die Gegenwart der Gegenwart und die Gegenwart der Zukunft (vgl. Augustinus 401, 11. Buch, 20. Kap./26. Abschn.). Gewendet auf das Thema dieses Beitrags könnte das bedeuten, dass die Zukunft des Arbeitens auch im Gegenwärtigen zu finden ist, wie dieses wiederum auf dem Weiterwirken von (vermeintlich) Vergangenen beruht. Der Blick auf die Vergangenheit lohnt sich allemal. Wenn er gut aufbereitet ist wie bei *Klaus Türk* (2000), kann er über die Unmassen der Literatur über die vergangene Gegenwart der Arbeit bzw. des Arbeitens und dessen Zukünfte¹ orientieren. Das zu leisten, ist hier nicht beabsichtigt. Eher ausschnittshaft sind hier Themen angesprochen, die für wichtig erachtet werden. Etwa vergangene Zukünfte der Arbeit, das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, die mit der Arbeit verbundenen

Verteilungsfragen. Aus diesen Impressionen ergeben sich mehr offene Fragen als Antworten. Zum Schluss wird allerdings die Behauptung aufgestellt, dass die Gestaltung der Zukunft der Arbeit ein politisches Projekt darstellt, das einen zentralen Beitrag zur Sicherung eines demokratischen Gemeinwesens leisten kann.

Eine vergangene Zukunft der Arbeit

Die Universalisierung der Industriearbeit als Modus des Arbeitens bestimmte Jahrzehnte den Erwartungshorizont der sozialistischen Arbeiterbewegung. Technik, Organisation, Produktivität und Profitabilität schienen augenscheinlich – aber natürlich nicht unbedingt empirisch – so überlegen, dass sie sich naturnotwendig gegen andere Produktionsformen durchsetzen mussten. Verbunden damit war die Erwartung, dass die diese Produktionsweise tragende arbeitende Bevölkerung die Mehrheit bilden würde. Auch dies war mehr Wunschtraum als realistische Beobachtung. Vornehmlich die Entwicklung der Arbeitsproduktivität trug dazu bei, dass sich dies anders entwickelte. Der arbeitssparende technische Fortschritt fand überwiegend im Sektor der Industrie statt, sodass nun gerade dort eine Bremse der Beschäftigung und damit des Wachs- →

¹ Zukünfte hieß eine von 1991 bis 2008 erschienene Zeitschrift, die von Robert Jungk, einer Leitfigur der kritischen Zukunftsforschung, mitbegründet wurde (www.netzwerk-zukunft.de/index.php/ueber-zukuenfte.html); Zugriff: 20.01.2021). Zukünfte verweist begrifflich auf politische Gestaltbarkeit und Alternativen.

tums der industriellen Lohnarbeiterschaft „naturwüchsig“ stattfinden musste. Es ist gewissermaßen dieser Erfolg des Industriekapitalismus, dass die auf die industrielle Arbeiterschaft gestützten Transformations- oder Revolutionsvorstellungen nie eine breite gesellschaftliche Mehrheit in den entwickelten Industriegesellschaften des Westens erringen konnte.

Auf der anderen Seite waren und sind die industriellen Unternehmen in ihrer Gesamtheit während dieser langen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert politisch und ökonomisch derart wirkmächtig, wandlungs- und strategiefähig, dass eine ernsthafte Infragestellung ihrer Gestaltungsmacht allenfalls in gesamtgesellschaftlichen, außerökonomischen Krisensituationen erfolgen konnte. Ihre Organisationsmodi wurden Vorbild all jener Industrialisierungsstrategien der Länder des globalen Ostens und des Südens. Die wenigsten Länder, die eine Industrialisierungsstrategie verfolgten, waren dabei erfolgreich. Aber auch die vormaligen industriellen Champions erfuhren einen industriellen Niedergang. Die ehemalige „Werkstatt der Welt“ Großbritannien erlebte nach dem zweiten Weltkrieg einen solchen, die USA seit den siebziger Jahren, die Sowjetunion, das am jüngsten industrialisierte Land, spätestens seit den Achtzigern. Es ist eher verwunderlich, dass ehemalige sogenannte Latecomer des 19. Jahrhunderts wie Deutschland und Japan heutzutage weiterhin noch als Industriegesellschaften wahrgenommen werden.¹²

Die Universalisierung der Industriearbeit als Modus des Arbeitens bestimmte Jahrzehnte den Erwartungshorizont der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Ironischerweise hängt der Industriegesellschaftsstatus mit einer absichtsreichen Verballhornung zusammen, die der zeitweise populäre Ökonom *Hans Werner Sinn* 2005

² Die „Sicherung industrieller Kerne“ ist immer noch ein zentrales Axiom des bundesrepublikanischen wirtschaftspolitischen Konsenses. Wenn auch die Strategien, die dies gewährleisten sollen, durchaus Unterschiede aufweisen.

unter dem Begriff Basarökonomie¹³ vor mehr als 15 Jahren in die Welt gesetzt hatte. Der rationale Kern des Basarökonomietheorems war nämlich die Etablierung von globalen Wertschöpfungsketten durch transnational agierende Industrieunternehmen, die im Zuge der Globalisierung möglich wurde. Und dabei waren die Unternehmen aus den Ländern des „industriellen Niedergangs“ sehr erfolgreich – allerdings auf Kosten der Beschäftigung traditioneller industrieller Arbeitskräfte zu Hause. Wenn wir heute von einem industriellen Kapitalismus sprechen, dann müssen wir uns ihn als ein globales Phänomen vorstellen, das durch regionale Zentren der Produktion und Beschäftigung gebildet wird – mit außerordentlich heterogenen Arbeitsbedingungen.¹⁴ Von hochgradig regulierten und sozial geschützten Formen der Arbeit bis hin zu Formen der Zwangsarbeit.

Die Gegenwart der Vergangenheit

Für durchschnittliche Westeuropäer*innen muss dies als die geographisch ferne Gegenwart der Vergangenheit erscheinen. Zeitlich ist dies weniger fern, als man gemeinhin meint. Schaut man nur ein dreiviertel Jahrhundert zurück und sucht die Orte der Industrialisierung beispielsweise in der Sowjetunion auf, findet man ebensolche Kombinationen von Zwangsarbeit, facharbeitsgestützter industrieller Massenproduktion und Ingenieurskunst, die den Vergleich zu heutigen Produktionsprozessen von Smartphones nicht zu scheuen brauchen. Der Mythos der „sauberen Arbeit“ im smarten Kapitalismus kann nur dann ernsthaft vertreten werden, wenn konsequent alle Vorproduktionsprozesse seiner Produkte ausgeblendet und verdeckt werden und der Blick ausschließlich auf die Anwendung der High-Tech-Produkte durch Konsument*innen und „saubere Betriebe“ gerichtet wird (vgl. sehr knapp: Fuchs 2015).¹⁵ Dies hat viel mit dem Schein zu tun, jenem eigentümlichen Unsichtbarmachen des realen Wertschöpfungsprozesses in einer kapitalistisch organisierten Warenproduktion, was *Marx* schon im 19. Jahrhundert umtrieb.

³ Ziel seiner Initiative war es, durch drastische Lohnsenkungen „verlorene“ Industriearbeitsplätze in Deutschland wieder zurückzugewinnen.

⁴ Das ist nicht neu, wie uns die historische Forschung belehrt. Marcel van der Linden (2017) bietet hierzu einen breit angelegten Überblick.

⁵ Gleiches gilt ohne Abstriche auch für den ältesten industriellen Sektor, die Textilindustrie.

Die Gegenwart der Zukunft

Um bei *Marx* kurz zu verweilen: In jüngster Zeit wird wieder viel darüber räsoniert, inwieweit seine berühmten Passagen im Maschinenfragment der Grundrisse (vgl. *Marx* 1857/1976, S. 581 ff.) eine kluge Vorwegnahme automatisierter Produktionsprozesse im 21. Jahrhundert darstellen. Und welche Implikationen sie für die Arbeit der Zukunft beinhalten. War es nicht *Aristoteles*, der schon darauf hinwies, dass man keine Sklaven mehr brauche, wenn man Maschinen hätte, die die notwendige Arbeit erledigten? (Vgl. 1992, Buch I 4.125 S. 16) Bezogen auf das weltgesellschaftliche Arbeitsvolumen und die „Empirie der Arbeiten“ sind aber diese Fragmente aus *Marx'* theoretischem Laboratorium begrifflich von großem Interesse, empirisch bezogen auf das weltgesellschaftliche Arbeitsvolumen aber eher belanglos. Möglicherweise genauso wie neosozialistische Strategien, die sich zentral hierauf beziehen (vgl. z. B. Mason 2016).



Der Blick auf die Vergangenheit lohnt sich allemal. Foto: AdB

Bislang haben wir bereits eine vergangene Zukunft der Arbeit und den darauf bezogenen Erwartungshorizont der Arbeitenden kurz skizziert: den Industriekapitalismus. Nun geht es um die wahrnehmbare Gegenwart der Zukunft. Hier wird von deutungsstarken Arbeitssoziologen wie *Klaus Dörre* (2019), empirisch deutlich geerdeter, diagnostiziert, dass sich vornehmlich die industrielle Arbeit derzeit und absehbar in einer krisenhaften Zangensituation befinde, die von den beiden Herausforderungen Klimawandel und Digitalisierung bestimmt sei, und die den Kern der industriellen Beschäftigung bedrohe. Bezogen auf die Zukunft der Arbeit nochmals brisanter: Diese Krise trifft jenen Sektor der industriellen Produktion wiederum besonders drastisch, der als der Kernsektor des industriellen Produktionsmodells etwa Nachkriegsdeutschlands galt:

die Automobilindustrie. Dies ist zudem aus der Perspektive der dortigen Beschäftigten besonders besorgniserregend, weil eine Branche massiv getroffen wird, die bezogen auf die Regulierungsdichte der Arbeitsverhältnisse durch Arbeitgeber und Gewerkschaften, Betriebsräte und Politik besonders herausgehoben erscheint. Nicht zuletzt der gewerkschaftliche Organisationsgrad und der außerordentlich hohe Grad der Tarifbindung und das damit verbundene Einkommensniveau und Beitragsaufkommen machen den „Fall Automobil“ derzeit so zentral. Zumal er deutlich mehr mit globalen Nachfrageveränderungen und technischen Standards zusammenhängt, die lokal nur schwer zu beeinflussen, allenfalls zu moderieren sind. Trotzdem: Es ist schwer vorstellbar, dass das Ende der Automobilproduktion ähnlich verlaufen könnte wie das Ende des Kohlebergbaus in Deutschland über einen gesellschaftlichen Moderationsprozess von nahezu sechzig Jahren.

Eher schon über die Transformation à la *Joseph Schumpeter* via Produkt- und Prozessinnovationen, die parallel massive Folgen für den Typus der geleisteten Arbeit haben werden. Gesamtgesellschaftlich sinnvoll erscheint dies aber nur, wenn man an den Begriff des berühmten sozialdemokratischen Managers *Edzard Reuter* denkt, der in den achtziger Jahren aus *Mercedes-Benz* einen *Mobilitätskonzern* entwickeln wollte.⁶ Ich betone: Es geht um die Idee des Mobilitätskonzerns, nicht um seine Vision der Dreifaltigkeit der Produktion von Autos, Flugzeugen und Eisenbahnen, sowie um einen sozial abgefederten, politisch moderierten Pfad des Branchenwandels in der Zukunft.

Im Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der betroffenen Industriearbeiter*innen ist allerdings derzeit schwerlich der Vorschein einer gar besseren Zukunft wahrnehmbar. Das liegt vornehmlich sicherlich auch daran, dass die Arbeitsplätze, die in den letzten Jahrzehnten aus dem Bereich der industriellen Produktion ausgegliedert wurden oder außerhalb zusätzlich oder neu entstanden sind, nicht jenen immer noch anzutreffenden Standards des klassischen fordistischen Normalarbeitsverhältnisses in Indus- →

⁶ An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Robert Havemann (1980), einer der herausragenden Dissidenten der DDR, dem SED-Regime vorwarf, es hätte nicht einmal im Ansatz versucht, das Verkehrs- und Transportsystem anders zu organisieren als der Kapitalismus. Ironie der Geschichte: Das neue Tesla-Werk soll an Havemanns Rückzugsort Grünheide entstehen. Ob Elektromobilität und autonomes Fahren, für die Tesla auch symbolisch steht, als postfordistisches „grünes“ Mobilitätskonzept eine „sharing economy“ begründen, darüber kann man nur spekulieren.

trieunternehmen entsprechen.⁷ Das generelle Wachstum der Dienstleistungsarbeiten ist unbestritten. Der quantitative Bedarf an qualifizierten Dienstleistungsbeschäftigten steigt seit Jahren, sodass der Wegfall industrieller Arbeitsplätze durchaus kompensiert werden könnte. Es droht also wegen der Transformation der Automobilwirtschaft nicht Massenarbeitslosigkeit. Wohl aber Einkommens- und Statusverlust bei gleichzeitig geringerer gewerkschaftlicher Repräsentanz und damit verbundenen niedrigerem kollektiven Schutzniveau. Das gilt im Übrigen von *Amazon* bis zum Pflegeheim. Obwohl sehr unterschiedlich betrieblich organisiert, haben sich der Care-Sektor und die Sozialwirtschaft, der Handels- und Logistikbereich⁸ als leidlich resistent gegenüber durchdringenden gewerkschaftlichen Organisationsversuchen erwiesen. Gleiches gilt für die Lebensmittelindustrie, den Tourismusbereich u. v. a. m. Ohne gewerkschaftliche Repräsentanz erhält man aber auch nicht die gesellschaftliche Aufmerksamkeit, die zu korporatistischen Arrangements führt, allenfalls mitleidiges Bedauern oder wohlfeilen Applaus.

Arbeitsgesellschaftliche Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte

Interessanterweise kennen wir ein vergleichbares Arbeitsnarrativ wie im industriellen Sektor im Bereich der Dienstleistungsarbeit kaum. Hier dominieren deutlicher als im Kernbereich der industriellen Produktion die Vielgestaltigkeit von Erfahrungsräumen und Erwartungshorizonten. Die Bedrohung der Arbeitsplätze und der Fachlichkeit der geleisteten Arbeit durch Technisierung war beispielsweise im Bildungssektor bis vor kurzem noch eine esoterische Schrulle. Parallel zur politisch forcierten Digitalisierung des Schulsystems, zusätzlich grundiert durch die Wahrnehmung von Rückständigkeit im internationalen Vergleich und der Herausforderung Pandemiebewältigung, wird daraus zunehmend eine als realistisch wahrgenommene Bedrohungskonstellation. Das ist zwar bezogen auf das allgemeinbildende Schulsystem wenig realistisch, hinkt doch selbst der Verwaltungsprozess im System Schule weit hinter den technischen Möglichkeiten her. Gleichwohl entwickelt sich an den Rändern des Sektors eine Dynamik, die über Rückkoppelungsmechanismen das bisherige Arbeits-

⁷ Unbefristet, sozial abgesichert, Vollzeit, gewerkschaftlich repräsentiert, um nur die wichtigsten Kernbestandteile des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses zu benennen.

⁸ Die Kostendegression im Transportsektor war ein wichtiger Treiber globaler Wertschöpfungsnetzwerke.

arrangement in Schulen infrage stellen könnte. Veränderungsimpulse kommen aus den Bereichen der universitären Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung, die entweder staatlichen Imperativen oder dem betrieblichen Rationalkalkül und der Marktnachfrage folgend hier deutliche Markierungen setzt. Damit geraten die Erfahrungsräume – Raum auch ganz banal natural gedacht – und die Erwartungshorizonte zukünftigen Lehrpersonals in Bewegung. Von der Kreidetafel zum Whiteboard und vom Polylux/Overheadprojektor zum Beamer und dem Computerkabinett des Informatikunterrichts seit den Siebzigern war es eine vergleichbar langsame Technisierung. Clouds und interaktive Lernsoftware, Homeschooling und Fernunterricht markieren einen technologischen Sprung, der die Kernsubstanz der Beruflichkeit, die pädagogische Kompetenz, das situative Handeln und das damit verbundene Erfahrungswissen mindestens tangieren wird. Und damit auch den sozialen Status, der bislang noch, gerade in Deutschland, durch den Bezug zum Beamtentum fundiert wird.⁹

Die Sorge um die Sorgearbeit

Von solchen Konstellationen können pflegende Angehörige nur träumen. Wer von der Zukunft der Arbeit redet, darf nicht aus dem Blick verlieren, dass es auch den Erfahrungsraum unbezahlter Arbeit gibt. Ein Blick auf das gesamtgesellschaftlich geleistete Arbeitsvolumen belegt, dass Erwerbsarbeit nur einen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit umfasst.¹⁰ Private Sorgearbeit ist somit nicht nur zeitlich umfänglich, sondern auch – trotz des hohen Grades der Vergesellschaftung – zur gesellschaftlichen Reproduktion essentiell. Ihre Ungleichverteilung ist das Spiegelbild ungleicher Erwerbsmöglichkeiten vornehmlich

⁹ Die Marktkonstellation hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass der Beamtenstatus wieder größere Bedeutung gewonnen hat, weil nur so die konkurrierenden Bundesländer attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten konnten. Inwieweit durch die zunehmende Höhergruppierung von Grundschullehrkräften auch eine Bewegung zur Wiederherstellung von Eingruppierungsabständen einsetzt, bleibt abzuwarten. Generell gilt eher: Sektoraler Fachkräftemangel muss nicht notwendigerweise zu besseren Arbeits- und Entlohnungsbedingungen führen, wie der Pflegesektor und die Tourismusbranche belegen.

¹⁰ Unter Bezug auf die statistische Arbeitszeitverwendungsrechnung verhält sich die unbezahlte zur bezahlten Arbeit im Verhältnis drei zu zwei (vgl. Stahmer 2009, S. 22). Die exakte Relation ist nicht entscheidend. Sie bietet nur einen Hinweis auf Gestaltungsmöglichkeiten. Und natürlich auch auf das Gewicht der gesellschaftlichen Reproduktion, die vornehmlich nicht in Erwerbsbezügen erbracht wird.

entlang der Geschlechterlinie. ¹¹ Hier belegt die aktuelle Pandemie, dass der derzeitige gesellschaftliche Organisationsmodus der Arbeit an vielen Stellen Brüche aufweist, die im Kern vor allem auf einen Mangel an *lebenslang existenzsichernder bezahlter Arbeit* zurückzuführen ist.

Arbeit, Eigentum und Einkommen

Das Beruhigende an dieser eher impressionistischen Schilderung unterschiedlicher Erfahrungsräume gegenwärtiger Arbeiten ist: Der Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus. Dabei ist noch nicht einmal in Rechnung gestellt, dass bezogen auf die Bewältigung des Klimawandels nicht weniger, sondern mehr gearbeitet werden muss. Die Kosten, die dafür in Anschlag gebracht werden, ¹² verweisen ja auf damit verbundene Arbeitsleistungen und nicht auf Nichtarbeit.

Obwohl sehr unterschiedlich betrieblich organisiert, haben sich der Care-Sektor und die Sozialwirtschaft, der Handels- und Logistikbereich als leidlich resistent gegenüber durchdringenden gewerkschaftlichen Organisationsversuchen erwiesen.

Das sagt aber nun nichts über die Organisationsformen der Arbeit und deren Gestaltungsperspektiven. Hier stehen sich Verwertungsimperative auf der einen Seite und Vergesellschaftungsperspektiven auf der anderen Seite gegenüber. Das hört sich altbackener an als es wirklich ist. Gerade bei den modernen Technologien, Branchen und Sektoren, den Plattformkonzernen, der Digitalwirtschaft, der Biotechnologie, deren Erfolg auf der Fähigkeit der Monopolisierung von Infrastrukturen, Datensätzen und Patenten beruht, ist eine gesellschaftliche Regulierung nicht nur Voraussetzung weiteren technologischen Fortschritts. Und sei's nur, um Markteintrittsbarrieren zu senken. Darüber hi-

¹¹ Einkommen, Bildung und berufliche Autonomie markieren hier weitere – häufig kumulierte – Ungleichheitssachverhalte.

¹² Vgl. „Stern Report“ 2006; https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm (Zugriff: 20.01.2021)

naus, weil ein Großteil der Profit- und Rentierseinkommen auf gesamtgesellschaftlichen Vorleistungen wie staatlichen Subventionen und öffentlich finanzierter Grundlagenforschung beruhen (vgl. hierzu Mazzucato 2014). Vor allem aber, weil sie mittlerweile zu einem festen Bestandteil der lebensnotwendigen gesellschaftlichen Infrastruktur gehören.



Das Gegenwärtige beruht auf dem Weiterwirken von (vermeintlich) Vergangenen. Foto: AdB

Das gilt auch für die „traditionellen Infrastrukturen“, wie die Wasserversorgung, das Bildungssystem, die Verkehrsinfrastruktur, die Krankenversorgung usw. (so argumentiert das Foundational Economy Collective 2019). Nicht zufällig kommen Vorstellungen der Erweiterung der öffentlichen Verantwortung und kapitalistischen Produktion von grundlegenden Infrastrukturen aus Großbritannien, dem Land, das zu Beginn der 1980er Jahre anfang, konsequent weite gesellschaftliche Bereiche der privatkapitalistischen Verwertung zu öffnen. Noch in den neunziger Jahren konnte man in Deutschland Gewerkschafter sagen hören, dass es leidlich egal sei, ob sich ein Betrieb in privater Hand befinde oder in öffentlichem Eigentum, das sei für die Beschäftigten einerlei, solange sie unter den gleichen gewerkschaftlich ausgehandelten Tarifvertrag fielen und durch Betriebsräte repräsentiert würden. Die seitherige Entwicklung hat das Gegenteil bewiesen. Am augenscheinlichsten wird dies an den Arbeitsbedingungen im mittlerweile weitgehend privatwirtschaftenden Krankenhaus- und Pflegebereich. Personell unterbesetzt, schlecht bezahlt, belastende Arbeitsbedingungen und mangelnde gewerkschaftliche Repräsentanz bilden hier den Rahmen. Von „Guter Arbeit“ im Sinne des *DGB-Indexes* kann hier nicht die Rede sein, sondern wie der entsprechende Report es zuspitzt: „Weiblich, systemrelevant, unterbezahlt“ →

und dann fortfährt, „besondere Belastungen entstehen aus atypischen Arbeitszeitlagen (Schicht-, Nacht-, Wochenendarbeit), denen die Beschäftigten vor allem in den Pflegeberufen häufig ausgesetzt sind. Gesundheitliche Belastungen entstehen zudem aus verbreiteten körperlichen Anforderungen und einer hohen Arbeitsintensität. Der Anteil der Beschäftigten in den vier betrachteten Berufsgruppen, die sich nach der Arbeit häufig leer und ausgebrannt fühlen, liegt deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Berufsgruppen.“ (Institut DGB-Index Gute Arbeit 2020)

Für die Zukunft des Arbeitens könnte es essenziell sein, politische Projekte normativ daran zu messen, inwieweit sie gewährleisten, dass eine Mindestgarantie existiert, die eine lebenslange Reproduktion durch Erwerbsarbeit sicherstellt.

Ohne gesamtgesellschaftliche Verantwortung wird sich die Misere im Bereich des Pflegesektors nicht verändern lassen. Das Vertrauen auf gewerkschaftliche Organisationsfähigkeit und Fachkräftemangel alleine wird nicht ausreichen. Der Anreiz, die Arbeit via Technisierung zu rationalisieren und belastungsärmer zu organisieren, scheitert vielfach an entsprechender Technologie und niedrigen Arbeitskosten. Die alte gewerkschaftliche Vision einer „Rationalisierungsspeitsche“, die *Viktor Agartz* in den fünfziger Jahren propagierte, versagt hier,¹³ weil dafür viele Voraussetzungen fehlen.

Umverteilung als gesellschaftliches Projekt?

Für die Zukunft des Arbeitens könnte es somit essenziell sein, politische Projekte normativ daran zu messen, inwieweit sie gewährleisten, dass eine Mindestgarantie existiert, die eine lebenslange Reproduktion durch Erwerbsarbeit sicherstellt. Das bisherige Sicherungsniveau in Deutschland ist hiervon weit entfernt, wie etwa die Relation von lebens-

¹³ „Eine expansive Lohnpolitik (...) zugleich das wirksamste Mittel, die Betriebe laufend zu höherer Rationalität anzuhalten, die Produktivität zu steigern und damit die Lohnexpansion zu fundamentieren.“ (Agartz 1953, S. 246)

langem Vollzeitmindestlohnbezug und Rentenhöhe belegt. Jegliche Form von Klimaschutzpolitik – etwa das Konzept eines New Green Deals – bekommt eine Schlagseite, verliert an Zustimmung und provoziert Gegnerschaft, wenn dies nicht nur bei unmittelbar Betroffenen, sondern auch bei der breiten Mehrheit der Beschäftigten nicht glaubwürdig eingebettet werden kann in eine Arbeitspolitik, die sich an den Normen „Gute Arbeit“ orientiert (vgl. Institut DGB-Index Gute Arbeit 2020). Ganz offenbar damit verbunden wäre auch eine neue „Kultur der öffentlichen Güter“. Neben den alten Infrastrukturen, die seit den Deregulierungs- und Marktöffnungswellen seit den achtziger Jahren immer häufiger ihre Funktion nicht erfüllen, gehören auch die neuen digitalen Infrastrukturen dazu. Deren gesellschaftliches Machtpotenzial schreit nach demokratischer Kontrolle. Damit verbunden sein müsste die staatliche Abschöpfung dort anfallender Rentierseinkommen. *John Stuart Mill*, der Ahnherr des Linkliberalismus, forderte schon Mitte des 19. Jahrhunderts eine konfiskatorische Erbschaftsteuergesetzgebung, hielt allerdings die progressive Einkommensteuer für dysfunktional und ungerecht (vgl. zum historischen Kontext Myrdal 1932, S. 207 ff.). Nicht erst seit *Thomas Piketty* (vgl. dazu v. a. Bofinger et al. 2015) wissen wir, dass sich die Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten Jahrzehnten so grundlegend zu Ungunsten der unteren und durchschnittlichen Einkommensbezieher*innen entwickelt hat, sodass selbst *John Stuart Mill* heute möglicherweise seine Meinung revidieren würde.

Was, wenn das nicht gelingt?

Eine Reform zugunsten eines „Guten Kapitalismus“ (Dullien et al. 2015), wie er kurz nach der Finanzkrise von kritischen Ökonomen vorgeschlagen wurde, ist ein Jahrzehnt später noch dringlicher geworden, die mühsam errungenen Positionsgewinne der Beschäftigten bezogen auf Einkommenszuwächse und Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und Zukunftsunsicherheit schmelzen in der derzeitigen Krise dahin, wie der Schnee in der Sonne. Die Instrumente sind vorhanden, auf eine solche Herausforderung angemessen zu reagieren, die politischen Mehrheiten nicht und auch die Zukunftsgewissheit der alten Arbeiterbewegung ist verloren gegangen. Wahrscheinlich zu recht! Gleichwohl, wie schon in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stellt sich die Frage: Wer wird die vorhandenen Instrumente und Konzepte zur Umgestaltung politisch umsetzen und welche Folgen hat dies für die Weltgesellschaft? Insofern gibt es nicht „die Zukunft

des Arbeitens“, sondern allenfalls Zukünfte von Arbeiten. Wie damals stellt sich die Frage, wie global persönliche Freiheit, wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit in Übereinstimmung gebracht werden können. Ergänzt um den nachhaltigen Schutz der Biosphäre. Heute wie damals wird es kein liberales Projekt sein, aber möglicherweise ein demokratisches. Die Gefahr besteht allerdings ebenfalls wie damals, dass sich gerade autoritäre Regimes aus dem Instrumentenkasten **14** besser zu bedienen wissen als demokratische.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zum Autor



Uwe Roßbach ist Sozialwissenschaftler und hat vor seiner Geschäftsführungstätigkeit bei Arbeit und Leben Thüringen ab 1998 als Dienstleistungssoziologe am soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) in Göttingen gearbeitet. Seit Mitte der 2000er Jahre ist er Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Thüringen und dort Leiter des Referats Erwachsenenbildung und berufliche Fort- und Weiterbildung.

rossbach@arbeitundleben-thueringen.de

Literatur

Agartz, Viktor (1953): Expansive Lohnpolitik. In: WWI-Mitteilungen 12, S. 245–247

Aristoteles (1992): Politik Buch I 4. Berlin: Akademie Verlag

Augustinus (401): Bekenntnisse; www.projekt-gutenberg.org/augustin/bekannt/bekannt.html (Zugriff: 20.01.2021)

Bofinger, Peter et al. (2015): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, www.boeckler.de/pdf/Piketty_Verteilungsfrage.pdf (Zugriff: 20.01.2021)

14 „Trotzdem kann die Theorie der Produktion als Ganzes (...) viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepasst werden als die Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter Bedingungen des freien Wettbewerbes und eines großen Maßes von *laissez-faire* erstellten Produktion.“ (Keynes 1936, S. XI). Die Nähe Keynes zum Faschismus wurde von Marxisten-Leninisten und Neoliberalen wie Murray Rothbard behauptet; Bertram Schefold und Harald Hagemann (2006) haben dies als absichtsvolle Mär nachgewiesen.

Dörre, Klaus (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution. In: Ders. et al.: Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 3 ff.

Dullien, Sebastian et al. (2015): Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste. Bielefeld: transkript Verlag

Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens – Für eine neue Infrastrukturpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Fuchs, Christian (2015): Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit. Die globale Produktion digitaler Hard- und Software. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 103/104; <http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/topic/12.autorinnen.html?action=showArticles&id=202> (Zugriff: 20.01.2021)

Hagemann, Harald (2006): Zur frühen Rezeption der General Theory durch deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler. Stuttgart; www.keynes-gesellschaft.de/pdf/2009/Diskussionsforum/RezeptionGeneralTheory.pdf (Zugriff: 20.01.2021)

Havemann, Robert (1980): Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie. München: Piper

Institut DGB-Index Gute Arbeit (Hrsg.) (2020): Weiblich, systemrelevant, unterbezahlt. Arbeitsbedingungen in vier frauendominierten Berufsgruppen. Berlin: DGB; <https://index-gute-arbeit.dgb.de> (Zugriff: 20.01.2021)

Keynes, John Maynard (1936/1983): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker & Humblot

Linden, Marcel van der (2017): Workers of the World. Eine Globalgeschichte der Arbeit. Frankfurt am Main / New York: Campus

Marx, Karl (1857/1976): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Dietz Verlag

Mason, Paul (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Berlin: Suhrkamp

Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München: Kunstmann

Myrdal, Gunnar (1932): Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung. Berlin: Junker und Dünhaupt

Sinn, Hans-Werner (2005): Die Basar-Ökonomie. Berlin: ECON

Stahmer, Carsten (2009): Halbtagsgesellschaft, Wuppertal Papers 178; www.wupperinst.org/publikationen/wuppertal-papers (Zugriff: 20.01.2021)

Türk, Klaus (2000): Bilder der Arbeit. Eine ikonografische Anthologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Jugendliche in Transformationen der Arbeitswelt

Erfordernisse politischer Bildung

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Bedeutung des Wandels von Arbeit für junge Menschen. Dabei geht es erstens um die Klärung der Frage, wie sich die Arbeitswelt und die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Konstellationen in den letzten 30 Jahren sowie jüngst vor dem Eindruck der Corona-Pandemie verändert haben. Zweitens wird auf die Situation junger Menschen und ihre Sichtweisen fokussiert. Abschließend geht es um die Frage, welche Erfordernisse daraus zusammenfassend für die politische Bildung erwachsen. von Sophie Schmitt

Die Arbeitswelt, genauer: die kapitalistische Formation von Arbeit, hat sich, angestoßen durch technische Innovationen, fortwährend verändert. Der ökonomische Wandel war immer zugleich ein Prozess, der eine Vielzahl gesellschaftlicher Transformationen mit sich brachte und bringt. So ging der Wandel der Arbeitsverhältnisse mit veränderten (sozial)staatlichen Regulierungen, Familien- und Geschlechterverhältnissen, Bildungsvorstellungen und -arrangements, gesellschaftlichen Normen, Subjektivierungsweisen, aber auch Vorstellungen von der und Anforderungen an die junge Generation einher. Wie heute gearbeitet wird, ist Ergebnis historischer Entwicklungen und eingebettet in soziale Zusammenhänge und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. ¹

Die Arbeitswelt – ein Leben mit der Kontingenz

Betrachtet man die letzten 30 Jahren genauer, so ist

¹ Dieser Beitrag wurde vor dem zweiten Lockdown fertig gestellt. Vor dem Eindruck weiterer Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen ist es nach wie vor dringend geboten, Erfahrungen und Perspektiven junger Menschen unterschiedlichster sozialer Hintergründe zu hören und zu berücksichtigen.

eine Neuordnung der oben genannten Konstellationen im Verhältnis von Ökonomie, Staat, Bildung etc. festzustellen. Das fordistische Normalarbeitsverhältnis wird von einer Vielzahl diskontinuierlicher, flexibler und teilweise auch prekärer Beschäftigungsverhältnisse ergänzt. Gesellschaftlich orientierend wirkt dieses Leitbild immer noch, obgleich die Zeiten von überwiegend auf Vollzeitätigkeit beruhenden Arbeitsverhältnissen, die mit einem auskömmlichen Familieneinkommen und einer kontinuierlichen, zumeist männlichen Erwerbsbiographie einhergehen, für die meisten Beschäftigten tendenziell der Vergangenheit angehören. Die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen ist mit der Agenda 2010 und weiteren Maßnahmen des aktivierenden Staates beschleunigt worden. Seitdem dominiert das gesellschaftliche Leitbild der Eigenverantwortung und die Verpflichtung, alles nur Erdenkliche zu tun, um in Arbeit zu kommen („Fördern und Fordern“). Oftmals – und zumal angesichts des ausgebauten Niedriglohnssektors – auch um den Preis der Entwertung der eigenen Qualifikation. Neben diesen sozialstaatlichen Veränderungen wird das Normalarbeitsverhältnis auch durch Partizipationsforderungen von Frauen in der Arbeitswelt und durch die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit infolge

der zweiten Frauenbewegung in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund wird nun vom „Adult Worker Modell“ gesprochen, welches „Frauen in durchaus ambivalenter Weise eine von Staat *und* männlichem Ernährer unabhängige Existenz verspricht“ (Soiland 2017, S. 95, Hervorhebung SoSch). Dieses Versprechen erweist sich allerdings als trügerisch, betrachtet man die weiterhin bestehenden Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, die geschlechtsspezifische horizontale und vertikale Segregation, welche sich mit den Schlagworten *Gender Pay Gap*, *Gender Pension Gap* und *Gender Wealth Gap* beschreiben lassen (vgl. Scheele 2018, S. 6 f.). An der tatsächlichen Zuweisung der Reproduktions- und Sorgearbeit an Frauen, welche in der fordistischen Formation allerdings materiell über die männliche Vollzeitwerbstätigkeit abgesichert und mit ausreichenden Zeitrressourcen versehen war, hat sich nicht viel geändert (vgl. ebd., S. 96). Allerdings kommt es angesichts einer marktähnlichen Steuerung der sogenannten Care-Arbeit im Bereich der haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und -erziehung, der Kranken- oder Altenpflege zu einer Umverteilung der Arbeit zwischen Frauen entlang von Klasse und Nationalität (Bsp.: die osteuropäische Pflegekraft, das lateinamerikanische „Kindermädchen“).

Wie heute gearbeitet wird, ist Ergebnis historischer Entwicklungen und eingebettet in soziale Zusammenhänge und gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Die Anforderungen des aktivierenden Staates und des *Adult Worker Modells* werden begleitet von veränderten gesellschaftlichen Normen. Mit dem Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Dominanz der Eigenverantwortung verlieren Prinzipien wie Bedürftigkeit und Solidarität an Relevanz. Damit erodiert auch das Leistungsprinzip, welches investierte Mühe und Anstrengung, beispielsweise einer langen Ausbildungs- oder Arbeitsbiographie honorierte und entsprechend entlohnte (vgl. Neckel 2008). Das Erfolgsprinzip hingegen favorisiert v. a. das erreichte Ergebnis. Unerheblich wird dabei, auf welchem Wege dies erreicht worden ist. Ob durch Börsenspekulationen, Casting-Shows oder anderes: The winner

takes it all. Die hegemonial wirksame Figur des Gewinners bringt notwendigerweise auch die des Verlierers und damit des Scheiterns mit sich, welches angesichts des sozialstaatlichen Rückzugs für viele Menschen existenzbedrohend wirkt. Diese stets vorhandene Möglichkeit des Scheiterns im Wettbewerb um Lebenschancen – denn nicht alle können Gewinner sein – geht auf der Subjektebene mit der von Ulrich Bröckling (2007) beschriebenen Figur des unternehmerischen Selbst einher. Dieses ist ein Leitbild, welches nicht nur individuelles, sondern auch staatliches Handeln orientiert und die Anforderung und Aufforderung, sich stets unternehmerisch – flexibel, risikobereit, innovativ und findig – zu verhalten. Gefordert sind damit Aktivität, Selbstoptimierung und -kontrolle, Rationalisierung der Lebensführung, ein unternehmerischer Umgang mit der eigenen Arbeitskraft, die Bereitschaft zum Risiko und zu Flexibilität und die Orientierung am eigenen Erfolg. Insgesamt weicht die „dauer- und lebensprojekthafte substantielle Identität“ (Rosa 2012, S. 237) des Fordismus „situativen Identitäten“ (ebd.), die von einer großen Kontingenz in zentralen Lebensdimensionen, insbesondere auch mit Bezug auf den Beruf, geprägt sind. Wenngleich die These vom Ende des Berufes umstritten ist (vgl. Rosendahl/Wahle 2012), weichen standardisierte Berufe und Qualifikationen tendenziell individuellen Qualifikationserfordernissen und -profilen. Damit entsteht die Notwendigkeit, den eigenen „Individualberuf“ (Voß 2002) hervorzubringen, um die eigene *employability* zu sichern und flexibel auf Arbeitsmarkterfordernisse reagieren zu können.

Vor dem Hintergrund dieser gesamtgesellschaftlichen Transformationen verändert sich auch der Bildungsbereich (vgl. Walgenbach 2019). Angesichts neuer, durch den Ausbau des Dienstleistungssektors und mit der Digitalisierung entstehenden Berufsbilder, einer wachsenden Bedeutung wissensbasierter Tätigkeiten und der Internationalisierung der Produktion entsteht ein großer Bedarf an höheren Qualifikationen. ² Bildungsreformen in Schule (angestoßen von internationalen Schulvergleichsstudien wie PISA) und in den Universitäten („Bologna-Reformen“), damit verbunden eine als Wandel von der „Input- zur Outputorientierung“ beschriebene Kompetenzorientierung, die Förderung von Durchlässigkeit und damit von Erleichterungen im Übergang innerhalb von Bildungsbereichen wie auch zwischen akademischer und beruflicher Bildung, →

² Gleichzeitig verschwindet die Einfacharbeit nicht, sondern wird entlang sozialer Ungleichheitskategorien in der internationalen Arbeitsteilung neu verteilt.

die zunehmende Bedeutung des lebenslangen Lernens und der steten Weiterqualifizierung sind nur einige Stichworte, die diesen Wandel beschreiben. Neben den zahlreichen Möglichkeiten und Chancen, die mit den einzelnen Maßnahmen durchaus verbunden sind, sind auch problematische Implikationen in den Blick zu nehmen. Die funktionale Orientierung an Beschäftigungsförderung und der Hervorbringung von „Humankapital“, die Implementierung von Bildungswettbewerben, welche Bildungsinstitutionen, Beschäftigte und Lernende permanent aktivieren sollen (vgl. Schmitt 2010), stehen im Spannungsverhältnis zu pädagogischen und wissenschaftlichen Zielsetzungen der zweckfreien Allgemeinbildung und Suche nach Erkenntnis sowie der Persönlichkeitsentwicklung und Mündigkeit der Lernenden. Darüber hinaus wird das Aufstiegsversprechen durch Bildung angesichts sozialstaatlicher Transformationen und gesellschaftlicher Normen brüchig. Der Erziehungswissenschaftler *Thomas Höhne* (2019) spricht in diesem Zusammenhang von einem „anti-egalitären Bruch“ in der Bildung. Bildung wird für die Individuen zunehmend notwendig, ist aber nicht hinreichend, um ein auskömmliches Leben führen zu können und den eigenen Status dauerhaft zu sichern.

Mit dem Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Dominanz der Eigenverantwortung verlieren Prinzipien wie Bedürftigkeit und Solidarität an Relevanz.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist die Annahme einer Prekarisierung, die nicht die „Ausnahme, sondern die Regel“ (Lorey 2020, S. 13) ist und die „sich in jene Räume aus(dehnt), die lange als sicher galten“ (ebd.), sehr plausibel. „Prekarisierung bedeutet mehr als unsichere Arbeitsplätze, mehr als die mangelnde Absicherung durch Lohnarbeit. Sie umfasst als Verunsicherung und Gefährdung die gesamte Existenz, den Körper, die Subjektivierungsweisen. Sie ist Bedrohung und Zwang, und sie eröffnet zugleich neue Möglichkeiten des Lebens und Arbeitens. Prekarisierung bedeutet ein Leben mit dem Unvorhersehbaren, mit der Kontingenz.“ (Ebd.)

Die gesamtgesellschaftliche Zäsur: Corona

Dieses Leben mit dem Unvorhergesehen potenziert sich unter Bedingungen der Corona-Pandemie, denn sie sorgt für gesamtgesellschaftliche Umwälzungen der bisherigen Arbeits- und Lebensweise. Die Vorstellung des Normalarbeitsverhältnisses erscheint antiquiert angesichts zahlreicher gefährdeter Branchen und Arbeitsformen. So werden insbesondere in der Hotel- und Gaststättenbranche, der Reisebranche, im Kunst- und Kulturbereich oder bei kleinen Einzelhandelsunternehmen Mitarbeitende in Kurzarbeit geschickt. (Solo)Selbständige und Kleinunternehmer*innen kommen in existenzielle Bedrängnis. Während ganze Branchen und einzelne Unternehmen angesichts der Pandemie in ihrer Existenz gefährdet sind, boomen hingegen der Online-Einzelhandel, Pharmaunternehmen oder digitale Unternehmen und Dienste. Angesichts dieser Situation, welche mit einer Bandbreite an arbeitspolitischen Maßnahmen und einem enormen Haushaltsdefizit einhergeht, erhält das bisher geltende Leitbild der Eigenverantwortung deutliche Risse. Und dennoch bleibt abzuwarten, ob es künftig gänzlich abgelöst oder transformiert wird.

Der Arbeitsalltag hat sich im Hinblick auf Arbeitszeiten und Arbeitsorte für viele Beschäftigte verändert. Insbesondere Personen mit höheren Bildungsabschlüssen verlagern (Teile ihrer) Arbeitszeit ins Homeoffice – ein Privileg, das Personen mit niedrigem Bildungsgrad oder in „systemrelevanten Berufen“ nicht haben (vgl. NEPS 2020a). Herausfordernd ist die Vereinbarung von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit. Während es einerseits Indizien für eine „Retraditionalisierung“ insbesondere im Lockdown, eine verstärkte Responsibilisierung von Frauen für Sorgearbeit und eine erschwerte Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem bei Müttern gibt (vgl. Allmedinger 2020; NEPS 2020b; Müller u. a. 2020), sprechen andere wiederum im Gegenteil von einer zunehmenden Gleichstellung von Mann und Frau (vgl. Krohn 2020). Abzuwarten bleibt, ob nun als systemrelevant deklarierte, oftmals feminisierte Berufe in der Alten- und Krankenpflege oder im Einzelhandel, neben der symbolischen Anerkennung („Klatschen“) auch eine materielle Anerkennung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfahren werden. Offen ist ebenso, welche Relevanz und Tragweite wiederentdeckte und proklamierte Prinzipien wie Solidarität und Bedürftigkeit künftig erhalten und wen sie betreffen werden.

Auch der Bildungsbereich gerät angesichts der Pandemie unter Handlungsdruck. Innerhalb weniger Tage musste ein Umstieg auf Homeschooling und digitale Lehre erfolgen. Dies stellte Lehrende vor die Situation, in kürzester

Zeit digitale Formate und möglichst selbsterklärende Arbeitsmaterialien zu entwickeln. Erschwert wurde und wird dies durch fehlende technische Ausstattung – an digitalen Endgeräten, digitaler Infrastruktur sowie an geeigneten Lernplattformen. Angesichts des Ziels, Bildung unter Pandemiebedingungen und des Lockdowns überhaupt zu gewährleisten, drohten Fragen des Datenschutzes oder des Umgangs mit Lobbyinteressen (digitaler Konzerne) als randständig erklärt zu werden.



Der Arbeitsalltag hat sich im Hinblick auf Arbeitszeiten und Arbeitsorte für viele Beschäftigte verändert. Foto: a_sto/photocase

Es ist noch zu früh zu sagen, inwiefern diese Entwicklungen das Bildungsverständnis weiterhin verändern wird. In Zeiten des Lockdowns spielte jedenfalls vor allem das Ziel der Qualifizierung und der Ermöglichung von Abschlussprüfungen eine große Rolle. Nicht im Fokus standen hingegen Ziele wie die Mündigkeit der Lernenden, ihre Persönlichkeitsentwicklung, die Kommunikation von Lehrenden und Lernenden und von Peers untereinander, der freie Austausch und die demokratische Debatte in Bildungseinrichtungen. Ohnehin vorhandene Bildungsungleichheiten haben sich verschärft. Die Rolle der Lehrkraft reduzierte sich auf ihre Wissensvermittlung. In diesem Zusammenhang gibt es auch schon Stimmen, welche bspw. ein Ende der Massenuniversität sehen und damit verbunden ein enormes Einsparpotenzial bei Lehrenden (vgl. Straubhaar 2020). Fest steht jedenfalls insgesamt: Die ohnehin wahrgenommenen Unsicherheiten angesichts gesellschaftlicher Kontingenz verschärfen sich unter dem Eindruck der Corona-Pandemie.

Jugendliche in der Arbeitswelt

Junge Menschen leben in diesen von Unsicherheiten und Kontingenz geprägten Zeiten der Prekarisierung. Der

größte Teil von ihnen strebt angesichts der Erfordernisse auf dem wissensbasierten Arbeitsmarkt mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse an. Das Gymnasium wird ab den 1990er Jahren zur meistbesuchten Schulform nach der Grundschule (vgl. Statistisches Bundesamt 2018), der Wunschabschluss ist mit 63 % überwiegend das Abitur (vgl. Albert u. a. 2019, S. 167). Ein gegenläufiger Trend ist hingegen an Haupt- und Realschulen zu verzeichnen. Die Hauptschule der 1950er Jahre, die bis in die 1960er Jahre hinein noch die überwiegende Mehrzahl an jungen Menschen ausbildete, hat nahezu ausgedient. Gleichzeitig werden private Schulen immer beliebter (vgl. ebd.). Mit diesen Entwicklungen verbunden sind Bildungsungleichheiten. Die „katholische Arbeitertochter vom Lande“, mit der der Soziologe *Ralf Dahrendorf* die mehrfache Bildungsbenachteiligung der Arbeiter- und der katholischen Kinder, der Landbevölkerung und der Mädchen der Nachkriegszeit auf den Punkt brachte, weicht neuen Bildungsbenachteiligungen entlang von sozialer Herkunft und Ethnizität. Während Mädchen und junge Frauen als Gewinnerinnen der Bildungsexpansion gelten, sind es migrantische Jugendliche, insbesondere junge Männer aus „Problemvierteln“, die im Zuge des gesamtgesellschaftlichen Trends zur Höherqualifizierung abgehängt zu werden drohen (vgl. Geißler 2014).

Sie sind es insbesondere, die vor dem Hintergrund eines wachsenden Ausbildungsniveaus der Bevölkerung und dem Rückgang der „Einfacharbeit“ bzw. ihrer Verlagerung in Niedriglohnländer einen wachsenden Qualifikationsdruck und vielfache Prekaritätsrisiken erleben. Problematisch ist v. a. die Ausbildungslosigkeit und damit die fehlende Perspektive auf den Erwerb eines beruflichen Bildungsabschlusses, welcher wiederum die Chancen auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt erschwert. Diese ist abhängig vom erreichten Schulabschluss. Während Jugendliche ohne Schulabschluss mit 70,3 % besonders gefährdet sind, keinen Berufsabschluss zu erzielen, sind es bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss noch 33 %, mit Realschulabschluss 10,9 % und mit Studienberechtigung nur noch 5,6 % (vgl. BMBF 2020, S. 72). Dieser Trend könnte sich unter Pandemiebedingungen verschärfen, da durch die Corona-Krise insbesondere Ausbildungsplätze für niedrige Bildungsabschlüsse wegfallen (vgl. Maier 2020). Das Risiko der Ausbildungslosigkeit betrifft Jugendliche mit Migrationshintergrund in besonderem Maße. Die Ungelerntenquote beträgt bei 20–34-Jährigen mit eigener Migrationserfahrung 32,9 % und ist bei türkischstämmigen jungen Menschen mit 52 % sogar besonders hoch. Aber auch bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund, →

die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, beträgt die Ungelerntenquote noch 16,4% und ist somit im Vergleich mit den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (8,3%) viel höher (vgl. ebd.).

Beschäftigungsungleichheiten und Erwerbsrisiken betreffen aber potenziell alle Jugendlichen. Es fehlen standardisierte und orientierende Übergänge in den Beruf, wenngleich die Flexibilität und Durchlässigkeit des Bildungssystems und Arbeitsmarktes für manche durchaus (Aufstiegs-)Chancen bereithalten. Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Anteil atypischer, v. a. geringfügiger und befristeter Beschäftigung bei Jugendlichen relativ hoch ist. Sie sind dazu gezwungen, Phasen von (kurzer) Erwerbslosigkeit und Warteschleifen mit Praktika, Nebenjobs u. v. m. zu überbrücken. Diese Situation verschärft sich unter Pandemiebedingungen und mit dem Wegfall von Jobmöglichkeiten.



Wandel der Arbeitswelt bringt gerade für junge Menschen Unsicherheiten mit sich. Foto: Gerd Altmann/pixabay; <https://pixabay.com/de/service/license>

Statistisch gesehen war Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland bislang kein allzu großes Problem. Allerdings war sie in hohem Maße von regionalen, bildungsbezogenen und sozialen Faktoren abhängig. Auch dies verstärkt sich durch die Corona-Krise, welche sich ohnehin auf die Arbeitslosenzahlen auswirkt und insbesondere Personen ohne Berufsausbildung oder mit ausländischem Pass betrifft (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2020).

Dies zusammengenommen bringt Verunsicherungen mit sich, der Einstieg in den Beruf diffundiert bis weit in das Erwachsenenalter und erschwert die Bewältigung anderer, für das Jugendalter relevanter Entwicklungsaufgaben wie die Ablösung von den Eltern oder den Aufbau stabiler Partnerschaften.

Jugendliches Erleben (in Zeiten von Corona)

Arbeit ist insgesamt ein wesentlicher Bestandteil jugendlicher Identitätsentwürfe und je nach „Ressourcenausstattung“ der Jugendlichen mehr oder weniger mit Chancen oder mit Gefahren verbunden. Eine eigene qualitativ-rekonstruktive Studie auf Basis von Gruppendiskussionen mit Jugendlichen im Alter von 16–26 Jahren zeigt, dass Arbeit für die jungen Menschen Freiheits- und Entwicklungsversprechen, Qualifikations- und Leistungsdruck, Anerkennungsdefizite, Prekarisierungsrisiken, Verunsicherungen und Ängste beinhalten kann (vgl. Schmitt 2017). Die befragten Jugendlichen entwickeln ihr eigenes, erwerbsorientiertes Lebenskonzept im Spiegel von Erwerbslosigkeit. Sie greifen dabei aktuelle und historisch variable gesellschaftliche Diskurse, Ideologien und Vorurteile auf (z. B. Diskurse um Eigenverantwortung, Klischees über Erwerbslose, Individualisierung von Erwerbslosigkeit), tun dies aber gleichzeitig vor dem Hintergrund sozial grundlegender milieuspezifischer Erfahrungen und Handlungspraxen – den in jeweiligen Milieus verankerten Sehnsüchten, Ängsten oder Sorgen.

Laut der Shell-Studie von 2019 blicken junge Menschen mehrheitlich zuversichtlich auf ihre Bildungskarriere (vgl. Albert u. a. 2019, S. 187 ff.) und in ihre berufliche Zukunft. Themen wie Arbeit und Erwerbslosigkeit, die junge Menschen angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 noch stark beschäftigten, sind vor dem Eindruck der mehrheitlich von Gymnasiast*innen getragenen politischen Artikulation der Klimakrise, den Schulstreiks und damit verbunden mit der Sorge vor Umweltverschmutzung und dem Klimawandel etwas in den Hintergrund gerückt. Und doch äußert immerhin noch jede*r zweite Jugendliche (52%) Sorgen bezüglich der wirtschaftlichen Lage und vor steigender Armut. Mehr als jede*r Dritte (39%) äußerte Angst vor einem Arbeitsplatzverlust bzw. davor, keinen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Es gibt eine Reihe empirischer Anzeichen, die darauf hindeuten, dass Kinder und Jugendliche als Verlierer*innen der Corona-Krise zu bezeichnen sind (vgl. Schubarth 2020).³ Junge Menschen assoziieren mit Corona laut einer Nacherhebung der Sinus-Milieu-Jugendstudie in der Zeit des Lockdowns und damit vor dem Eindruck der bundesweiten Schulschließungen (vgl. Calmbach u. a. 2020) v. a. negative Begriffe wie Langeweile, Stress, Anspannung, soziale Isolation, Sorgen in der Familie, Lagerkoller, aber auch Vereinsamung und Aggression. Zwar ist die Zu-

³ Dies gilt umso mehr in globaler Hinsicht (vgl. Lohrscheit 2020).

kunftszielsicherheit bei einem Drittel der Jugendlichen relativ hoch – insbesondere postmaterielle Lebenswelten sind von großem Zutrauen und einer Lösungszielsicherheit für zukünftige Herausforderungen geprägt (vgl. ebd., S. 588 ff.). Aber jeweils ein Drittel der Jugendlichen äußerten sich besorgt oder teilweise besorgt. Besonders deutlich artikulieren „sicherheitsorientierte Lebenswelten“, wie „adaptiv-pragmatische“ oder „traditionell-bürgerliche“ Jugendliche, ihre Zukunftsängste. Bildungsferne Lebenswelten rechnen zukünftig mit erheblichen Verschlechterungen ihrer eigenen Situation und der des gesamten Landes. Mädchen und junge Frauen aller Lebenswelten äußern sich oft pessimistischer und nachdenklicher als Jungen und junge Männer (vgl. ebd.).

Junge Menschen erlebten insbesondere die Kontaktbeschränkungen in Zeiten des ersten Lockdowns und die damit einhergehende soziale Isolation als sehr belastend (vgl. Andresen u. a. 2020, S. 12). Verunsicherung, Überforderung und Sorgen manifestierten sich insbesondere bezogen auf die berufliche Zukunft (vgl. ebd., S. 14). Dies betraf vor allem Jugendliche in Übergängen in Beruf, Schule oder Praktikum. Von der Politik haben sie sich vor allem auf ihre Rolle als Schüler*innen und Studierende reduziert gesehen. Sie hatten den (berechtigten) Eindruck, dass ihre spezifischen Lebenssituationen nicht berücksichtigt wurden. Besonders betraf dies jugendliche Lebensformen neben der Kleinfamilie und spezifische Bedarfe junger Menschen in stationären Wohngruppen, an Förderschulen oder Bedarfe junger Obdachloser und Geflüchteter, die keine Rolle in den politischen Auseinandersetzungen spielten (vgl. ebd.).

Nachdenken über Arbeit und das gute Leben – Konsequenzen für die politische Bildung als Profession

Die Transformationen der Arbeit tangieren junge Menschen in besonderem Maße. Arbeit ist für junge Menschen wichtig, markiert sie doch den gelungenen Übergang zum Erwachsenenalter. Wenngleich der Wandel der Arbeitswelt für alle jungen Menschen Unsicherheiten mit sich bringt, sind sie doch sehr unterschiedlich davon betroffen. Insbesondere niedrigqualifizierte Jugendliche haben es angesichts der Tertiarisierung und Digitalisierung ohnehin schwer. Zudem reartikuliert und verschärft die Corona-Pandemie bereits vorhandene Krisenerscheinungen (Arbeits- und Sorgeverhältnisse, Bildungsungleichheiten etc.) und erfordert Wissen und Orientierung für alle Menschen, gerade angesichts aktueller rechts-autoritärer und verschwörungsideologischer gesellschaftlicher Tendenzen.

Das verweist insgesamt auf die wichtige Rolle der politischen Bildung für die politische Mündigkeit im Sinne von Persönlichkeitsbildung und Ermächtigung der jungen Menschen sowie für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Demokratie.

Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil jugendlicher Identitätswürfe und je nach „Ressourcenausstattung“ der Jugendlichen mehr oder weniger mit Chancen oder mit Gefahren verbunden.

Zu lange wurden Kinder und Jugendliche von der Politik lediglich als Schüler*innen adressiert, als potenzielle Virenüberträger*innen und damit als Risiko für sogenannte Risikogruppen sowie als Belastung für Eltern, denen die zweifellos anstrengende Aufgabe zuteilwurde, Erwerbsarbeit und Homeschooling miteinander zu verbinden. Ihre ganz spezifischen Problemlagen, Ängste und Sorgen sowie Bedürfnisse nach Geselligkeit, nach Bildung, nach Teilhabe wurden nicht gehört und berücksichtigt. Diese Einschätzungen und Perspektiven junger Menschen zu hören und zur Sprache zu bringen statt (allein) auf arbeitsmarktbezogene Qualifizierungsbedarfe zu fokussieren, ist außerordentlich wichtig. Dabei kann politische Bildung einen wichtigen Beitrag leisten – insbesondere nach der langen Zeit der Zurückgeworfenheit auf sich selbst. Jugendliche benötigen kollektive (Lern)Räume für die Reflexion dieser existenziellen Krisenerfahrungen, um diese in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einzuordnen und sich zu befähigen, ihre bislang wenig berücksichtigten Anliegen und Bedarfe stärker in den politischen Diskurs einzubringen.

Dabei wird Arbeit weiterhin ein wichtiges Thema sein, das nicht nur Jugendliche, sondern auch weite Teile der Bevölkerung insgesamt beschäftigt. Damit sind im engen Sinne Fragen nach Zugängen zum und Ausschlüssen aus dem Arbeitsmarkt, nach existenzsichernder und auskömmlicher Entlohnung, nach humaner und mit Sinn verknüpfter Erwerbsarbeit, nach gesellschaftlicher Anerkennung von Berufsgruppen oder nach Möglichkeiten und Zumutungen des *Adult Worker Modells* berührt. Darüber hinaus geht es aber um weitere Fragen, nämlich welchen gesellschaft- →

lichen Stellenwert und welche materielle wie ideelle Anerkennung Sorgetätigkeiten (für Kinder, alte und kranke Menschen oder Menschen mit Behinderungen) zuteilwird, wie das Verhältnis von Erwerbsarbeit und dem Leben insgesamt zu gestalten ist und was überhaupt zu einem guten Leben dazugehört – Fragen, die unter dem Eindruck des Lockdown in der Öffentlichkeit unter dem Label „was wirklich wichtig ist“ diskutiert wurden. Solche Themen, die mit individuellen Hoffnungen, aber auch Sorgen verbunden sind, sind *als politische* Themen in den Mittelpunkt der politischen Bildung zu rücken. Dabei sollten arbeitsmarktbezogene Anforderungen mit den jungen Menschen reflektiert und nicht affirmiert werden und Menschen darin befähigt werden, sich human und zivil am demokratischen Prozess zu beteiligen – was angesichts grassierender anti-aufklärerischer, rechts-autoritärer Krisendeutungen wichtiger denn je ist. **4**

Die Transformationen der Arbeit tangieren junge Menschen in besonderem Maße. Arbeit ist für junge Menschen wichtig, markiert sie doch den gelungenen Übergang zum Erwachsenenalter.

Es ist damit dringend geboten, dass Staat und Gesellschaft solche Räume politischer Bildung in den nächsten Jahren verstärkt bereitstellen und entsprechend fördern, statt diese weiter zu marginalisieren oder in kurzfristigen Projekten auszulagern. Dabei ist insbesondere die Quantität und Qualität politischer schulischer und außerschulischer Lerngelegenheiten für „bildungsferne“ und niedrigqualifizierte junge Menschen, für junge Geflüchtete, Obdachlose, Förderschüler*innen u. v. m. deutlich zu erhöhen. Nicht zuletzt deshalb, um einen Rückzug dieser Gruppen aus dem Politischen nicht hinzunehmen, sondern ihr Menschenrecht auf politische Teilhabe zu gewährleisten.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

4 In diesem Zusammenhang ist aber die Engführung auf („Extremismus“)Prävention als Auftrag für die politische Bildung deutlich zurück zu weisen (vgl. Schmitt 2020a; 2020b).

Zur Autorin



Dr. Sophie Schmitt ist Professorin für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Sie arbeitet und forscht zu politischer (Jugend) Bildung in schulischen und außerschulischen Zusammenhängen, insbesondere im Kontext autoritärer Entwicklungen und Transformationen der Arbeitswelt.

Sophie.Schmitt@sowi.uni-giessen.de

Literatur

Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus u. a. (2019): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim: Beltz

Allmedinger, Jutta (2020): Familie in der Corona-Krise; www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauenrollenverteilung-rueckentwicklung (Zugriff: 19.12.2020)

Andresen, Sabine / Lips, Anna u. a. (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim; <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1078> (Zugriff: 19.12.2020)

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020): Berufsbildungsbericht 2020. Bonn: BMBF

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bundesagentur für Arbeit (2020): Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Nürnberg: BA

Calmbach, Marc / Flaig, Bodi / Edwards, James u. a. (2020): SINUS-Jugendstudie 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn: bpb

Geißler, Reiner (2014): Bildungsexpansion und Bildungschancen; www.bpb.de/izpb/198031/bildungsexpansion-und-bildungschancen?p=all (Zugriff: 19.12.2020)

Höhne, Thomas (2019): Der anti-egalitäre Bruch in der Bildung. In: Walgenbach, Katharina (Hrsg.): Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Zur neoliberalen Neuordnung von Staat, Ökonomie und Privatsphäre. Frankfurt am Main: Campus, S. 89–116

Krohn, Philipp (2020): Retraditionalisierung? Care-Arbeit und Geschlechterverhältnisse in der Corona-Krise; www.bpb.de/apuz/care-arbeit-2020/317845/retraditionalisierung-care-arbeit-und-geschlechterverhaeltnisse-in-der-corona-krise (Zugriff: 19.12.2020)

Lohrenscheit, Claudia (2020): Das Recht auf Bildung im permanenten Krisenzustand. In: APuZ, Ausgabe 51/2020, S. 4–8

Lorey, Isabell (2020): Die Regierung der Prekären. Mit einem Vorwort von Judith Butler. Wien/Berlin: Turia + Kant

Maier, Tobias (2020): Auswirkungen der „Corona-Krise“ auf die duale Berufsausbildung. Risiken, Konsequenzen und Handlungsnotwendigkeiten. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung

Müller, Kai-Uwe / Samtleben, Claire / Schmieder, Julia u. a. (2020): Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter: Erwerbstätige Eltern sollten entlastet werden. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 19, S. 331–340

Neckel, Sighard (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt am Main / New York: Campus

NEPS (2020a): Erwerbsleben in der Corona-Krise: Welche Rolle spielen Bildungsunterschiede? Corona & Bildung. Aktuelle Auswertungen des Nationalen Bildungspanels. Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e. V.

NEPS (2020b): Kinderbetreuung in der Corona-Krise: Wer betreut, wenn Schulen und Kitas schließen? Wie der berufliche Alltag von erwerbstätigen Eltern die Kinderbetreuung während des Lockdowns beeinflusst hat. Corona & Bildung. Aktuelle Auswertungen des Nationalen Bildungspanels. Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e. V.

Rosa, Hartmut (2012): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik. Berlin: Suhrkamp

Rosendahl, Anna / Wahle, Manfred (2012): Erosion des Berufes: Ein Rückblick auf die Krisenszenarien der letzten vierzig Jahre. In: Bolder, Axel u. a. (Hrsg.): Beruflichkeit zwischen institutionellem Wandel und biographischem Projekt. Wiesbaden: Springer, S. 25–47

Scheele, Alexandra (2018): Arbeit und Geschlecht: Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Care. In: Kortendiek, Beate u. a. (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Geschlecht und Gesellschaft. Bd. 2. Wiesbaden: Springer, S. 753–762

Schmitt, Sophie (2010): Die unternehmerische Schule und ihre gesellschaftlichen Implikationen. Hessische Schulpolitik in der Perspektive der Gouvernementalität. In: Lotz, Mathias u. a. (Hrsg.): Von Platon bis zur Global Governance: Entwürfe für menschliches Zusammenleben. Marburg: Tectum Wissenschaftsverlag, S. 191–208

Schmitt, Sophie (2017): Jenseits des Hängemattenlandes: Arbeit und Arbeitslosigkeit aus der Sicht von Jugendlichen – Eine Rekonstruktion ihrer Orientierungen und ihre Bedeutung für die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Schmitt, Sophie (2020a): Leitlinien für die politische Bildung in der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsruck. In: POLIS – Zeitschrift für politische Bildung. 1/2020, S. 21–23

Schmitt, Sophie (2020b): Politische Bildung in Zeiten autoritärer Entwicklungen – Einhegungen und Einsprüche. In: Bade, Gesine / Henkel, Nicholas u. a. (Hrsg.): Politische Bildung: vielfältig – kontrovers – global. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 302–318

Schubarth, Wilfried (2020): Schule als sozialen Ort (wieder)entdecken. In: APuZ, Ausgabe 51/2020, S. 28–33

Soiland, Tove (2017): Ökonomisierung – Privatisierung: die verdeckte Unterseite neoliberaler Restrukturierungen und ihre Implikationen für die Geschlechterforschung. In: Kortendiek, Beate u. a. (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Geschlecht und Gesellschaft. Bd. 1. Wiesbaden: Springer, S. 95–104

Statistisches Bundesamt (2018): Schulen auf einen Blick; www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Publikationen/_publikationen-innen-schulen-blick.html (Zugriff: 19.12.2020)

Straubhaar, Thomas (2020): Das Ende der Massenuniversität; www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/article211886035/Digitales-Studium-Corona-erwirkt-das-Ende-der-Massenuniversitaet.html (Zugriff: 19.12.2020)

Voß, G. Günter (2002): Auf dem Wege zum Individualberuf? Zur Beruflichkeit des Arbeitskraftunternehmers. In: Kurtz, Thomas (Hrsg.): Aspekte des Berufs in der Moderne. Opladen: Leske + Budrich, S. 287–314

Walgenbach, Katharina (Hrsg.) (2019): Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Zur neoliberalen Neuordnung von Staat, Ökonomie und Privatsphäre. Frankfurt am Main: Campus

Jugendliches Erleben in Zeiten der Corona-Pandemie

Junge Menschen kommen zu Wort

Im Beitrag von Professorin Sophie Schmitt in dieser Ausgabe werden Jugendliche in der Arbeitswelt sowie die aktuellen Herausforderungen für junge Menschen angesichts der Corona-Pandemie aus Perspektive wissenschaftlicher Studien in den Blick genommen. Im Folgenden kommen nun einige von ihnen selbst zu Wort. Sie beschreiben, wie es ihnen zum Ende des herausfordernden Jahres 2020 erging, welche Gedanken und Sorgen sie umtreiben. Leider ist es nicht gelungen, auch junge Männer zum Schreiben eines Textes zu bewegen, sodass die Texte ausschließlich von jungen Frauen kommen.

Eigentlich studiere ich drei Stunden mit dem Zug entfernt von meiner Heimatstadt Berlin. Seit dem Beginn der Pandemie vor fast einem Jahr haben sich die Dimensionen jedoch komplett verdreht. Meine Familie und Freunde aus Berlin fühlen sich plötzlich viel weiter entfernt an, ganz zu schweigen von Freunden im Ausland. Aber nicht nur hier scheint sich eine neue Art Entfernung eingeschlichen zu haben, sondern auch an meinem Studienort. Einige Freunde sehe ich kaum bis gar nicht mehr, andere viel öfter als vorher. Neulich habe ich in einer der Werkstätten an meiner Uni angerufen und statt der Werkstattleiterin ist unerwarteter Weise mein Kommilitone drangegangen. Wir hatten bislang nie viel miteinander zu tun. In dem Moment habe ich mich aber so gefreut, endlich mal wieder mit jemand anderem als den Leuten aus meinem Corona-bedingten Freundeskreis ein Gespräch führen zu können, sodass wir bestimmt eine halbe Stunde lang telefoniert und uns auf den neusten Stand gebracht haben. Dabei ist mir wieder bewusstgeworden, wie inspirierend und unverzichtbar die spontanen Treffen in der Hochschule waren und wie sehr die Online-Lehre einschränkt.

Auch auf anderen Ebenen beobachte ich neuentstandene Entfernungen und Verschiebungen: Menschen, bei

denen ich mir vorher sicher war, dass wir die gleichen Überzeugungen und Einstellungen haben, stehen zu der aktuellen Situation ganz unterschiedlich. Zu Corona haben politisch unterschiedlich eingestellte Leute auseinandergehende Meinungen. Ich habe das Gefühl, dass jede*r auf die eigene Art versucht mit der Situation zurechtzukommen.

Wir sind „On the edge of one world that doesn't exist anymore and a world that doesn't exist yet.“

(Suely Rolnik, 01.07.2020, Vortragsreihe Freie Kunst, HfK Bremen)

Für mich fühlt es sich an, wie noch einmal Erwachsenwerden: Aufwachen. Feststellen, dass nichts so ist, wie es scheint. Wer hätte sich vor einem Jahr vorstellen können, dass das Jahr 2020 so wird, wie es kam? Das kann angst-einflößend sein und man braucht ein gutes Umfeld und Menschen, die einem Halt geben. Ich kann mir vorstellen,

dass vielen von denen, die Corona leugnen, genau diese Stärke und Unterstützung fehlt. Wir leben in ganz schön schwierigen Zeiten und Menschen versuchen sich an unterschiedliche Ideen zu klammern, um mit diesen klarzukommen. Vor ein paar Monaten habe ich einen Vortrag von der brasilianischen Psychoanalytikerin *Suely Rolnik* gesehen, der mich sehr inspiriert hat: In unserer Gesellschaft gibt es die Tendenz, zu der alten Normalität so schnell wie möglich zurückkehren zu wollen. Diese alte Normalität existiert so aber nicht mehr, denn wir befinden uns in sich ständig wandelnden Zeiten. Wenn wir immer nur versuchen, zurück zur alten Welt zu gelangen, verschenken wir das Potenzial, uns eine neue, bessere Welt vorzustellen. Wir sind „On the edge of one world that doesn't exist anymore and a world that doesn't exist yet.“ (Suely Rolnik, 01.07.2020, Vortragsreihe Freie Kunst, HfK Bremen). Wenn wir diesen fragilen Status jedoch aushalten, können wir vieles zum Positiven verändern.

Carla Anacker, 21 Jahre, Studentin

Unser Abiturjahrgang hatte in gewisser Weise Glück. Die Quarantänesituation nahm uns nur die letzte Woche Unterricht, zwar ausgerechnet die Zeit wo die Festivitäten beginnen sollten, aber wenigstens gingen wir ohne Wissenslücken in unsere Prüfungen. Wie viele andere in meinem Alter hatte ich Zuhause nur ein kleines Zimmer mit durchlässigen Wänden und einen täglichen Betrieb innerhalb der Familie, der zusätzlich ablenkte. Dort wäre ich vermutlich nur schwer zum Lernen gekommen. Anderen ging es besser, zum Beispiel meinem Freund Marten, er hat eine große Wohnung inklusive Balkon und genug Platz, um eine Grenze zwischen Lernen und Freizeit zu ziehen. Also zog ich zu ihm. Ein kleines schlechtes Gewissen hatte ich schon, weil ich meine Familie so schnell zurückließ, aber auch für sie war es entlastend, sich mit einer Person weniger die paar Quadratmeter zu teilen.

Das Lernen für das Abitur war nur machbar mit viel Disziplin und einer festgelegten Lernplanung, hilfreich waren auch große Videokonferenzen mit Freund*innen. Doch als das Abitur zu Ende war und die letzte Prüfung hinter mir lag, fühlte ich keinen Unterschied. Schließlich gab es keine großen Feste oder Abiturfeiern, die eine finale Realisierung hervorgerufen hätten. Also versank ich in diesem Schwebezustand, ich wusste nicht wohin mit mir und hatte nichts, worauf ich hinarbeiten konnte.

Das Interrailticket lag Zuhause und das geplante Abfahrtsdatum rückte näher, die Hoffnung war schon aufge-

geben. Auch der Plan, im Herbst nach Südkorea zu fliegen wurde schnell verworfen. Also blieb der Sommer regional. Teilweise suchten wir uns eine Kleinstadt in Brandenburg raus und spazierten durch die Landschaft. Zwischendurch erlaubten die Fallzahlen, dass ich mit kleinen Gruppen von Freund*innen unterwegs sein konnte. Das waren die einzigen Momente, wo es sich so anfühlte wie der versprochene Sommer nach dem Abitur.

Als für viele der Alltag im Herbst wieder einkehrte, brauchten Marten und ich eine neue Routine und ein neues Umfeld und zogen kurzerhand nach Leipzig. Ich weiß noch nicht, was ich studieren will und alle Möglichkeiten, Studiengänge kennenzulernen, wurden abgesagt. Mein Kopf ist leer und obwohl mich so vieles begeistert, fehlt mir die Kraft es einfach anzugehen. Momentan suchen wir beide ein FSJ, aber viele Stellen wurden durch die Pandemie gestrichen und meine Hoffnung lässt langsam nach. Wir kennen hier fast niemanden und neue Leute kennenzulernen ist momentan unmöglich. Ich bin normalerweise eine sehr gesellschaftliche Person und liebe es, mich mit Menschen zu umgeben. Plötzlich kann ich mich nur mit mir selbst beschäftigen und das macht mir immer noch Angst. Ich habe das Gefühl die spannendste Zeit, um mich auszuprobieren, zu verpassen.

Was uns momentan Freude bereitet ist der selbstorganisierte Alltag in Leipzig. Wir nutzen die Zeit um viel und ausgiebig zu kochen, uns durch Onlinekurse verschiedener Universitäten weiterzubilden und die Umgebung zu erkunden. Ich hoffe trotzdem, dass wir unsere Vorstellungen und Pläne im nächsten Jahr verwirklichen können.

Fiona Dürr, 19 Jahre

Ich erinnere mich noch gut an den Jahresanfang 2020: In den Nachrichten wurde über den Corona-Ausbruch in Wuhan berichtet. „Das ist so weit weg, das kriegen wir hier ja nicht.“ – Das dachte ich.

Kurze Zeit später: Lockdown Nummer eins. Ich war gerade erst umgezogen und arbeitete seit zwei Wochen in einer Kita. Ich erinnere mich noch gut an diesen einen Tag. Das Kita-Team und die Familien erfuhren, dass wir uns auf unbestimmte Zeit nicht wiedersehen können – Tränen bei den Kindern, Hilflosigkeit bei den Eltern, Ratlosigkeit im Team. Zu diesem Zeitpunkt hatte man noch die Hoffnung, dass es bald wie gewohnt weitergehen kann. Nach meinem Umzug und dem Jobwechsel kam mir diese „Zwangspause“ offen gesagt ganz gelegen. Ich fühlte mich entschleunigt, atmete durch und versuchte, die Zeit positiv für mich zu →

nutzen. In der Kita wurde auch bald ohne die Anwesenheit der Kinder weitergearbeitet. Für das Team bedeutete dies, kreativ zu werden: Außenbereich umgestalten, auf- und umräumen, den Kindern und Familien regelmäßig Videos und Nachrichten mit Geschichten, Liedern und lieben Grüßen schicken. Doch auch die Unsicherheit der Familien, wie es mit der Betreuung weitergehen wird und die Traurigkeit der Kinder darüber, nicht mit ihren Freunden spielen zu können, konnten wir nur bedingt auffangen.

Die Situation im Sommer war etwas unbeschwerter. Ich begann die schulische Ausbildung zur Erzieherin. Sorgen, dass die Ausbildung durch Corona nicht stattfinden kann, hatte ich zu der Zeit nicht. Auch wenn Masken im Unterricht, das ständige Lüften und der Wechsel von Szenario A zu Szenario B und wieder zurück den Alltag erschwert haben, konnte ich mich soweit nicht beklagen. Alle in meinem Umfeld waren gesund und das war die Hauptsache.

Kurz vor Weihnachten: Lockdown Nummer zwei. Es war vorherzusehen und kam doch unerwartet. Immer mehr Menschen im nahen Umfeld erkrankten. Viele Menschen sind frustriert, insbesondere diejenigen, deren Existenz auf dem Spiel steht. Beruflich blicke ich nicht ängstlich, aber mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. Ich frage mich, ob die Arbeit mit Menschen generell wieder einmal so werden kann wie vor der Corona-Pandemie.

Ich blicke mit zwiespältigen Gefühlen auf die bisherige Zeit der Pandemie zurück: Hilflosigkeit, fehlende Routine, Unsicherheit, Angst vor eigener Ansteckung, Angst, jemanden anderes unwissentlich anzustecken, fehlende Umarmungen und Nähe sowie abgesagte Treffen mit Freunden stehen auf der einen Seite, Entschleunigung, Achtsamkeit, Hilfsbereitschaft unter Nachbarn und Freunden, kreative Lösungen wie Sport über Videokonferenzen sowie Zusammenhalt auf der anderen Seite. Aber eins ist klar: Das, was gerade passiert, geht uns alle was an. Und es wird vorbeigehen. Jeder sollte auf sich und seine Mitmenschen Acht geben und trotz der Maske sein Lächeln nicht verlieren. Wenn alles irgendwann wieder „normal“ ist, werden wir das, was normal war, wie eine liebevolle Umarmung, mehr zu schätzen wissen.

Ina Laubenstein, 28 Jahre, Schülerin

Das Stäbchen kratzt, „Stillhalten bitte!“, aber Würgen ist ein Reflex. Spätestens nach den Tests habe ich wirklich das Gefühl, Husten zu haben. Dass das so kommt, weiß ich inzwischen schon vorher. Ähnlich geht es Leuten, die sich genau ab dem Moment krank fühlen, da sie erfahren, dass

einer ihrer Freunde „positiv“ ist. In meinem Freundeskreis werden das momentan immer mehr ...

Wir sind die erste junge Generation, die am eigenen Leibe erfährt, wie eine Gesellschaft per Anordnung kulturlos wird. Aber wir sind auch die ersten, die sich ein ganzes Semester so gut wie selbst unterrichtet haben. Was wir gelernt haben, wird uns in die Lage versetzen, demnächst eine stärkere Gesellschaft mitzugestalten!

Was hätte man auch erwartet? Wir wurden nach den Herbstferien alle zusammen in die Schule gesteckt. Eine Massenveranstaltung, bei der es prinzipiell nicht möglich ist, die Richtlinien einzuhalten. Schon während der Herbstferien gab es in der Schülerschaft Bewegungen, die Schulen zur Sicherheit nicht wieder im Normalbetrieb zu öffnen. Doch wir wurden abgespeist mit der Bemerkung, man würde sich rechtzeitig um Einschränkungen kümmern, sobald die zweite Welle einträte. Anscheinend ist dies Anfang Dezember noch nicht der Fall.

Wir stellen uns also in den Pausen auf Parkplätze vor dem Schulgebäude – die einzige Stelle, an der man keinen Mundschutz tragen muss – und verschlingen schnellstmöglich unsere Pausenbrote. Zu Klausuren werden inzwischen nicht mehr Müsliriegel mitgebracht, sondern Wolldecken und Steine, um beschriebene Seiten zu beschweren, damit sie im ständigen Zug nicht wegfliegen. Wer noch Kraft hat sich zu wundern, fragt, wozu die meisten Berliner Schulen ein Hybridmodell entwickelt haben, das auf die eigene Schule angepasst ist und deswegen tatsächlich mehr Sicherheit böte.

Eltern schicken Kinder, die als Kontaktperson I gebrandmarkt wurden, trotzdem zur Schule. Sie hätten eine staatliche Infografik gefunden, nach der dies erlaubt wäre. Feste Sitzpläne werden erstellt und dokumentiert. Gruppenarbeit findet trotzdem statt. Wenn man in Quarantäne gehen muss, bekommt man sowohl von der Schule als auch von dem Bezirksamt Anweisungen und Informationen. Leider widersprechen sich diese.

Doch das Hinterfragen dieser Gesetze ist längst im Klausurstress untergegangen. Prüfungen erreichen einen besorgniserregend hohen Stellenwert, wenn sie eines der wenigen Dinge sind, die den Schüler*innen sicher bleiben. Denn Ausgleich zum Lernen gibt es immer weniger. Sportvereine dürfen nicht trainieren und mit dem Winter finden auch in Parks keine Fitnessveranstaltungen statt. Bands und Ensembles werden aus den Musikschulen verbannt. Viele suchen sich private Proberäume, doch auch dort werden sie vermehrt rausgeschmissen. Konzerte und Gottesdienste sind per se verboten. Was kann man noch tun, um Freunde zu treffen und eine Pause vom Lernen zu bekommen? Ob man es glaubt oder nicht, selbst junge Menschen haben es mittlerweile satt, nur noch vor Bildschirmen zu sitzen.

Wir sind die erste junge Generation, die am eigenen Leibe erfährt, wie eine Gesellschaft per Anordnung kulturlos wird. Aber wir sind auch die ersten, die sich ein ganzes Semester so gut wie selbst unterrichtet haben. Was wir gelernt haben, wird uns in die Lage versetzen, demnächst eine stärkere Gesellschaft mitzugestalten!

Maja, 17 Jahre, Schülerin

Der Ausbruch der Corona-Pandemie kam für mich plötzlich. Natürlich habe ich die Nachrichten verfolgt, aber es war immer sehr weit von einem selbst entfernt, bis es zur Entscheidung kam, vermehrt bevorstehende Veranstaltungen abzusagen, wie auch die Konfirmation meiner Schwester.

Einige Tage später wurden dann auch die Kitas und Schulen von „heute auf morgen“ geschlossen. Zu dem Zeitpunkt habe ich noch als Sozialpädagogische Assistentin in einer Kita gearbeitet. Am letzten „normalen“ Kita-Tag lautete die Verabschiedung „Schöne Ostern“. Eigentlich total suspekt sich dies Mitte März zu sagen, wenn dies erst einen Monat später gefeiert wird.

Zu dem Zeitpunkt wusste man nicht, was auf einen zu kommt, ein sehr komisches Gefühl, denn wann hat man so etwas erlebt? Irgendwo herrscht auch eine gewisse „Angst“: Was kommt auf uns zu, welches Ausmaß hat das Virus? Welchen Verlauf nimmt es, wenn ich mich anstecke? Welche Folgen hat es für meine Familienmitglieder oder auch Freunde, genauso für die Wirtschaft? Wie wird es den Leuten finanziell gehen, die z. B. ihre Geschäfte schließen mussten?

Das Arbeiten in der Kita danach von Notbetreuung bis zum eingeschränkten Regelbetrieb, war nicht gerade angenehm. Mundschutz tragen, Abstand halten, alle 30 Mi-

nuten Stoßlüften, wie auch das Abwischen von Türklinken und Böden war nun Alltag.

Das ganze Leben hat sich von „heute auf morgen“ verändert, wie auch in der Freizeit. Kein Fußballtraining, keine Partys, aber auch ganz normal einen Abend mit Freunden oder auch Familie war und ist nicht mehr möglich.

Die Lockerungen im Sommer haben wieder ein paar Dinge ermöglicht, wie das Fußballtraining oder auch in größeren Gruppen einen schönen Grillabend verbringen, das war mal wieder Balsam für die Seele, nach der langen Zeit Zuhause. Es erhält einen viel größeren Wert, was vorher als selbstverständlich angesehen wurde.

Mir persönlich, besonders jetzt zum zweiten Lockdown, macht es immer mehr Sorgen, dass viele Menschen die Achtsamkeit und Solidarität mit Füßen treten. Wir können nur gemeinsam da rauskommen und müssen die schützen, für die das Virus eine Gefahr sein kann.



Fiona: „Ich habe das Gefühl die spannendste Zeit, um mich auszuprobieren, zu verpassen.“ Foto: AdB

Natürlich leben wir alle eingeschränkter und müssen uns zurücknehmen, aber dies zu tun, um andere Menschen vor schweren Verläufen oder sogar den Tod zu bewahren, ist das Größte was wir als Mensch tun können. Denn es gibt nichts Wertvolleres auf der Welt als Gesundheit und um die müssen wir uns alle kümmern. Genau dies sollten wir immer im Hinterkopf bewahren, besonders dann, wenn einen selbst das gesamte Thema mal wieder den letzten Nerv nimmt.

Ich blicke trotz einem mulmigen Gefühl, positiv in die Zukunft und freue mich auf den Tag, an dem endlich wieder Normalität eingekehrt und wir unsere Lieben alle ohne Bedenken wiedersehen können!!!

Lena Körner, 20 Jahre, Auszubildende zur Erzieherin →

Ich bin Xaveria, 18 Jahre alt und habe im Frühjahr 2020 mein Abi gemacht. Zurzeit bereite ich mich auf die Aufnahmeprüfungen für mein Musikstudium im Hauptfach Horn vor. Daher gehe ich jeden Tag in die Musikschule zum Unterricht und übe mehrere Stunden am Tag Horn und Klavier. Darüber hinaus bessere ich mir mein Taschengeld mit einem Minijob auf. Die letzten Monate waren für mich die reinste Berg- und Talfahrt. Ich konnte keine Konzerte und Opern mehr besuchen und auch eigene Auftritte und Orchesterfahrten mussten abgesagt werden. Umso größer die Freude, wenn dann doch mal eine Probenfahrt oder ein Auftritt stattfinden konnte! Nachdem im ersten Lockdown die Musikschulen schließen mussten und für mich dort der ganze Unterricht ausfiel, bin ich sehr dankbar, dass sie seit dem Sommer wieder geöffnet waren und Präsenzunterricht ermöglicht werden konnte. Allerdings sind die Infektionszahlen inzwischen so hochgestiegen, dass aktuell kein Gesangs- und Blasunterricht stattfinden kann und es noch unklar ist, wann dieser Unterricht im nächsten Frühjahr fortgeführt wird. Aber die Corona-Pandemie hat auch große Auswirkungen auf alle anderen Bereiche meines Lebens. Ich versuche meine Kontakte soweit es geht einzuschränken. Mit meinen Freunden bin ich seit Sommer nur per Telefon in Kontakt. Runde Geburtstage werden nur im engsten Familienkreis gefeiert und auch sonstige Treffen, die man plant, müssen aufgrund der Infektionslage abgesagt werden. Wenn ich dann sehe, dass sich andere so gar nicht an die Maßnahmen halten, bekomme ich

schlechte Laune, weil genau durch solches Verhalten die Fallzahlen steigen, die Situation sich dadurch nicht bessert und ein Lockdown Light kaum Wirkung zeigen kann. Trotzdem versuche ich dann mit gutem Beispiel voran zu gehen, auch wenn das bedeutet, dass man die einzige Person ist, die auf Arbeit eine Maske trägt.

In meine berufliche Zukunft schaue ich mit gemischten Gefühlen. Die Kulturszene wurde von den Maßnahmen hart getroffen. Viele Kunstschaffende mussten Hartz IV beantragen, weil sie ihren Beruf nicht ausüben können. Hinzu kommt, dass Kultureinrichtungen wie Theater weiterhin Unterhaltungskosten wie Miete etc. zahlen müssen. Wenn wir also so weitermachen, wird nicht mehr viel von der kulturellen Landschaft übrigbleiben. Aber ich hoffe, dass durch den Impfstoff die Maßnahmen drastisch gelockert werden können und bis dahin noch mehr Menschen zur Einsicht kommen, dass die Einhaltung der AHA-Regeln wichtig ist, damit wir wieder ein einigermaßen normales Leben führen können. Ich bin zuversichtlich, dass sich die Lage in den nächsten Jahren verbessert, die Kulturszene sich gut erholt und Kunst wieder ausgeübt und vor allem genossen werden kann.

Xaveria, 18 Jahre, Abiturientin

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Politische Bildung und die digitale Transformation der Arbeitswelt

Eine europäische Perspektive

Wie will Europa die Europäer*innen auf die Herausforderungen der digitalen Transformation vorbereiten? Das ist prinzipiell auch für die politische Bildung von Interesse – selbst wenn sie nicht immer als relevanter Bildungsbereich mitgedacht wird und sich oft reserviert zum Thema verhält. Der Artikel beschreibt, wie die EU das Lernen im Digitalen und für die digitale Transformation vorantreibt. Zugleich werden erste Überlegungen angestellt, wie das aus der Sicht der politischen Bildung so wichtige Lernen aus Demokratie- und Bürger*innensicht über die Transformation diese Strategie ergänzen kann. von Nils-Eyk Zimmermann

Eine der Pionierinnen der Erforschung der digitalen Transformation, *Shoshana Zuboff*, beschrieb 1988 am Beispiel einer Papierfabrik die Irritationen, die die digitale Transformation hervorrief. Statt klassischer Verarbeitung und Handarbeit wurde nun die „Aufgabenbeziehung durch ein Informationssystem vermittelt“ (Zuboff 1988, S. 62). Infolgedessen zeigten die Arbeiter*innen „unzählige Male eine spontane emotionale Reaktion – im Gefühl des Kontrollverlusts, der Verletzlichkeit und der Frustration“. Viele waren besorgt, wie sich ihre handwerklichen Fähigkeiten in eine veränderte Art der Papierherstellung einfügen können. Eine Gruppe von Arbeiter*innen baute jedoch ihr Wissen aus, lernte neue Aspekte der Papierherstellung kennen. Andere hingegen „machten sich zu einem Anhängsel des Systems und führten mechanisch die Anweisungen des Computers aus“ (ebd., S. 68). Eine entscheidende Kompetenz, die der ersten Gruppe half, war, ihr Interesse zu erforschen, zu versuchen, sowie die neuen Möglichkeiten konstruktiv zu reflektieren (vgl. ebd., S. 70). Eine Studie des deutschen *Ministeriums für Arbeit und Soziales* kommt heute zu einem ähnlichen Schluss: „29 Prozent der Beschäftigten erfahren eine körperliche Entlastung“ durch die Digitalisierung ihrer Arbeitswelt. Gleichzeitig folgert der *Monitor für Digitalisierung am Arbeitsplatz*:

„15 Prozent der Beschäftigten empfinden sinkende Anforderungen an ihre Fähigkeiten.“ (BMAS 2016, S. 13 f.)¹

Die Bildungssysteme sollten diese beiden Gruppen berücksichtigen. Diejenigen mit dieser entscheidenden transformativen Kompetenz müssen bestärkt werden und gleichzeitig darf die Gesellschaft die anderen nicht zurücklassen. Bildung muss verstehen lernen, wie sie in diesem Transformationsprozess Arbeitnehmer*innen helfen kann und welche Bedingungen diese in die Lage versetzen, eine neue Lernreise zu beginnen. Insbesondere das Verständnis von Lernen als lebenslanger, kontinuierlicher, reflexiver und produktiver Prozess ist dafür eine solide Grundlage: Wenn Arbeitnehmer*innen befähigt werden, Erfahrungen aus unterschiedlichen Situationen, sozialen Rollen oder Lebensphasen zu verknüpfen, kann dies helfen, in unbekanntem Situationen Chancen zu sehen oder die aktuelle Situation als Teil einer Transformation zu verstehen, nicht als einen Endzustand. →

¹ Dieser Artikel ist entstanden im Rahmen des europäischen Projekts DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten; <https://dttools.eu>.

Die europäischen *Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen*, entwickelt 2006 und überarbeitet 2018, drücken ein solches Bildungsverständnis aus. „Schlüsselkompetenzen sind diejenigen Kompetenzen, die alle Menschen für ihre persönliche Entfaltung und Entwicklung, Vermittelbarkeit, soziale Inklusion, eine nachhaltige Lebensweise, ein erfolgreiches Leben in friedlichen Gesellschaften, eine gesundheitsbewusste Lebensgestaltung und aktive Bürgerschaft benötigen. Sie werden im Sinne des lebenslangen Lernens von Kindesbeinen an während des gesamten Erwachsenenlebens durch formales, non-formales und informelles Lernen in allen Umgebungen entwickelt: in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft und anderen Gemeinschaften.“ (Europäische Kommission 2019b)

Die allgemeine Strategie der EU zur Stärkung der Schlüsselkompetenzen scheint kohärent mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes zu sein. Das EU-Onlinetool *Skills-OVATE* scannt Stellenanzeigen. Es zeigt, dass zunehmend komplexere Fähigkeiten für die breite Vielfalt von Berufsbildern in Europa nachgefragt werden. Die Top Ten im Januar 2021 sind (in hierarchischer Reihenfolge; vgl. SKILLS-OVATE 2021):

1. adapt to change
2. work in teams
3. English
4. use a computer
5. assist customers
6. use microsoft office
7. teamwork principles
8. create solutions to problems
9. customer service
10. think proactively

Lernen-zu-lernen-Kompetenz

Ein an Schlüsselkompetenzen orientierter lebenslanger Lernansatz setzt voraus, dass Lerner*innen sich selbst als Subjekt betrachten, als die Brücke, über die verschiedene Lernerfahrungen miteinander verknüpft werden. Hier setzt der neue Kompetenzrahmen *LifeComp* an, das „European Framework for the Personal, Social & Learning to Learn Key Competence“ (Sala et al. 2020). „Die Entwicklung der Persönlichen, Sozialen und Lernen-zu-lernen-Kompetenz ist entscheidend. Sie hat das Potenzial, Inklusion und Resilienz gegen Unsicherheit und Wandel zu stärken, durch sozio-emotionale Fähigkeiten, die oft als ebenso wichtig angesehen werden wie kognitive und metakognitive Fähigkeiten für akademische Leistungen, Karriere, Gesundheit

und Wohlbefinden.“ (Caena 2019, S. 34) Diese Kompetenz beschreibt quasi eine – für ein modernes kompetenzbasiertes Bildungsverständnis mit höherem Anspruch – unabdingbare Grundlage. Insbesondere im Kontext der digitalen Transformation muss die Aneignung von Wissen unter eben diesen offenen Bedingungen erfolgen.

Digitale Kompetenz in der Transformation

Informations- und Kommunikationstechnik-Kompetenzen (IKT) werden von europäischen Entscheidungsträger*innen schon länger als Teil der Grundkompetenzen angesehen, was durch die Forschung gestützt wird: „Um mit der digitalen Entwicklung Schritt zu halten, reicht es nachweislich nicht aus, nur die digitalen Kompetenzen zu verbessern. Die Daten der ESJ-Erhebung zeigen, dass Erwachsene auf Arbeitsplätzen, die zumindest durchschnittliche IKT-Kompetenzen erfordern, außerdem ein hohes Maß an ergänzenden Kompetenzen benötigen, wie Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben und Rechnen), Soft Skills (Planung und Organisation) und verhaltensbezogene Kompetenzen (Kommunikation und Teamarbeit). Arbeitsplätze, die ein hohes Niveau an IKT-Kompetenzen voraussetzen, verlangen von den Mitarbeitern neben umfassendem technischen Wissen auch die Fähigkeit, Probleme zu lösen, zu lernen, sich anzupassen und neue Methoden und Technologien anzuwenden.“ (Cedefop 2017, S. 4)

Ein an Schlüsselkompetenzen orientierter lebenslanger Lernansatz setzt voraus, dass Lerner*innen sich selbst als Subjekt betrachten, als die Brücke, über die verschiedene Lernerfahrungen miteinander verknüpft werden.

Ähnliche Überlegungen veranlassten die OECD, den Begriff „21st Century Skills“ in den Bildungsdebatten zur digitalen Transformation der Arbeit zu verwenden. Die grundlegenden Arbeiten der OECD an Schlüsselkompetenzen, die zu den Grundlagen der PISA-Studien führen, werden von der Organisation in ihrem Projekt *Future of Education and Skills 2030* als „transformative Kompetenzen“ verschlagwortet (OECD 2019, S. 20). Wenn digitale Kompetenzen als Teil transformativer Kompetenz aufgefasst werden sollen, müssen wir eine zu enge Assoziation

mit IT-Wissen überwinden und unbedingt vermeiden, sie in der Praxis wieder auf technische „Skills“ zu reduzieren. Im PISA-Programm wurde die Formulierung „Problemlösen in technologiereichen Umgebungen“ verwendet, was die „Nutzung digitaler Technologie, Kommunikationsinstrumente und -netzwerke, um Informationen zu bekommen und auszuwerten, Kommunikation mit anderen und praktische Aufgaben ausführen“ umfasst (PIAAC 2009, p. 7). Das Konzept der Medienkompetenz hat sich aus einer ähnlichen Perspektive weiterentwickelt und enthält ebenfalls viele Überschneidungen damit. Heute hängen Kommunikation und Zusammenleben in unserer Gesellschaft unter anderem von Vernetzung, Datafizierung und Plattformen ab. Deshalb müssen auch weitere, über Medienkompetenz hinausführende Aspekte einbezogen werden, wie Datenkompetenz (data literacy), die Fähigkeit, „Bedeutung aus Informationen abzuleiten, Daten nicht nur zu lesen, zu bearbeiten und zu analysieren, sondern auch mit ihnen zu argumentieren und zu verstehen, was Daten aussagen“ (OECD 2019, S. 53).



Foto: Alper Çuğun; <https://flic.kr/p/6nKfFc>; CC-BY 2.0; <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>

Die aus dem EU-Schlüsselkompetenz-Rahmen hier anknüpfende Kompetenz ist die Digitale Kompetenz, beschrieben im *DigComp-Rahmen*. Obwohl nicht primär für den Arbeitskontext entwickelt, werden derzeit Anstrengungen unternommen, DigComp im HR-Kontext einzubringen (Centeno et al. 2019, S. 10). Momentan plant die EU-Kommission die Überarbeitung des Rahmenwerks. In der Version 2.2 soll gemäß den Vorstellungen für den aktuell in Entwicklung befindlichen *Aktionsplan für digitale Bildung (2021–2027)* eine Aktualisierung „im Hinblick auf die Einbeziehung von KI-Kompetenzen und Datenkompetenz erfolgen“ (Europäische Kommission 2020b).

Aus der Perspektive der politischen Bildung fällt auf, dass demokratische Prinzipien und Rechte nicht explizit Erwähnung finden. Heißt z. B. KI-Kompetenz nicht auch, Technologie hinsichtlich ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Wirkung verstehen und kontrollieren zu können? Muss nicht jede*r etwas (mehr) KI-Kompetenz besitzen? Soll diese nur Programmierwissen enthalten? Auch der *DigComp-Aspekt* „Bedürfnisse und technische Lösungen identifizieren“ hebt nicht unbedingt auf die demokratische oder soziale Dimension dieser Bedürfnisse ab. Der „Schutz der Umwelt“ wird hauptsächlich von der Hardware her betrachtet. Europas Ambition ist, neben der autoritären Version der Transformation nach dem chinesischen Modell und der Silicon-Valley-Variante einen „europäischen Weg“ der Digitalisierung einzuschlagen (Technologie für die Menschen, mit einer fairen und wettbewerbsfähigen Digitalwirtschaft, für eine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft) (Europäische Kommission 2020a). Diese Ziele könnten sich ebenfalls konsequenter auch in *DigComp* niederschlagen. Speziell die politische Bildung kann solche Leerstellen füllen.

Europäische Strategie: Employability

Analog zu den eingangs formulierten Überlegungen ist die Antwort der europäischen Politik auf strukturelle Arbeitslosigkeit die Betonung von Bildung und Training, um Arbeitnehmer*innen arbeitsmarktfähig zu machen und „Kompetenzlücken“ zu schließen. Natürlich wurde in den politischen Dokumenten der EU meist durchaus erwähnt, dass das Ziel von Bildung sei, dass Menschen ihr „volles Potenzial entfalten, aktiv an der Gesellschaft teilnehmen und ihre soziale und bürgerschaftliche Verantwortung wahrnehmen“ können (Europäischer Rat 2016). Der Geist und die Logik der Verlautbarungen zeichnete allerdings ein Bildungsverständnis, das sehr stark auf die Defizite abhebt (skill gap) und hier vor allem auf den beruflichen Kontext.

Das strategische Dokument *Eine neue Kompetenzagenda für Europa* beschreibt die Herausforderung: „Die schnelle digitale Transformation der Wirtschaft bedeutet, dass fast alle Arbeitsplätze heute ein gewisses Maß an digitalen Fähigkeiten erfordern, ebenso wie die Teilhabe an der Gesellschaft im Allgemeinen. Die kollaborative Wirtschaft verändert Geschäftsmodelle, eröffnet Chancen und neue Wege in die Arbeitswelt, andere Fähigkeiten erfordernd und Herausforderungen wie den Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten mit sich bringend. Robotisierung und künstliche Intelligenz ersetzen Routinejobs, nicht nur in der Fabrikhalle, sondern auch im Büro.“ →

(Europäische Kommission 2016, S. 7) Die EU-Kommission fordert mehr arbeitsplatznahe Qualifizierung. Gleichzeitig werden bekannte Ungleichheiten nicht automatisch durch die digitale Transformation beseitigt. Der Zugang zu digitalen Möglichkeiten und die Gelegenheit, von ihnen zu profitieren, gestaltet sich für Geschlechter-, Alters- oder Lohngruppen deutlich unterschiedlich (vgl. Holler 2017). Es besteht etwa ein digitaler Gender Gap (vgl. Initiative D21 e.V. 2020) und Frauen mit hochwertigen IT-Kenntnissen erfahren weiterhin Benachteiligung (vgl. Tarín Quiros et al. 2018, p. 9). Speziell die politische Bildung kann dazu beitragen, dass die diversen und multiplen digitalen Lücken und Ausschlussmechanismen entdeckt, adressiert und verkleinert werden.

Proaktivität und (soziale) Innovation

Komplementär zum erwähnten *DigComp 2.1 Rahmenwerk*, soll auch *EntreComp* zur Stärkung der „unternehmerischen Kompetenz“ (entrepreneurship) erwähnt werden. Es fokussiert mehr auf den Arbeitskontext, obwohl der Begriff Entrepreneurship teilweise irreführend sein könnte, da der Rahmen nicht auf Unternehmer*innen, sondern auf die Arbeitnehmer*innen abhebt. „Entrepreneurship“ will eine allgemeine Kompetenz der proaktiven Bewältigung von Herausforderungen und zur Fähigkeit, Wert zu erzeugen, fördern, „von der Pflege der persönlichen Entwicklung, zur aktiven Partizipation in der Gesellschaft, zum (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt als Angestellter oder als Selbständiger und auch, um Unternehmungen (kulturell, sozial oder kommerziell) zu beginnen.“ (Bacigalupo et al. 2016)

EntreComp reflektiert Aspekte der Proaktivität und Fähigkeit zu sozialer Innovation, die auch in der aktiven politischen Bildung (active citizenship education) relevant sind. Zudem anerkennt es, dass die Schaffung von Wert für die Gesellschaft nicht allein oder gar vorrangig ökonomischer Natur ist. Der Kompetenzrahmen stößt somit in eine Lücke, die die Diskurse der politischen Bildung haben entstehen lassen – indem Proaktivität, Kreativität, Wirkungsorientierung als Bestandteile demokratischer Handlungskompetenz manchmal als selbstverständlich angenommen wurden, manchmal sogar als den Bildungsbegriff banalisierende Zweckorientierung beargwöhnt werden. In die Lücke sind oft andere gesprungen, die etwa „social entrepreneurship“ oder „soziale Innovation“ fördern, diese dabei aber verblüffend oft als eine Art unternehmerische Bildung für in Non-Profit-Bereichen Sozialisierte begreifen. In diesem Sinne ist das Rahmenwerk unabhängig davon,

ob man den Begriff „entrepreneurship“ für angemessen hält, ein auch für die politische Bildung relevantes Konzept, gerade für die wenigen, die soziale Innovation von der Demokratie aus denken, oder mittels kulturellem oder gesellschaftspolitischem Engagements Wirkung und Wert erzeugen. Erwähnen muss man andererseits, dass dort, wo demokratische Kernbereiche berührt werden, *EntreComp* von Perspektiven politischer Bildung profitieren würde. Zum Beispiel enthält es eine Kategorie „ethisches und nachhaltiges Denken“, das „durch Ethik und Werte in Bezug auf Gender, Gleichheit, Fairness, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit unterstützt werden“ solle. Dabei muss es natürlich auch um demokratische Prinzipien und die Rechte der Einzelnen, sowie die Wertschätzung und Stärkung des Rechtsstaats gehen, also um Innovation im Kontext einer demokratischen Kultur.

Aus der Sicht politischer Bildung werden Aspekte der politischen Bildung im europäischen Kontext oft nur mittelbar betrachtet.

Generell wollen solche Kompetenzrahmen wie *LifeComp*, *DigComp* oder *EntreComp* eine Quelle der Inspiration für innovative Lerndesigns und Curricula in verschiedenen Bildungsbereichen sein. Zudem tragen sie auch zur Qualitätsentwicklung von Bildungsangeboten bei. Ihre Indikatoren und Fähigkeitsniveaus können auch eine Grundlage für die (übertragbare und vergleichbare) Kompetenzbeschreibung und -anerkennung bilden.

Die mögliche Rolle der außerschulischen politischen Bildung

In diesem Zusammenhang ist auch die Position des *Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)* erwähnenswert. Der EWSA ist ein beratendes Gremium des EU-Parlaments, des Rates und der Kommission, in dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberperspektiven paritätisch vertreten sind. In seiner Stellungnahme *Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Gerechtigkeit – Wege zur Stärkung der EU im globalen Wettlauf um künftige Kompetenzen und Bildung bei gleichzeitiger Gewährleistung der sozialen Inklusion* kommen die Experten zu dem Schluss: „Kontinuierliches Lernen bedeutet Lernen für die Arbeit, trägt aber auch zur persönlichen und beruflichen Entfaltung, zur sozi-

alen Inklusion sowie zur aktiven Bürgerschaft bei.“ Zudem sei es als ein „Recht für jeden“ zu betrachten (EWSA 2019).

Aus der Sicht politischer Bildung werden Aspekte der politischen Bildung im europäischen Kontext oft nur mittelbar betrachtet. Immerhin hob nach den Anschlägen in Paris die *Paris-Deklaration* der EU-Bildungsminister*innen vom 17. März 2015 Bürgerschaft und die Bedeutung von politischer Bildung hervor, was eine partielle semantische Neuorientierung anregte, aber noch lange kein geteiltes Verständnis von politischer Bildung unter den EU-Staaten schaffte. Heute wird anerkannt, dass eine friedliche, inklusive und diversitätsbewusste demokratische Kultur nicht allein über Integration der Bürger*innen in den Arbeitsmarkt erreicht wird. Es ist somit an der politischen Bildung, Weiterbildungspfade mitzugestalten. Sollte etwa die Erwerbsarbeit zunehmend weniger die Position eines Menschen in der Gesellschaft definieren, würde Selbstwirksamkeit anders erfahren werden müssen als durch die Ausfüllung eines Jobs. Sollen mehr Menschen erfolgreich mit gesellschaftlicher Vielfalt umgehen können, rückt Diversity von einer „soft skill“ in den Rang einer zentralen Kompetenz. Soll der „Europäische Weg“ Realität werden, müssen Bürger*innen ihn nachvollziehen und begleiten können. Die soziale Seite der bereits erwähnten „21st Century Skills“ zu entdecken und zu stärken ist zweifellos eine Stärke politischer Bildung, die zu mehr Qualität und Relevanz von Kompetenzmodellen beitrüge.



Im Erasmus+ Projekt „DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship“ wird erforscht, was die digitale Transformation für die politische Bildung bedeutet. Foto: Nils-Eyk Zimmermann

Die *Empfehlung des Rates vom 19. Dezember 2016 für Weiterbildungspfade: Neue Chancen für Erwachsene* der EU-Kommission beschreiben, wie sie sich „Upskilling“ vorstellt (vgl. Europäischer Rat 2016):

- Erwachsenen Zugang zu Weiterbildungspfaden anbieten und vorrangige Zielgruppen in nationalen Kontexten identifizieren
- Angebot von Kompetenz-Assessments
- Maßgeschneiderte und flexible Lernangebote anbieten
- Anerkennung und Validierung von Kompetenzen
- Gewährleistung effektiver Kooperation und Partnerschaften
- Optimierung der Reichweite von Bildung in Richtung neuer Lernender

Diese Anliegen führen über das einzelne Unternehmen oder den jeweils ausgeführten Job als Hauptrahmen für Bildungsangebote hinaus. Arbeitgeber müssen Bildung als ein sinnvolles Instrument zur Bewältigung von Transformation und Übergängen anerkennen. Lernen mit diesem Anspruch umfasst nicht nur Wissen und praktische Fähigkeiten, es berührt auch Einstellungen und Emotionen. Unter Einbezug außerschulischer, außerbetrieblicher und sich als politische Bildung begreifender Angebote können hierbei neue Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die Grenzen zwischen Unternehmen und (Zivil)Gesellschaft durchlässig machen. Individualisierte (z. B. modulare) Lernangebote ermöglichen, das neu Erlernte innerhalb und außerhalb des Unternehmens anzuwenden. Maßgeschneidert statt Taylorismus. Welche Angebote kann die politische Bildung in diesem Sinne machen?

Insbesondere die non-formale Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Vernetzung von Lernerfahrungen im Sinne eines „continuous learning“ über Lebensphasen, Orte und Lernkontexte hinweg. Daher gäbe der EWSA ihr (neue) strategische Priorität: „Die nicht-formale Bildung ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Förderung inklusiver Bildungssysteme und ein Schlüsselement für das lebensbegleitende und alle Lebensbereiche umfassende Lernen. Daher sollte, wie vom EWSA in seiner früheren Stellungnahme vorgeschlagen, mehr Gewicht auf die Bewertung und Validierung der Ergebnisse der nicht-formalen Bildung und des informellen Lernens sowie auch auf die Unterstützung aller Interessenträger in diesem Bereich gelegt werden.“ (EWSA 2019, 4.9)

Ein weiterer Partner für die Weiterbildung und das kompetenzorientierte Lernen im Sinne der politischen Bildung ist die Zivilgesellschaft. Jugendorganisationen, Bürgerinitiativen und Vereine sind Räume zum Erwerb von Kommunikations- und Kooperationskompetenzen. Diese als (informelle oder nonformale) Lernräume verstehend böten sich beiden, Bildung und Zivilgesellschaft, neue Chancen zu →

mehr Reichweite und Relevanz. Das Bildungssystem sollte dies anerkennen. Die Brücke ins bürgerschaftliche Engagement könnte der politischen Bildung neue Pfade eröffnen.

Lernen mit digitaler Technologie

Der *Aktionsplan digitale Bildung* (EU ADB) beschreibt die Erwartung der EU, dass das Lernen mit digitaler Technologie weiter vorangebracht werden soll und setzt als eine Priorität die „Förderung der Entwicklung eines leistungsfähigen digitalen Bildungsökosystems“ (Europäische Kommission 2016). Damit ist insbesondere der Aufbau digitaler Infrastruktur und Lerninhalte gemeint, aber auch die Einbettung digitaler Prozesse mittels Plattformen in die Bildungsangebote (Europäische Kommission 2020b, S. 13). Mit der Forderung „ethischer Leitlinien für Lehrkräfte über die Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) und Daten für Lehr- und Lernzwecke“ (ebd., S. 15) verknüpft, ist auch die politische Bildung gefragt, Bedingungen zu diskutieren und Modelle zu entwickeln, die nicht einfach in datenkapitalistischer (oder wie Zuboff sagt, überwachungskapitalistischer) Manier die Bildung datafizieren. Wie viel digital unterstützte Lernanalytik kann oder soll sein? Unter welchen Bedingungen? Wie kann man das umsetzen?

Heute wird anerkannt, dass eine friedliche, inklusive und diversitätsbewusste demokratische Kultur nicht allein über Integration der Bürger*innen in den Arbeitsmarkt erreicht wird.

Lernkonten sind ein digitales Kompetenz- und Wissensportfolio, das portabel von Lerner*innen arbeitgeberübergreifend genutzt werden kann. Das bekannteste ist der französische *Compte Personnel de Formation* (CPF) (vgl. Martin 2017, S. 8). Neben der Kompetenz-Anerkennungs- und Dokumentierfunktion bietet er seinen Besitzer*innen ein Bildungsguthaben und verbrieft ihnen ein Recht auf lebenslanges Lernen. Die *High Level Expert Group* der EU-Kommission zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt fordert in Anlehnung daran ein europäisches Instrument, den *Digital Skills Personal Learning Account* (DSPLA). Auch dieser soll die Eigentümer*innen berechnen, „Trainings zu digitaler Kompetenz zu besuchen.

Der DSPLA wird durch einen elektronischen Pass ergänzt, in dem die Erfahrungen der erworbenen digitalen Fähigkeiten gesichert werden sollen und auf die von überall her von allen Anspruchsgruppen zugegriffen werden“ könne (Europäische Kommission 2019a). Inwieweit wäre dieses Instrument interessant für die politische Bildung? Wenn hier vorrangig die berufliche Bildung Interesse zeigt und im non-formalen Sektor immer wieder auf die vielfältigen Grenzen von Validierung hingewiesen werden, so kann die politische Bildung doch nicht die Augen davor verschließen, dass es ein gestiegenes Bedürfnis nach Anerkennung und Beschreibung von Lernerfahrungen gibt, gerade auch im Bereich des freiwilligen Engagements (vgl. Boivin/Baez 2019). Diskutiert werden dezentrale und einfach anwendbare digitale Lösungen, der Nachweis auch kleinerer Lernerfolge (micro-credentialing) oder Elemente jenseits eines klassischen Zertifikats oder einer Teilnahmebescheinigung (wie Open Badges).

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zum Autor



Nils Eyk Zimmermann ist Leiter des Projekts DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship im AdB. Er ist Sekretär des Netzwerks DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe. Er arbeitet zu digitalen Themen an der Schnittstelle zu Zivilgesellschaft und politischer Bildung.

zimmermann@adb.de

Literatur

Bacigalupo, Margarita / Kamyplis, Panagiotis / Punie, Yves / Brande, Godelieve Van den (2016): *EntreComp: The Entrepreneurship Competence Framework*. Luxembourg: Publication Office of the European Union; doi:10.2791/593884

Boivin, Pauline / Baez, Juanma (2019): *Job Bridge – Stocktaking report on the state-of-play of validation in the voluntary sector across the EU*. October 2019. Lifelong Learning Platform. Brüssel; https://job-bridge.eu/wp-content/uploads/2019/12/Job-Bridge_Stocktaking-Report.pdf (Zugriff: 14.01.2021)

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2016): *Monitor Digitalisierung am Arbeitsplatz. Aktuelle Ergebnisse einer Betriebs- und Beschäftigtenbefragung*; www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a875-monitor-digitalisierung-am-arbeitsplatz.pdf (Zugriff: 14.01.2021)

Caena, Francesca (2019): *Developing a European Framework for the Personal, Social & Learning to Learn Key Competence (LifeComp)*. Literature Review & Analysis of Frameworks, Punie, Yves (ed); doi:10.2760/172528

Cedefop – European Centre for the Development of Vocational Training (2017): Briefing note – People, machines, robots and skills. Briefing note–9121EN (in deutscher Sprache verfügbar als Kurzbericht–9121DE. Menschen, Maschinen, Roboter – und Kompetenzen; doi:10.2801/057353)

Centeno, Clara et al. (2019): Developing digital competence for employability: Engaging and supporting stakeholders with the use of DigComp, Publications Office of the European Union. Luxembourg; doi:10.2760/625745, JRC118711

Europäische Kommission (o. J.) (EU ADB): Digital Education Action Plan. Aktionsplan für digitale Bildung (2021–2027). Allgemeine und berufliche Bildung für das digitale Zeitalter neu aufstellen; https://ec.europa.eu/education/education-in-the-eu/digital-education-action-plan_de (Zugriff: 12.01.2021)

Europäische Kommission (2016) (EU COM/2016/0381 final): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen. Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML?uri=CELEX:52016DC0381> (Zugriff: 14.01.2021)

Europäische Kommission (2019a) (EU COM 2019-04): Directorate-General for Communication Networks, Content and Technology: Directorate F – Digital Single Market: Report of the high-level expert group on the impact of the digital transformation on EU labour markets; doi:10.2759/586795

Europäische Kommission (2019b) (EUC 2019-05): Council Recommendation of 22 May 2018 on key competences for lifelong learning (Text with EEA relevance.) ST/9009/2018/INIT OJ C 189, 4.6.2018; [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML?uri=CELEX:32018H0604\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML?uri=CELEX:32018H0604(01)) (Zugriff: 14.01.2021)

Europäische Kommission (2020a) (EU 03-2020): Gestaltung der digitalen Zukunft Europas. Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union; doi:10.2759/180065, KK-03-20-102-DE-C

Europäische Kommission (2020b) (EU COM(2020) 624 final): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Aktionsplan für digitale Bildung 2021–2027 Neuaufstellung des Bildungswesens für das digitale Zeitalter; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1602778451601&uri=CELEX%3A52020DC0624> (Zugriff: 14.01.2021)

Europäischer Rat (2016) (EU 2016/C 484/01): Empfehlung des Rates vom 19. Dezember 2016 für Weiterbildungspfade: Neue Chancen für Erwachsene. OJ C 484, 24.12.2016, p. 1–6; https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:JOC_2016_484_R_0001 (Zugriff: 14.01.2021)

EWSA – Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2019): Stellungnahme: Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Gerechtigkeit – Wege zur Stärkung der EU im globalen Wettlauf um künftige Kompetenzen und Bildung bei gleichzeitiger Gewährleistung der sozialen Inklusion. Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des finnischen Ratsvorsitzes. SOC/622 Neue Kompetenzen/soziale Inklusion. Berichterstatterin: Tellervo Kyla-Harraka-Ruonala, Mitberichterstatterin: Giulia Barbucci <https://webapi2016.eesc.europa.eu/v1/documents/EESC-2019-01610-00-00-AC-TRA-DE.docx/content> (Zugriff: 14.01.2021)

Holler, Markus (2017): Verbreitung, Folgen und Gestaltungsaspekte der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Auswertungsbericht auf Basis des DGB-Index Gute Arbeit 2016. Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES), Stadtberge. Berlin: Institut DGB-Index Gute Arbeit; <https://index-gute-arbeit.dgb.de> (Zugriff: 14.01.2021)

Initiative D21 e. V. (2020): Digital Gender Gap. Lagebild zu Gender(un)gleichheiten in der digitalisierten Welt. Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V.; https://initiated21.de/app/uploads/2020/01/d21_digitalgendergap.pdf (Zugriff: 14.01.2021)

Martin, John P. (2017): Policies to Expand Digital Skills for the Machine Age. IZA Policy Paper No. 123. Bonn: IZA Institute of Labor Economics; <http://ftp.iza.org/pp123.pdf> (Zugriff: 12.01.2021)

OECD (2019): Lernkompass 2030. OECD-Projekt Future of Education and Skills 2030. Rahmenkonzept des Lernens; www.oecd.org/education/2030-project/contact/OECD_Lernkompass_2030.pdf; Originalfassung in Englisch: www.oecd.org/education/2030-project/contact/OECD_Learning_Compas_2030_Concept_Note_Series.pdf (Zugriff: 14.01.2021)

PIAAC Expert Group in Problem Solving in Technology-Rich Environments (2009): PIAAC Problem Solving in Technology-Rich Environments: A Conceptual Framework. OECD Education Working Papers, No. 36. Paris: OECD; doi:10.1787/220262483674

Sala, Arianna / Punie, Yves / Garkov, Vladimir / Cabrera Giraldez, Marcelino (2020): LifeComp: The European Framework for Personal, Social and Learning to Learn Key Competence. Luxembourg: Publications Office of the European Union; doi:10.2760/302967

Skills-OVATE – European Centre for the Development of Vocational Training (2021): Skills-OVATE: Skills Online Vacancy Analysis Tool for Europe; www.cedefop.europa.eu/en/data-visualisations/skills-online-vacancies/most-requested-skills (Zugriff: 12.01.2021)

Tarín Quirós, Carlota et al. (2018): Women in the Digital Age. Final Report. Tlclaves, SL; Universitat Oberta de Catalunya (UOC). European Commission, Directorate-General of Communications Networks. Brüssel: Content & Technology; doi:10.2759/526938

Zuboff, Shoshana (1988): In the Age Of The Smart Machine: The Future Of Work And Power. New York: Basic Books

Arbeitswelt in der politischen Bildung und Weiterbildung

Aktuelle Paradigmen und ein postpandemischer Ausblick

Der Artikel befasst sich mit dem Themenkomplex Arbeitswelt in der non-formalen politischen Bildung und Weiterbildung vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie 2020. Zunächst wird die Perspektivenvielfalt in der non-formalen Arbeitswelt-Vielfalt veranschaulicht. Darauf aufbauend werden die Herausforderungen für eine zeitgemäße arbeitsweltbezogene Bildung und Weiterbildung vorgestellt: Was kann und was muss politische Bildung und Weiterbildung in Zeiten des beschleunigten Arbeitsmarktwan- dels leisten und was sind wegweisende Paradigmen für eine emanzipatorische arbeitsweltbezogene Bildung? Der Artikel schließt mit Impulsen für eine Demokratisierung der eigenen Arbeitswelt. von Ines Pohlkamp

Perspektivenvielfalt Arbeitswelt

In den Auseinandersetzungen mit der Arbeitswelt in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung stehen die Veränderungen, die Analyse und das Verstehen des Zusammenspiels von Ökonomie, Arbeit und Gesellschaft im Vordergrund. In der non-formalen arbeitsweltbezogenen Bildung werden ergänzend zeitgenössische soziale Fragen aufgegriffen, wie beispielsweise Klima, Globalisierung, Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation, Empowerment, Armut, Rassismus, Flucht, Migration oder Menschenrechte (vgl. auch Thimmel/Schäfer 2020). Die arbeitsweltbezogene Bildung und Weiterbildung nimmt die Anerkennung der Diversität der Arbeitswelten zur Grundlage, fördert die Reflexion von Subjekt und Gesellschaft, Entwicklung und Fortschritt und vertieft das Interesse an sozialen Fragen. Sie nutzt Themenkomplexe mit Potenzialen der Perspektivenvielfalt. Exemplarisch für solche wirkmächtigen Macht- und Wissenskomplexe im Corona-Jahr 2020 wird das Versprechen „New Work“ skizziert, befasst sich der Beitrag mit der „Fleischindustrie“ und schließt mit dem „Scheitern in der Arbeitsgesellschaft“ ab.

Das Versprechen „New Work“

Der diskursive Ursprung des Begriffs der „New Work“ wird dem österreichisch-amerikanischen Philosophen *Frithjof Bergmann* der 1980er Jahre zugeschrieben. Für ihn ist „New Work“ eine Alternative zur bisherigen Arbeitsorganisation, in der er praktische und philosophische Dimensionen der Arbeit neu akzentuierte. So kritisierte er die offensichtlichen Mängel der kapitalistischen Erwerbsarbeitssysteme, wie beispielsweise Erwerbslosigkeit und Armut, die sinnfreie Arbeit oder die Inkaufnahme von Umweltzerstörung für Arbeitsplätze. Das Konzept des „New Work“ sieht demgegenüber vor, Arbeit sinnvoll zu gestalten, Freiräume zu ermöglichen und Raum für sinnvolles Arbeiten zu implementieren (vgl. Bergmann 1990; Hackl et al. 2017). Heute ist „New Work“ im medialen Diskurs ein Oberbegriff für verschiedene Ansätze der Arbeitsorganisation, die für Modernität, flache Hierarchien, Vertrauensarbeitszeit, Zielorientierung, Flexibilität, Agilität, Individualität, individuelle Arbeitsabläufe, kreative Bürokonzepte, digitalisierte Kommunikation, demokratisches Lernen und Lehren stehen. ¹ Die Konzepte basieren auf einem Sharing

¹ Vgl. für Konzepte der „guten Arbeit“, „Arbeit 4.0“ und „New Work“

von Informationen und Knowhow. Sie stellen häufig die Dezentralität der Arbeitsorganisation in den Mittelpunkt. Für Arbeitnehmer*innen bedeutet dies im Idealfall: hohe Beteiligung, verkürzte Wochenarbeitszeiten, Freiheit für neues Denken, Kreativität, Anerkennung persönlicher Leistungen, kollegiale Teamarbeit in Kommunikation und Zusammenarbeit. In Anlehnung an den Vordenker *Frithjof Bergmann* ist das „Ziel (...) ein Wandel des Verständnisses und der Ausgestaltung von Arbeit in der Praxis“ (Hackl et al. 2017, S. 44).

Allerdings sind das Erleben und die Freude über „New Work“-Konzepte von der Umsetzung im jeweiligen Unternehmen und von der Persönlichkeit, von den Wünschen und bisherigen Erfahrungen der*s Arbeiter*in abhängig. Was für die einen ein Traum ist, kann für andere ein Albtraum sein. Hier lauern neoliberale Ausschließungsmechanismen, denn wer beispielsweise dem Leistungsdruck nicht standhalten kann, läuft Gefahr, das Unternehmen schnell verlassen zu müssen. So berichtet eine Arbeiternehmerin aus der Windenergie, dass sie sich sicher ist, dass sie dem Tempo ihrer Kolleg*innen nicht für weitere zehn Jahre gewachsen ist. Zum Zeitpunkt der Auskunft war sie Anfang 40 und in Leitungsposition. Die Umwidmung der Büros in eine „Co-Working Space Area“ war gerade erfolgt. Ihr eigener Schreibtisch war nun der Schreibtisch aller (Quelle: Eigenrecherche). Darüber hinaus kann der Umgang mit neuen Technologien, wie dem Erlernen neuer Betriebssysteme oder der Nutzung komplexer digitaler Anwendungen im rasanten Tempo zu einem sich Abgehängt-Fühlen führen. Was gestern noch aktuell war, ist kurze Zeit später längst überholt. Außerdem ist von der Dreifachbelastung Arbeit, Familie, Freizeit auszugehen, wobei hier die Hierarchien zwischen Frauen und Männern sich binär-hierarchisch zu Ungunsten der Frauen sortieren. Dass es dabei entgegen dem Ansinnen *Frithjofs Bergmanns* den „New Work“-Konzepten um Profitmaximierung und Marktanteile geht, sollte dabei nicht vergessen werden.

Aus dieser Historie und Gegenwart ergeben sich produktive Auseinandersetzungen für die Praxis der arbeitsweltbezogenen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Themen wie Neoliberalismus, Hierarchien am Arbeitsplatz, betriebliche Mitbestimmung, Utopien eigener Arbeitsplatzgestaltung, Freiheit und Selbstwirksamkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Flexibilität und Privilegien, soziale Ungleichheit und Diskriminierungen können unmittelbare

Folge oder Ergänzungsthemen in der Auseinandersetzung werden. Außerdem können die Teilnehmenden der politischen Bildung zur eigenen Urteilsbildung über „New Work“ aufgefordert werden. Fragen wie „Wie will ich arbeiten?“; „Ist Hausarbeit für mich echte Arbeit?“; „Welche Arbeit ist für mich sinnvoll?“; „Was bedeutet für mich gute Arbeit?“ führen in der Regel zu Austausch und ermöglichen Urteilsfindungen. Erst ein solches motivierendes Weiterdenken mit Hilfe eines offenen Arbeitsbegriffs, die Inklusion der Reproduktionsarbeiten (Haus- und Care-Arbeit), die Infragestellung traditioneller Arbeitsteilungen in Arbeitswelten und Familie oder Thematisierungen von Alternativen ermöglichen lebensweltbezogene Auseinandersetzungen mit „New Work“, mit sich selbst und mit Gesellschaft, Arbeit und Politik.

Die arbeitsweltbezogene Bildung und Weiterbildung nimmt die Anerkennung der Diversität der Arbeitswelten zur Grundlage, fördert die Reflexion von Subjekt und Gesellschaft, Entwicklung und Fortschritt und vertieft das Interesse an sozialen Fragen.

Notizen zur Fleischindustrie

„Notwendige“ gesellschaftliche Arbeitsprozesse, die im Komplex der Diversität der Arbeitswelten im Kapitalismus häufig unsichtbar gemacht werden, sind beispielsweise Erwerbstätigkeiten wie Straßenbau, Pflügetätigkeiten, Prostitution/Sex-Arbeit, Erntehilfe, Reinigungsservice, Hauswirtschaft oder Hilfsarbeiten in Großküchen oder im Paketservice. Die Corona-Pandemie warf 2020 allerdings ein bemerkenswertes Schlaglicht auf die Fleischverarbeitungsindustrie. Doch wie war es dazu gekommen?

Der Fall der Fleischverarbeitungsindustrie *Tönnies* im Landkreis Gütersloh in Nordrhein-Westfalen erregte im Juni 2020 die öffentliche Aufmerksamkeit. Anlass für eine bundesweite Empörung war ein Covid-19-Ausbruch unter den Arbeitskräften. In diesem Zusammenhang blickten die investigativen Medien auf die beengten Wohn- und Lebensbedingungen der (zumeist osteuropäischen) Mitarbeiter*innen. Vom Mindestlohn wurden noch →

exemplarisch DGB 2014; Hackl et al. 2017; Rump/Eilers 2017; Botthof/Hartmann 2015; Werther/Bruckner 2018.

mehrere hundert Euro für die Unterkunft im Mehrbettzimmer abgezogen. Arbeitsverträge waren häufig gar nicht vorhanden. Wenn gültige Verträge abgeschlossen worden sind, waren die Vertragspartner Subunternehmen. Eine Mitarbeiterin berichtete im Deutschlandfunk anonym von sechs Tagen Arbeit mit zwölf Stunden Schichten und von der Erschöpfung nach der schweren körperlichen Arbeit. Der Covid-19-Ausbruch im Frühsommer 2020 in den westfälischen Fleischindustrien führte deshalb interessanterweise dazu, dass noch 2020 ein Gesetz für verbesserten Arbeitsschutz in der Fleischindustrie verabschiedet wurde.¹² Hier erfolgte eine politische Regulierung von Arbeitsbeziehungen im spezifischen Markt.

Hierarchische Arbeitswelten bieten Einblicke in vergessene gemachte Arbeitsbereiche. Hier existieren Arbeitsverhältnisse ohne soziale Absicherung, ohne Rechts- bzw. Vertragsschutz. Hier sind vielerorts Ausbeutung und neoliberales Lohndumping, entrechtete Arbeitnehmer*innen Alltag.¹³ Politische Folgethemen sind das Verhältnis von Zwang und Arbeit, Arbeitsmigration, Rassismus, Mindestlohn, Frauenerwerbsarbeit, Ausbeutung(-smodelle), Gewerkschaften, Gerechtigkeit, Tiere und Massentierhaltung bis hin zur Auseinandersetzungen mit dem Mensch-Natur/Tier Verhältnis, Teilhabe und gesellschaftspolitische Gestaltung und den Chancen alternativer Agrarökonomie und Nachhaltigkeit. Didaktisch interessant ist der Einsatz subjektiver Arbeitsbiografien und die Zusammenarbeit mit Lohnarbeiter*innen aus den jeweiligen Erwerbsbereichen. Dabei geht es nicht um ein Vorführen der Beschäftigten, sondern um ein Verstehen hierarchischer Arbeitsverhältnisse und ihrer Voraussetzungen.

- 2 Freilich waren die Covid-19-Ausbrüche in mehreren Fleischindustrien vorzufinden. Virolog*innen führten dies auch auf die Arbeit bei geringer Temperatur mit wenig Distanz zurück, wobei zugleich durch die schwere körperliche Arbeit mehr Aerosole in der Luft zu finden sind (vgl. Guenther et al. 2020). Im Fleischbetrieb Tönnies kam es im November 2020 dann wieder zu einer großen Infektionswelle im Werk in Weißenfels in Sachsen-Anhalt (vgl. <https://toennies.de/weissenfels-corona-tests-werden-ausgeweitet>; Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 03.01.2021).
- 3 Von den Tieren, der Tierhaltung sowie den Massentötungen von Nutztieren und den Bedingungen des Tötens und die Ausbeutung von Natur und Umwelt ist hier noch gar nicht gesprochen worden. Hier entstehen ethische Fragestellungen, die über die Arbeitswelt der Fleischindustrie hinausreichen.

Scheitern in der Arbeitsgesellschaft

Das Scheitern ist der Arbeitsgesellschaft immanent. Es ist keine individuell, sondern eine gesellschaftlich begründete Lebenserfahrung. Gerade angesichts der Pandemie wird es als eine Folge des individuellen Umgangs mit der Prekarisierung der Erwerbsarbeit sichtbar, als Folge der Kurzarbeit vieler Beschäftigter, der Schließung von Kindertagesstätten und Schulen und der Re-Familiarisierung aufgrund der Pandemie. Das Scheitern umfasst beispielsweise die Zunahme binär-hierarchischer Geschlechterungleichheiten, die Erfahrungen von Isolation und Einsamkeit, die Insolvenzen kleiner und mittelständischer Betriebe und die Lebenswirklichkeiten jener, die in der Arbeitsgesellschaft marginalisiert leben. Scheitern in der Arbeitsgesellschaft wird zumeist Einzelnen zu geschrieben. Dies ist eine falsche Interpretation dieser Erfahrungen. Dieses Scheitern ist der neoliberal individualisierte Ausdruck für gesellschaftliches Versagen. Vom Scheitern sind viele betroffen und fast alle kennen die Angst vorm Scheitern. Sie betrifft erwerbslose, freiberufliche Menschen mit wenig Einkommen, Alleinerziehende (vor allem Frauen), Kurzarbeiter*innen ohne Aufstockungen, Rentner*innen ohne Mindesteinkünfte (Altersarmut von Frauen) u. v. a. m.



Wer bin ich? Wer will ich sein? Foto: Ines Pohlkamp

Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und Existenzängste sind ein weiterer Marker der kursorischen Beschreibung der Arbeitswelten im Wandel. Die Arbeitsgesellschaft als Leistungsgesellschaft existiert nicht ohne diejenigen, die nicht teilnehmen können. Deshalb befasst sich die kritisch-emanzipatorische arbeitsweltbezogene Bildung mit den Lebensrealitäten der Marginalisierten, Stigmatisierten, der Ausgegrenzten und der Ungehörten. Sie interessiert sich für Alleinerziehende, „Hartz 4-Aufstocker“ und für Wohnungs- und Obdachlose und entindividualisiert ihre

Erfahrungen. Das bedeutet, sie kontextualisiert die Erfahrungen von Abwertung und Diskriminierung für alle Teilnehmer*innen der Bildungsarbeit. Non-formale arbeitsweltbezogene Jugend- und Erwachsenenbildung arbeitet mit marginalisierten Zielgruppen und lädt sie zur Zusammenarbeit und zum Entwickeln gemeinsamer Konzepte ein. Sie macht randständige Perspektiven zum Mainstream und lädt die Teilnehmer*innen zu Empathie und Perspektivenvielfalt ein.

Non-formale arbeitsweltbezogene Jugend- und Erwachsenenbildung arbeitet mit marginalisierten Zielgruppen und lädt sie zur Zusammenarbeit und zum Entwickeln gemeinsamer Konzepte ein.

Dieser kursorische Einblick in eine Diversität der Arbeitswelten zeigt, dass die Anerkennung ihrer Verschiedenheiten, die subjektiven Erfahrungsräume und der multiperspektivische Umgang mit den Inhalten eine notwendige Voraussetzung für eine zukunftsorientierte arbeitsweltbezogene Bildungsarbeit darstellt.

Politisch bilden?! Räume eröffnen

Politische Bildung und Weiterbildung hat den Auftrag, Menschen zum politischen (Nach-)Denken und zur Urteilsfähigkeit zu befähigen (Beutelsbacher Konsens; vgl. auch Eis 2016). In der *Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung* (2015) heißt es ergänzend, dass sich politische Bildung den Umbrüchen und Krisen „unserer Zeit“ stellt, Konflikte und Dissens sichtbar macht und um Alternativen streiten soll. Hier knüpfen die folgenden Überlegungen an. Zentrale Herausforderung arbeitsweltbezogener politischer Bildung und Weiterbildung ist, den Menschen im Dickicht der neoliberalen Anforderungen in der Krise Freiräume für Wissen, Austausch, Verstehen, Kritik und gesellschaftliche Gestaltung zu geben. Was gehört demzufolge zu einer reflexiven Praxis der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung der Zukunft?

Arbeitsbegriff

Zunächst geht es um eine Dekonstruktion des Begriffs von Arbeit in seinem Verständnis als Lohnarbeit. Ein wei-

ter Arbeitsbegriff ist eine Grundlage für eine breite gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Alternativ sind gezielt eine spezifische Form der Arbeit und ihre Entwicklung (z. B. die Care-Arbeit) zu behandeln, wobei die nicht entlohnten Anteile thematisiert werden müssen. Es gilt, der Eindimensionalität im Verständnis von Arbeit (als Lohnverwerbsarbeit) zu widerstehen und die Versprechungen der neoliberalen Leistungsgesellschaft zu entlarven. Die Basis für diese politische Bildung als professionelle Seminararbeit ist eine fachliche Haltung zur arbeitsweltbezogenen Jugend- und Erwachsenenbildung, die sich wissens- und forschungsbasiert für die Sichtbarkeit der Diversität der Arbeitswelten und für humanitäre Arbeitsverhältnisse einsetzt. Diese politische Bildung erweitert das Verständnis der Arbeitsgesellschaft soziologisch kritisch um Hausarbeit, Care- und Reproduktionsarbeit.

Historizität

Arbeitsweltbezogene politische Bildung und Weiterbildung braucht notwendig die historischen Analysen. Dabei sind der geschlechtersegregierte Arbeitsmarkt, die Grundlagen der kapitalistischen Ökonomie und der Arbeitsbegriff im Nationalsozialismus von Bedeutung, um Beispiele für gegenwartsbezogene historische Perspektiven zu benennen. Didaktisch können hierfür szenische Eingrenzungen, Literatur, Theater, Podcast, Film oder Bilder gewählt und eigene Recherchen initiiert werden. Denkmale, Museen, Betriebe, Start Ups, Fabriken, Büros u. v. a. m. können besucht oder familienbiografische Impulse für die Recherche gegeben werden. Fragen nach der Arbeitsbiografie der Eltern, Großeltern und Urgroßeltern und der darin enthaltenen Botschaften zum Thema Arbeit und Leistung eröffnen nicht selten motivierendes Interesse an neuem Wissen. Historisch-politische Bildung zu Arbeit und Arbeitswelten im Wandel ist damit nicht exklusiv Historiker*innen, Politikwissenschaftler*innen oder Arbeitssoziolog*innen überlassen, sondern kann im interdisziplinären Lernraum dazu führen, dass Kontinuitäten und Diskontinuitäten gemeinsam entdeckt werden können.

Intersektionalität

Politische Bildung und Weiterbildung muss sich intersektional mit den Inhalten und Strukturen der Arbeitswelten auseinandersetzen. Intersektionalität meint die Berücksichtigung und Anerkennung von Diskriminierung, Identität, Subjektkonstruktion und Erfahrung auf der Folie interagierender sozialer Ordnungskategorien und sozialer Platzanweiser (vgl. Crenshaw 1994; Gunda-Werner-Ins- →

titut 2019). Hiermit öffnet sich der Wissenskanon der Politikwissenschaften, Politikdidaktik und Sozialer Arbeit für die Anerkennung der interdependenten Erfahrungen und Diskriminierungen der sozialen Ordnungen von Gender, Migration, Klasse, Ableism, Religion und weiteren Ordnungskategorien. Intersektionalität macht auf Leerstellen in den Auseinandersetzungen um Gewalt und Diskriminierung aufmerksam und eröffnet den Diskurs für die Lebenswelten und Teilhabe mehrfachpositionierter und/oder mehrfachdiskriminierter Personen.

Erst im Zusammenspiel mit den eigenen Erfahrungen und dem eigenen Erkennen von Zusammenhängen macht eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit Arbeit, Gesellschaft und Politik Sinn für die Teilnehmenden.

Subjektorientierung

Erst im Zusammenspiel mit den eigenen Erfahrungen und dem eigenen Erkennen von Zusammenhängen macht eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit Arbeit, Gesellschaft und Politik Sinn für die Teilnehmenden. Die Subjektorientierung in der arbeitsweltbezogenen Bildung stellt deshalb immer den Menschen mit ihren Interessen in den Mittelpunkt. Obwohl die Sorgen und Ängste der Teilnehmenden nicht individualisiert interpretiert werden, werden die Fragen und Anliegen der einzelnen Persönlichkeiten stets ernst genommen und kontextualisiert. Dazu zählt die Anerkennung der Sozialraum- und Lebensweltorientierung und damit die Anerkennung der soziokulturellen Wertvorstellungen der jeweiligen Teilnehmer*innengruppe.

Respekt und Didaktik

In Aus- und Weiterbildungen werde ich häufig nach Methoden gefragt: „Welche Methoden sind die richtigen in der politischen Bildung?“ Und ich antworte, dass es weniger um die konkreten Methoden geht, die ich nutze, sondern um eine Haltung aus Wissen, Respekt, Didaktik und Offenheit. Denn Methoden sind wie Werkzeuge für

die Gartenarbeit: Ich muss sie kennen, ich muss wissen, wie ich mit ihnen umgehen muss, wie ich mit ihnen arbeite und was ihr Gefahrenpotenzial ist. Die Kenntnis von didaktischen Grundlagen und Methodiken sind die Werkzeuge politischer Bildung. Die Kunst ist, sie an den didaktischen Rahmen und für die Adressat*innen meines Bildungsangebots anzupassen. Das ist eine komplexe und prozessorientierte Aufgabe. Um Perspektivenvielfalt der Inhalte, Partizipation, Offenheit und die Transparenz zu vermitteln, muss ich dabei in der Lage sein, Lern- und Begegnungsräume zu eröffnen und sie fachlich zu rahmen. Hier sind partizipative Ansätze, offene Fragestellungen, Materialvielfalt und die akzeptierende Haltung der Bildner*innen wesentlich. Das respektvolle Setting schützt die Teilnehmenden vor Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt. Dafür braucht es selbstverständlich eine diskriminierungskritische Haltung der Leitung. Dies schließt das Selbstbewusstsein und Fachlichkeit zur Intervention bei diskriminierenden Äußerungen oder Handlungen ein.

Interventionen

Politische Bildung und Weiterbildung muss sich für Interventionen einsetzen. Es geht im Kontext der Arbeitswelten um ethische Fragen und um Auseinandersetzungen mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Die aktive Auseinandersetzung durch partizipative Didaktik eröffnet Räume zur Gestaltung. Erst kürzlich fragte ich die digital anwesenden Sozialarbeiter*innen im Rahmen eines Workshops zu Care-Arbeit, wie sie sich ihr eigenes Altern und Altwerden vorstellen und was sie sich wünschen. Würden sie sich von Pflegeroboter*innen ⁴ füttern lassen? Würden sie mit ihnen spielen und würden sie sie vielleicht sogar gerne haben können? Es entstand eine spannende Diskussion um die Ökonomisierung des Sozialen, um die Relevanz und Chancen von automatisierten Systemen und Algorithmen und um die Angst vor Einsamkeit im Alter. Dabei wurde deutlich, dass die Teilnehmenden sich motivieren lassen, diese und ähnliche Fragen mit in ihren Alltag zu nehmen und einige kündigten an, sich für ein würdevolles Altern in ihrem Wohnort einsetzen zu wollen.

4 Ich spreche von Pflegeroboter*innen, weil die software-personifizierte Assistent*innen, Interaktionen und Anrufungen immer binär-geschlechtlich identifizierbar gemacht werden. Robotersysteme und KI nutzen Geschlecht für die Akzeptanz. Beispiele hierfür sind „Alexa“ von Google, „Siri“ von „Apple“ oder der humoide Pflegeroboter*in „Pepper“ von „SoftBank Mobile“, der in der Tagesschau im März 2020 als „Roboter-Dame“ vorgestellt wird (vgl. www.tagesschau.de/inland/pflege-roboter-101.html).

Digitalisierung & vielfältige Settings

Formate des Blended Learning, Seminare im digitalen Format, hybride Angebote der Bildungsarbeit waren in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung bis zum Frühjahr 2020 die Ausnahme. Es galt das Paradigma der Präsenz der Teilnehmenden. Demgegenüber hat der Einsatz von digitalen Werkzeugen innerhalb der Präsenzseminare im letzten Jahrzehnt zunehmend an Bedeutung gewonnen. Diese Anwendungen spielen bis heute eine herausragende Rolle in der Weiterentwicklung der Didaktik politischer Bildung (vgl. dazu die Beiträge auf der digitalen Plattform <https://politischbilden.de>). Beide Entwicklungen nahmen an Fahrt auf und sind heute von Experimentier- und von Innovationslust geprägt. Gleichzeitig schreitet innerhalb der Arbeitsorganisation der politischen Bildung die Nutzung von Clouds, digitalen Team-Meetings, Homeoffice, Nutzung von Projektmanagement-Tools in Bildungsstätten, Vereinen der politischen Bildung oder Akademien und deren Netzwerke in rasanten Schritten voran. Durch Entbürokratisierungsprozesse am Arbeitsplatz und in der Zuwendung von Projektfördersummen als Folge der Covid-19-Pandemie entstanden ungewöhnliche Freiräume, neue Netzwerke und ungewöhnliche Wege der Zusammenarbeit, die ein hohes Potenzial für die Vielfalt der (digitalen, hybriden) Settings freigesetzt hat und neue Zielgruppen und Zusammensetzung der Gruppen erreicht hat.



Politische Bildung will zu Empathie und Perspektivenvielfalt einladen. Foto: Ines Pohlkamp

Neue Zielgruppen

Politische Bildung und Weiterbildung muss sich aufmachen, die Zielgruppen ihrer Praxis neu zu bestimmen, sie kennenzulernen und sie zur Mitgestaltung einzuladen. Dies setzt voraus, dass sich die bisherigen Akteur*innen

der politischen Bildung und Weiterbildung an neue Orte wagen, wo noch nie oder kaum politische Bildung gedacht oder umgesetzt wurde, wie z. B. in schulischen Ausbildungen, in Unternehmen oder auch an Orten wie Cinematheken, Stadtbibliotheken, Theater oder im öffentlichen Raum. Es bedarf neuer Räume für die Verschiedenheit der Formate politischer Bildung mit neuen Akteur*innen als Bildner*innen und Teilnehmer*innen.

Diversität der Referent*innen

In der politischen Bildung und Weiterbildung herrscht ein Mangel an Diversität der Fachkräfte. Die Referent*innen politischer Bildung und Weiterbildung sind in der Regel akademisch ausgebildet. Viele sind mehrheitlich weiß positioniert und bringen überdurchschnittlich deutlich Botschaften und Gelerntes aus der Mittelschicht ein. Nur wenige Akteur*innen weisen eine wahrnehmbare Beeinträchtigung aus. Die politische Bildung und Weiterbildung der Zukunft muss die Diversität der Fachkräfte fördern. Deshalb müssen neue Referent*innen für das Feld der politischen Bildung und Weiterbildung gewonnen werden. Sie müssen die Chance auf verschiedene Zugänge zur Arbeitswelt der politischen Bildung erhalten. Dabei gilt es, ihnen einen verlässlichen Rahmen, eine fundierte Professionalität, diskriminierungssensible Räume und sichere Arbeitsplätze zu bieten. Dabei muss auch über eine Öffnung der politischen Bildung für Arbeitnehmer*innen, Bildungsarbeiter*innen aus verschiedenen Arbeitswelten implementiert werden. Es braucht Erfahrungen aus dem Handwerk, aus der Agrarwirtschaft, aus der Industrie, Erfahrungen von Start-Up Beschäftigten, Care-Arbeiter*innen, um politische Bildung für alle lebensweltlich zu gestalten. Hierfür muss über eine Freistellung der Arbeitnehmer*innen für Bildungsarbeit jenseits der gewerkschaftlichen politischen Bildung nachgedacht werden.

Bewegung und Bedarfe non-formaler politischer Bildung

Die non-formale politische Jugend- und Erwachsenenbildung erwachte aus der Schockstarre des ersten Lockdowns im Frühsommer 2020 vielerorts nur langsam. Doch dann veränderten viele Jugendarbeits- und Jugendbildungsträger, Akademien und Bildungsstätten ihre Arbeitsformen und Angebote in einem rasanten Tempo. Hier ist ein interessanter und bemerkenswerter Prozess innerhalb der politischen Bildung in Gang gesetzt worden. Vor dem Hintergrund dieses Engagements werden deshalb zentrale Bedarfe für eine nachhaltige strukturelle Veränderung →

der non-formalen politischen Bildung und Weiterbildung aufgezeigt. Die Anregungen zielen auf die Anerkennung der Profession ab, um damit nicht zuletzt den Radius für emanzipatorische Denkräume und gesellschaftliche Interventionen zu erweitern.



Anerkennung von Diversität als Grundlage politischer Bildung
Foto: Ines Pohlkamp

- Absicherung der heterogenen, non-formalen Bildungslandschaft in und nach der Krise;
- Aufwertung und Anerkennung der formalen und der non-formalen außerschulischen politischen Kinder- und Jugendbildung, Erwachsenen- und Weiterbildung durch eigenständige Strukturförderprogramme;
- Fortsetzung einer Professionalisierungsdebatte für den Bereich außerschulischer non-formaler politischer Bildung (vgl. Becker 2013);
- Förderstrukturen für Themen politischer Bildung und sozialer Fragen, d. h. ohne eine Instrumentalisierung der politischen Bildung für soziale Probleme (wie z. B. Extremismusprävention);
- Ausbau akademischer Ausbildungen zu Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung;
- „Quereinstieg“ / berufsbegleitende Weiterbildung oder Studium für die hauptamtliche Arbeit in der politischen Bildung und Weiterbildung ohne Universitäts- oder Hochschulabschluss;
- Faire Honorare für die Freiberufler*innen der non-formalen politischen Bildung und Weiterbildung einschließlich der Absicherung der Freiberufler*innen durch den Zugang zu einer eigenen Sozialkasse;
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der politischen Bildung und Weiterbildung für angestellte Bildner*innen (z. B. unbefristete Verträge, höhere

Lohneingruppierungen, Sabbatjahre/Auszeiten);

- Veränderung der eigenen Arbeitswelten innerhalb der politischen Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung: weg von hierarchischen Arbeitswelten der Träger von Jugendarbeit/-bildung, Bildungsstätten und Akademien hin zu mehr genossenschaftlichem, demokratischem Bildungsmanagement;
- Entwicklung demokratischer Vertretungs- und Verbandsarbeit und die Implementierung einer statusdiversen Interessensvertretung für non-formale politische Bildung, in der beispielsweise die Rolle der Freiberufler*innen anerkannt und arbeitsrechtlich geschützt wird;

Non-formale politische Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung kann mit ihren heterogenen Arbeitsfeldern demokratische Räume für gesellschaftliche Gestaltung bieten und somit in vielen Lebensbereichen eine Vorbildfunktion einnehmen.

- Wissens-Netzwerke als Foren für die Theorie-Praxis-Entwicklung politischer Bildung und Förderung der Gestaltung eines politischen Alltags schaffen: Nach den Ideen der *Transferstelle politische Bildung* (<https://transfer-politische-bildung.de>) oder den „Partnerschaften für Demokratie“ (im Bundesförderprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ) sind mehrere regionale, freie Transferstellen für das Wirken in die lokale Politik und in das lokale zivilgesellschaftliche Engagement aufzubauen und strukturell zu fördern. Dabei geht es um einen Theorie-Praxis-Transfer und um die Förderung demokratischer Praxis politischer Interventionen im sozialen Nahraum.
- Der Wissenskanon der politischen Bildung muss um inter- und transdisziplinäre Praxis und Theorien erweitert werden. Dazu zählt die Bezugnahme auf postkoloniale und geschlechtergerechte Theorien. Hierfür ist eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Praxis wünschenswert.

Non-formale politische Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung kann mit ihren heterogenen Arbeitsfeldern demokratische Räume für gesellschaftliche Gestaltung bieten und somit in vielen Lebensbereichen eine Vorbildfunktion einnehmen. Da die politische Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung selbst ein Ausdruck gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist, muss sie anerkennen, dass eine ihrer zentralen Aufgaben ist, die Produktion von Ausschlüssen und die Ungleichbehandlung in der Gesellschaft offen zu thematisieren. Die eigene Arbeitswelt zu demokratisieren, wäre ein Schritt in die richtige Richtung für eine postpandemische Bildung und Weiterbildung der Zukunft.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zur Autorin



Dr.in Ines Pohlkamp ist Bildungsreferent*in in der Bildungsstätte Bredbeck (www.bredbeck.de), Mitglied der Fachgruppe Arbeits- und Lebensperspektive im ADB und in der Kommission Geschlechterreflektierte Bildung. Sie ist Referent*in für intersektionale Bildung, Social Justice und diversitätssensible Geschlechterpädagogik sowie Supervisorin.

www.inespohlkamp.de
info@inespohlkamp.de

Foto: www.ninahoeffken.de

Literatur

Becker, Helle (2013): Wir Kellerkinder? Zur Geschichte der Profession „Politische Bildung“ in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. In: Hufer, Klaus-Peter / Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen. Bonn: bpb, S. 49–63

Bergmann, Frithjof (1990): Neue Arbeit (New Work). Das Konzept und seine Umsetzung in der Praxis. In: Fricke, Werner (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit und Technik. Bonn: Dietz Verlag J.H.W. Nachf, S. 71–80

Botthof, Alfons / Hartmann, Ernst Andreas (Hrsg.) (2015): Zukunft der Arbeit in Industrie 4.0. Berlin/Heidelberg: Springer

Crenshaw, Kimberlé (1994): Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women on Color. In: Albertson Fineman, Martha / Mykitiuk, Roxanne (Eds.): The Public Nature of Private Violence. New York: Routledge, pp. 93–118

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand (Hrsg.) (2014): Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Bildungspolitische Beschlüsse des DGB 2011–2014. Berlin: DGB

Eis, Andreas (2016): Vom Beutelsbacher Konsens zur „Frankfurter Erklärung: Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung“? In: Widmaier, Benedikt / Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung. Bonn: bpb, S. 131–139

Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung (2015); <https://sozarb.h-da.de/politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung>

Guenther, Thomas et al. (2020): Investigation of a superspreading event preceding the largest meat processing plant-related SARS-Coronavirus 2 outbreak in Germany (July 17, 2020); <https://ssrn.com/abstract=3654517>

Gunda-Werner-Institut (Hrsg.) (2019): „Reach Everyone on the Planet...“ – Kimberlé Crenshaw und die Intersektionalität. Texte von und für Kimberlé Crenshaw. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung

Hackl, Benedikt / Wagner, Marc / Attmer, Lars / Baumann, Dominik (2017): New Work: Auf dem Weg zur neuen Arbeitswelt. Management-Impulse, Praxisbeispiele, Studien. Wiesbaden: Springer Gabler

Rump, Jutta / Eilers, Silke (Hrsg.) (2017): Auf dem Weg zur Arbeit 4.0. Innovationen in HR. Berlin/Heidelberg: Springer

Thimmel, Andreas / Schäfer, Stefan (2020): Politische Bildung und Soziale Arbeit; <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/soziale-arbeit>

Werther, Simon / Bruckner, Laura (Hrsg.) (2018): Arbeit 4.0 aktiv gestalten. Die Zukunft der Arbeit zwischen Agilität, People Analytics und Digitalisierung. Berlin/Heidelberg: Springer

Corona macht menschenrechtliche Handlungsbedarfe sichtbarer

Interview mit Dr. Sandra Reitz, Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung am Deutschen Institut für Menschenrechte

Die vorliegende Ausgabe der Außerschulischen Bildung widmet sich den Veränderungen in der Arbeitswelt und deren Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft. Die Corona-Pandemie hat Veränderungsprozesse beschleunigt, die auch nach der Pandemie sicher nicht in Gänze rückgängig gemacht werden (können). Der Blick richtet sich dabei auch besonders auf prekär Beschäftigte, auf die Kinder und jungen Erwachsenen, auf Branchen, die durch Corona heruntergefahren werden mussten, aber auch auf veränderte Arbeitsformen zum Beispiel im Homeoffice.

Welche Rolle spielen Menschenrechte angesichts der aktuellen Situation um COVID-19?

Die Corona-Pandemie hat eine große menschenrechtliche Dimension. Neben dem Schutz des Lebens und dem Recht auf Gesundheit sind zahlreiche weitere Grund- und Menschenrechte von den Auswirkungen der Pandemie betroffen, beispielsweise das Recht auf Bildung oder das Recht auf Versammlungsfreiheit. In mancher Hinsicht wirkt das Corona-Virus wie ein Brennglas: Es hat besonders prekäre Lebenslagen und menschenrechtliche Handlungsbedarfe sichtbarer gemacht. Dazu gehören zum Beispiel Defizite beim Gewaltschutz von Kindern und Frauen, die Überlastung und die Unterfinanzierung der Pflegenden, fehlende Einrichtungen für Wohnungslose und die unzulängliche Situation von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften. Auf diesen und weiteren vulnerablen Personengruppen muss das Augenmerk jetzt verstärkt liegen. Aus menschenrechtlicher Sicht ist es dabei essentiell, dass Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 das Gleichheitsgebot und das Diskriminierungsverbot berücksichtigen. Denn je nach Lebenslage und Personengruppe wirken sich Corona-Maßnahmen unterschiedlich aus.

Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, Menschenrechte als ein Maßstab für politisches und gesellschaftliches Handeln heranzuziehen. Nicht zuletzt bei der Frage nach einer gerechten Verteilung von Impfstoffen oder bei Triage-Entscheidungen müssen Menschenrechte die Richtschnur sein.

Kitas und Schulen, aber auch außerschulische Bildungsorte stehen im Fokus, wenn es darum geht, die Ausbreitung des Virus abzubremsen. Welche Aspekte gilt es hier aus menschenrechtlicher Sicht zu beachten?

Es sollte sehr sorgfältig zwischen den Erfordernissen des Infektions- und Gesundheitsschutzes, also dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, und dem Menschenrecht auf Bildung abgewogen werden. Kinder und Jugendliche – ebenso wie das pädagogische Personal – müssen natürlich vor dem Corona-Virus geschützt werden. Gleichzeitig muss der Staat einen diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung gewährleisten. Die Schließung von Bildungseinrichtungen in der ersten Jahreshälfte 2020 hat deutlich gemacht, dass es viele Kinder und Jugendliche gibt, die in ihrer Lernent-

wicklung zurückfallen. Besonders betroffen sind dabei diejenigen, die ohnehin schon sozial benachteiligt sind. Es sind unterschiedliche Barrieren, die einen diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung in Pandemie-Zeiten verhindern: Etwa, weil Eltern das Kind beim Lernprozess nicht genügend unterstützen können, weil kein Computer mit Internetzugang zur Verfügung steht oder weil zu Hause eine ruhige Lernumgebung fehlt.

Bildung ist ein Hauptinstrument, mit dem Kinder Armut überwinden und sich Teilhabe an der Gesellschaft verschaffen können. Insofern ist zu befürchten, dass sich Bildungsbenachteiligung und Armut durch die Pandemie auch langfristig weiter verschärfen. Hier sollte dringend mit Angeboten, die über die reine Bereitstellung von Infrastruktur hinausgehen, entgegengewirkt werden. Die jeweiligen Maßnahmen hängen natürlich vom Infektionsgeschehen ab, und sicherlich müssen wir in den kommenden Wochen und Monaten noch neue, kreative Ideen finden, um diese Entwicklung abzumildern. Viele Vorschläge stehen ja schon im Raum, wie Wechselunterricht oder die Anschaffung von Filtergeräten für Schulen. Sinnvoll wäre es auch, kurzfristig Ressourcen bereitzustellen für die Medienbildung sowohl für pädagogische Fachkräfte als auch für die Kinder und Jugendlichen selbst.

Welche Rechte von Kindern und Jugendlichen sind neben dem Recht auf Bildung besonders gefährdet?

In Pandemie-Zeiten können das Recht auf Spiel und das Recht auf Teilhabe verletzt werden. Denn Schulen und außerschulische Jugendeinrichtungen, aber auch Sportplätze, sind Orte der Begegnung und haben eine wichtige soziale Dimension. Studien zeigen außerdem, dass Schulschließungen dazu führen, dass Kinder in besonders vulnerablen Situationen, etwa geflüchtete Kinder in Gemeinschaftsunterkünften, verstärkt Gewalt ausgesetzt sind. Das Deutsche Institut für Menschenrechte und UNICEF fordern den Bund deshalb auf, einen Rechtsanspruch auf eine dezentrale Unterbringung von Kindern und Familien zu erwägen, damit Kinder nicht mehr auf längere Zeit in Sammelunterkünften leben müssen. Auch das eigene Zuhause ist für viele Kinder und Jugendliche derzeit kein geschützter Ort. Daten aus dem ersten Lockdown zeigen eine starke Zunahme von Konflikten bis hin zu häuslicher Gewalt. Hier muss unbedingt mehr in Gewaltschutzmaßnahmen – etwa in den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen – investiert werden.

Welchen Beitrag kann Menschenrechtsbildung in Pandemie-Zeiten leisten, damit die Rechte aller geachtet werden?

Menschenrechtsbildung vermittelt nicht nur Wissen, sondern sensibilisiert auch für Solidarität, Diskriminierungsschutz, Inklusion und Partizipation – für Prinzipien also, die in Pandemie-Zeiten, die uns unterschiedliche Einschränkungen abverlangen, eine zentrale Bedeutung haben. Menschenrechtsbildung wirkt indes eher mittel- und langfristig. Dennoch kann sie in Zeiten von COVID-19 dazu beitragen, die Rechte von Menschen zu schützen. Menschenrechtsbildung ist auch für die Aus- und Fortbildung in Berufsfeldern wie Soziale Arbeit, Pflege und Verwaltung wichtig. Nur durch konsequente Menschenrechtsbildung kann das Verantwortungsbewusstsein gestärkt werden, Menschenrechte als Maßstab für das professionelle Handeln anzuerkennen und so den hier geschilderten negativen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte bietet eine Reihe Bildungsmaterialien an, zuletzt den neuen KOMPASS. Wie und von wem können diese Materialien genutzt werden?

Die Materialien der Abteilung Menschenrechtsbildung richten sich an Personen, die in unterschiedlichsten Bildungskontexten unterwegs sind, zum Beispiel an Lehrer*innen, Erzieher*innen oder Pädagog*innen im außerschulischen Bereich. Der neu aufgelegte und aktualisierte KOMPASS ist ein Handbuch zu Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Darin enthalten sind über 50 interaktive Übungen und ausführliche Informationen zum Beispiel zu Inklusion, Rassismus oder zur UN-Kinderrechtskonvention. Interessant in Bezug auf COVID-19 ist das Kapitel zu Gesundheit oder die Übung „Zugang zu Medikamenten“.

Die Bildungsmaterialien, die wir als Team 2016 selbst erstellt haben, bestehen aus didaktischen Hinweisen zu Menschenrechtsbildung sowie aus Modulen zu den Themen Schutz vor Diskriminierung, Zugang zum Recht, Behinderung und Inklusion, Kinderrechte und Partizipation sowie Flucht und Asyl.

Interessierte finden auf unserer Webseite weiter das Handbuch „Maßstab Menschenrechte – Bildungspraxis zu den Themen Flucht, Asyl und rassistische Diskriminierung“, das 2019 im Rahmen des gleichnamigen Projektes entwickelt wurde. Es richtet sich an Personen, Gruppen →

und Institutionen, die pädagogisch zu Menschenrechten, Flucht, Asyl und/oder rassistischer Diskriminierung arbeiten oder daran interessiert sind. Das Handbuch enthält Texte, Interviews und Zeichnungen, wobei zahlreiche Beiträge von Selbstorganisationen, Aktivist*innen und Pädagog*innen stammen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zur Interviewpartnerin



Dr. Sandra Reitz leitet die Abteilung Menschenrechtsbildung am Deutschen Institut für Menschenrechte. Sie promovierte an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg mit dem Thema „Improving Social Competence via E-Learning: The Example of Human Rights Education“ und war von 2009 bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt.

Reitz@institut-fuer-menschenrechte.de

Foto: DIMR / A. Iling

Weitere Informationen

Die erwähnten Publikationen stehen auf der Webseite des Deutschen Instituts für Menschenrechte als kostenlose Downloads zur Verfügung; www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/kompass; www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/menschenrechte-materialien-fuer-die-bildungsarbeit-mit-jugendlichen-und-erwachsenen; www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/massstab-menschenrechte



Was für ein Jahr! – Politische Bildung in Zeiten der Pandemie

Ein Rückblick auf das Jahr 2020

Unsicherheit, Lockdown, Solidarität, eingeschränkte Grundrechte, Bazooka, existenzielle Nöte, Querdenker, Hygienekonzepte, Kurzarbeit, Digitalisierung – wer hätte gedacht, dass diese Begriffe den Beginn des neuen Jahrzehnts prägen sollten? Dabei begann 2020 – auch für die Träger und Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – ganz normal und gewohnt. Die Planungen für das Jahr standen fest, Seminare, Workshops, Projekte, Austauschmaßnahmen, Tagungen und Fortbildungen waren konzipiert, Kooperationen geschlossen, Bildungsstätten gebucht, erste Angebote im Januar und Februar gestartet. Dann kam der März und mit ihm der erste Lockdown, und es zeigte sich schnell, dass alle Planungen vergebens und alle Gewissheiten dahin waren. von Ina Bielenberg

Die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung wurden vom Pandemiegeschehen und seinen Folgen ebenso überrollt wie alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Und wie in allen anderen Bereichen auch warf die Entwicklung ein helles Licht auf die schon vorhandenen strukturellen Probleme und Defizite, machte aber ebenso die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten des Arbeitsfeldes sichtbar.

Die Fragilität der Strukturen

In Krisensituationen, diesen Eindruck konnte man im ersten Halbjahr 2020 gewinnen, schienen überwiegend staatlich institutionalisierte Bildungseinrichtungen wie Schulen Systemrelevanz beanspruchen zu können. Alle anderen Räume (politischer) Bildung, sprich gemeinnützige, zivilgesellschaftliche Einrichtungen wie z. B. Bildungsstätten, waren in diesen ersten Monaten des Jahres nicht im Fokus des politischen Handelns, zumindest auf Bundesebene. In den Bundesländern stellte und stellt sich die Situation differenzierter dar. Während in einigen Bundesländern wie z. B. NRW und Niedersachsen den Trägern und Einrichtungen schnell und relativ unkompliziert geholfen wurde, warteten die Einrichtungen beispielsweise in Berlin

bis zum Jahresende auf finanzielle Unterstützung. Dabei waren und sind auch die außerschulischen Träger und Einrichtungen von den pandemiebedingten Schließungen und/oder Einschränkungen existenziell betroffen. Monatelang fanden und finden keine oder nur sehr eingeschränkt Bildungsmaßnahmen statt, an die Durchführung internationaler Begegnungen und Austauschmaßnahmen mit Jugendlichen oder Multiplikator*innen war/ist so gut wie nicht zu denken.

Dabei bedeutet die Schließung der Einrichtungen für die Träger einen immensen finanziellen Verlust: Zimmer können nicht belegt, Teilnehmerbeiträge können nicht erhoben, pädagogisches Material nicht verliehen, Dienstleistungen nicht erbracht werden. Gleichzeitig sind Kosten für Miete, Personal, Energie, Versicherungen etc. zu tragen. Und die Umsetzung der notwendigen Hygienekonzepte – Einzelbelegung auch im Mehrbettzimmer, Luftfilter, Desinfektionsmittel, Seifen, Putzmittel etc. – verursachen zusätzliche Kosten, wenn doch unter Auflagen Bildungsangebote gemacht werden dürfen.

Bund und Länder haben dann in Teilen reagiert und eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg gebracht wie Überbrückungshilfen, Kredite und Sonderpro-→

gramme. Nicht alle waren hilfreich und/oder passfähig, da als Blaupause für ihre Erstellung wirtschaftliche Betriebe dienten und eben nicht gemeinnützige Einrichtungen. Nach intensiver Lobbyarbeit des AdB im Sommer 2020, gemeinsam mit anderen Verbänden wie dem Deutschen Bundesjugendring oder der Naturfreundejugend, wurde dann im Bund ein „Häuserprogramm“ verabschiedet (www.bmfsfj.de/sonderprogramm), das zumindest den schwer angeschlagenen Bildungsstätten (nicht nur der politischen Bildung) schnelle und unbürokratische Hilfe zukommen ließ.

Die in Europa einmalige Struktur politischer Bildung ist trotz aller Professionalität und Tradition fragil, im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Situation und auch im Hinblick auf ihr Standing in der Politik als demokratie-relevante Bildungseinrichtungen.

Auch Richtlinien wurden flexibel an die veränderte Situation angepasst, so z. B. die Richtlinien der *Bundeszentrale für politische Bildung / bpb* und des *Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP)*. Fast alle Einrichtungen haben zudem von der Möglichkeit der Kurzarbeit Gebrauch gemacht. Ob die Schließungen der Einrichtungen und der Teilbetrieb unter den Bedingungen von Abstands- und Hygieneregeln (z. B. keine Vollbelegung möglich) zu Einschnitten in die Struktur der Trägerlandschaft geführt haben, d. h. Einrichtungen auf Dauer ihren Betrieb einstellen müssen, wird sich im Laufe der kommenden Monate zeigen.

Schon jetzt hat sich aber gezeigt, dass wir in Deutschland zwar eine in Europa einmalige Struktur an Jugendbildungsstätten und internationalen Begegnungszentren, an Europahäusern und Bildungswerken, an politischen Stiftungen und Heimvolkshochschulen, an Akademien und Vereinen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung haben, dass diese Struktur aber trotz aller Professionalität und Tradition fragil ist im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Situation und auch im Hinblick auf ihr Standing in der Politik als demokratie-relevante Bildungseinrichtungen. Es bedarf einiger Anstrengungen, die Interessen und Nöte dieser Strukturen in Krisenzeiten in den Fokus politischen Handelns zu rücken. Angepasste Regelförderungen, Son-

derprogramme und Kurzarbeit haben in 2020 geholfen die finanzielle Not zu lindern, die existenzbedrohende Situation zeitigt aber auch an anderer Stelle Folgen. So verlangt sie den Mitarbeitenden in den Einrichtungen ein sehr hohes Maß an Motivation und Loyalität ab, da – oft trotz reduzierter Arbeitszeit und trotz eines allzu oft bedrückend leeren Hauses – Anträge geschrieben, Unterlagen aufbereitet, Telefone besetzt, pädagogische Konzepte erdacht, Kooperationspartner kontaktiert und Hygienestandards umgesetzt werden müssen.



Die Schließung der Einrichtungen bedeutet für die Träger politischer Bildung einen immensen finanziellen Verlust. Foto: AdB

Sichtbar geworden ist aber auch ein hohes Maß an Solidarität der Träger und Einrichtungen untereinander. Die Austauschforen und Arbeitsgruppen, die der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* angeboten hat, waren immer sehr gut besucht, der Austausch offen, die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung uneingeschränkt. Auf diesem Weg konnte auch die Seite zum Corona-Krisenmanagement auf der Webseite des AdB (www.adb.de/corona-krise-management) immer wieder gefüllt werden mit aktuellen Hinweisen auf Förderung, Tipps zur Beantragung von Kurzarbeit, Links auf Crowdfunding- und Spendenaktionen, Tools für das digitale Arbeiten usw. In der Zeit der Krise wurde somit auch der Wert der Zusammenarbeit in einem Verband noch einmal deutlich – einem Verband, der den Austausch organisiert, die Ergebnisse für alle nutzbar macht und auf politischer Ebene den gemeinsamen Interessen Gehör verschafft.

Jugend- und bildungspolitischer Rückschritt

Was aber neben den erheblichen Umsatzeinbußen einen bedrohlichen Schatten auf die politische Bildung und damit auf die Träger wirft, sind die langfristigen Folgen, die

befürchtet werden müssen. Da ist zum einen das Aussetzen, zuweilen der Abbruch von Kooperationsbeziehungen. Partner, mit denen die Bildungsstätten und Bildungswerke über Jahre zusammengearbeitet haben, kommen aus bekannten Gründen nicht mehr. Werden die Kooperationen fortgesetzt werden können? Wird sich an die vertrauensvolle Zusammenarbeit anknüpfen lassen?

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Zusammenarbeit mit Schule, einer der zentralen Partner in der politischen Jugendbildung, Schaden genommen hat. In den meisten Bundesländern sind den Schulen außerschulische Aktivitäten, gar Reisen, untersagt. Und das nicht nur in der akuten Phase der Pandemie, sondern teilweise bis zu den Sommerferien oder sogar bis zum Ende des Jahres 2021. Und dort, wo es nicht ausdrücklich verboten ist, findet trotzdem nichts statt, da Schulleiter*innen, Lehrer*innen und auch Eltern sich gegen außerschulische Aktivitäten aussprechen. Der 16. *Kinder- und Jugendbericht* hat diese Entwicklung aufgegriffen und urteilt: „Dies kommt einem ‚Shutdown‘ an außerschulischen Aktivitäten gleich, ohne dass die Kooperationspartner, geschweige denn die Kinder und Jugendlichen selbst die Chance gehabt hätten, sich dazu zu verhalten und beispielsweise Hygienekonzepte vorzulegen.“ (BMFSFJ 2020, S. 499) Begründet wird das Aussetzen außerschulischer Angebote nicht nur mit gesundheitlichen Risiken, die es selbstverständlich zu vermeiden gilt, sondern mit dem Hinweis, dass aufgrund des Homeschoolings nun ein besonderes Augenmerk auf die Hauptfächer und die sogenannten MINT-Fächer zu legen sei, um Defizite und Versäumnisse in diesen Bereichen aufzuholen. Diese Begründung verweist auf ein Verständnis von Schule und Bildung, von dem angenommen werden konnte, dass es überwunden sei. Es wird gar eine doppelte Reduktion sichtbar: Schule und Schulleben wird reduziert auf Unterricht, und Unterricht wiederum wird reduziert auf die „wichtigen“ Fächer. Politik, Geschichte, Sachunterricht gehören offenbar nicht dazu, und die in den letzten Jahren so oft als wertvoll beschriebene Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsträgern und ihrem eigenständigen Angebot scheint ebenfalls verzichtbar. Damit tritt auch eine dritte Reduktion zutage: Kinder und Jugendliche werden auf ihre Rolle als Schüler*innen reduziert. Darüber hinausgehende Bedürfnisse, Selbstbildungsprozesse, Mitbestimmung und non-formale Strukturen spielen – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle. Damit fällt das jugend- und bildungspolitische Handeln unter Corona-Bedingungen hinter lange geglaubte Selbstverständlichkeiten zurück und stellt das Zusammenwirken von schulischer

und außerschulischer Bildung infrage. Wird der Rückschritt vom Rückschritt im neuen Jahr gelingen können?

Digitalisierung und politische Bildung

Nicht als Rückschritt, sondern als großer Fortschritt wurde in Medien und Öffentlichkeit der Digitalisierungsschub gefeiert, der in Folge von Lockdown und *social distancing* ausgelöst wurde. Unterricht fand online statt (oft mehr schlecht als recht), Homeoffice war das Gebot der Stunde, Sitzungen, Treffen und ganze Tagungen wurden und werden in den digitalen Raum verlegt. Auch in der politischen Bildung hat sich viel bewegt, die Träger und Einrichtungen haben kreativ, innovativ und mit Engagement, reagiert und ihre Angebote online gestellt: Es sind Webtalks entstanden, virtuelle Gedenkstättenbesuche, digitales Storytelling, historische online-Standrundgänge, Podcast-Reihen, thematische blogs und vieles andere mehr (siehe auch www.adb.de/digitale-bildung-im-adb). Wenn auch an dieser Stelle deutlich darauf hingewiesen werden muss, dass die Digitalisierung die Träger schon seit langem beschäftigt. Nicht erst im Zuge der Corona-Krise haben die Bildungseinrichtungen begonnen, politische Bildungsangebote auch für den digitalen Raum zu entwickeln und das Thema Digitalisierung selbst in den Fokus zu rücken. Als Weiterentwicklung kann es aber durchaus gewertet werden, dass neue Formate entstanden sind, die weit mehr sind als „Lückenfüller“ für ausgefallene Präsenzveranstaltungen, sondern als eigenständige, innovative Angebote einer politischen Medienbildung anzusehen sind.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Zusammenarbeit mit Schule, einer der zentralen Partner in der politischen Jugendbildung, Schaden genommen hat.

So wichtig, richtig und dringend notwendig die Entwicklungsschritte im Digitalen sind, so scheint doch, gerade vor dem Hintergrund der existenzbedrohenden Notlage vieler Einrichtungen und für einen Verband, der Bildungsstätten im Namen führt, ein deutliches Dilemma auf.

Eine überwiegende oder gar vollständige Verlegung des Bildungsangebotes ins Netz würde das Aus für diese einmalige, über Jahrzehnte gewachsene Struktur der →

außerschulischen und außeruniversitären Bildungseinrichtungen für politische Bildung bedeuten. Diese Bildungseinrichtungen sind Orte der tatsächlichen, realen Begegnung. Sie bieten die Möglichkeit des Austauschs und die Chance, sich vertieft, auch über einen längeren Zeitraum und gemeinsam mit anderen, mit den Themen und Fragen auseinanderzusetzen, die notwendig sind, um Demokratie zu gestalten. Bildungsstätten sind auf die Bedürfnisse von sich Bildenden ausgerichtet und schaffen mit ihrem Personal das dafür notwendige pädagogische Setting. Erfahrungen aus den vergangenen Jahren haben gezeigt: Eine solch gewachsene Einrichtungsstruktur, einmal abgebaut, bedeutet, dass diese Struktur zerstört ist. Teilnehmende, Mitarbeitende, Knowhow, Kooperationsbeziehungen, Kontakte, Verbindungen in die Region, Erfahrungen und Tradition sind dann weg. Es ist nicht möglich, bei Bedarf eine kurzfristige Reanimation vorzunehmen, um dann auf gleichem Niveau nahtlos weiterzuarbeiten.



Eine überwiegende oder gar vollständige Verlegung des Bildungsangebotes ins Netz würde das Aus für die einmalige, über Jahrzehnte gewachsene Struktur der außerschulischen politische Bildung bedeuten (hier: schwimmender Seminarraum Jugendbildungszentrum Blossin e. V.). Foto: AdB

Es kann daher nicht um ein „entweder – oder“ gehen. Das Jahr 2020 hat gezeigt, dass politische Bildung und Digitalisierung sehr wohl zusammengehen, dass aber die Grenzen der digitalen Möglichkeiten für außerschulische Bildungsangebote mitgedacht werden müssen. Dazu gehören die bisher noch unbeantworteten Fragen, wie Nähe und Gemeinschaft im Online-Seminar hergestellt werden können und wie das Sammeln von Bildungserfahrungen über Emotionen und Empathie im Rahmen digitaler Lernformate überhaupt realisierbar ist. Auch der Mehrwert an Bildung, der oft im Informellen liegt, im Gespräch beim

Kaffee in der Pause mit dem Teilnehmer, den man gerade erst kennengelernt hat, in der spannenden Diskussion am Abend, wenn sich die Eindrücke des Tages gesetzt haben, kann im Digitalen (noch?) nicht geleistet werden.

Gerade die politische Bildung lebt von gemeinsamen Erfahrungen, die in demokratisch gestalteten Bildungsräumen wie z. B. Bildungsstätten erlebt werden. Politische Subjektwerdung braucht Gemeinschaftserfahrungen und braucht Orte der Begegnung. Vor allem, weil politische Bildung deutlich mehr ist als die Vermittlung eines Bildungsgegenstandes, muss die Begrenztheit der digitalen Formate immer im Blick behalten werden.

Dazu gehört es auch, ausgesprochen achtsam zu sein, keine neuen Ausschlüsse zu produzieren. Zwar verfügen die meisten Jugendlichen und Erwachsenen heute über ein Smartphone oder ein anderes Endgerät, aber dies sichert mitnichten eine gleichberechtigte Teilhabe. Es braucht zudem ein stabiles Netz, was in vielen ländlichen Räumen noch immer nicht der Fall ist, für eine Teilnahme an größeren Veranstaltungen wie z. B. Online-Seminaren oder Tagungen besser einen Laptop oder PC, einen Bildschirm, evtl. Headset, Mikrophon, Kamera. Und es braucht natürlich ein gewisses Maß an technischen Kenntnissen.

Bildungseinrichtungen sind Orte der tatsächlichen, realen Begegnung. Sie bieten die Möglichkeit des Austauschs und die Chance, sich vertieft, auch über einen längeren Zeitraum und gemeinsam mit anderen, mit den Themen und Fragen auseinanderzusetzen, die notwendig sind, um Demokratie zu gestalten.

Untersuchungen zum Homeschooling im Lockdown haben gezeigt, dass der digitale Unterricht soziale Ungleichheiten deutlich verstärkt. Dieser Effekt darf sich in der außerschulischen politischen Bildung nicht wiederholen. Die Angebote müssen so konzipiert sein, dass sie z. B. auch für Menschen erreichbar sind, die über wenig Ressourcen verfügen, seien es finanzielle Ressourcen oder sei es kulturelles Kapital, oder für Menschen, für die Angebote,

die ausschließlich auf deutsche Sprache setzen, gar keine Option sind.

Die im Pandemiejahr 2020 forcierte Entwicklung kann nur heißen, die Digitalisierung der politischen Bildung weiter voranzubringen, um neue Methoden und Formate zu entwickeln, und diese intelligent und gewinnbringend zu verzahnen mit Konzepten und Strukturen, die auf Begegnung und Austausch basieren.

Neue Themen durch Corona

In dieser Verzahnung von digitalen Angeboten mit Formaten, die Begegnung und Austausch ermöglichen, besteht Entwicklungspotenzial für die politische Bildung. Die Lernkurve in diesem Bereich zeigt bereits steil nach oben, nicht nur angesichts interessanter Formate, sondern auch im Hinblick auf verbandliche Aktivitäten wie hybride Gremiensitzungen, digitale Mitgliederversammlungen, mobile Arbeitsplätze etc. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Formen eine gute und gut angenommene Möglichkeit bieten, dass Leben eines Mitgliederverbandes auch unter den Bedingungen des Kontaktverbotes zu organisieren und aufrecht zu erhalten.

Angeregt durch die Entwicklungen in 2020 wurde aber nicht nur die Form von Tagungen, Fortbildungen und Seminaren verändert, auch mit der Pandemie verbundene (neue) Inhalte und Themen drängen sich auf, die alle Menschen gleichermaßen betreffen. Die Aufgabe der politischen Bildung ist es, sie aufzugreifen und in die Bildungsangebote zu integrieren. Dazu gehört zum Beispiel die Frage nach den Grundrechten und der Möglichkeit ihrer Einschränkung in Notsituationen, die sich verknüpft mit der Frage nach Legitimierungsprozessen und der Rolle der Parlamente. Auch die Rolle der demokratischen Zivilgesellschaft, die Möglichkeit der Mitsprache und Einflussnahme gerade auch von jungen Menschen sollte thematisiert werden. Eine große Herausforderung für die politische Bildung stellt auch das Aufgreifen von Verschwörungsmythen, ihrer Entstehung und Verbreitung dar, das verknüpft werden kann mit einer Auseinandersetzung mit wissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis.

Corona bzw. die damit verbundenen Themen, zu denen neben den aufgezählten auch noch der Datenschutz, die Reichsbürgerbewegung sowie die Frage von nationalen Egoismen versus europäischer Solidarität gehören, bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für die politische Bildung. Deren Bearbeitung – digital oder analog – kann Menschen dabei unterstützen, mit der Krise konstruktiv und gestaltend umzugehen. Eine solche politische Bildung würde die

Stärkung der demokratischen Gesellschaften in Krisenzeiten befördern.

Eine solche Stärkung der demokratischen Gesellschaft wiederum ist angesichts der großen anstehenden Herausforderungen, angesichts von Reichsbürgern auf den Stufen des Parlaments und Rechtspopulisten in den Parlamenten dringend geboten. Sie verdient daher jede politische, finanzielle und ideelle Unterstützung, damit es am Ende des Jahres 2021 im positiven Sinne heißt: Was für ein Jahr!

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zur Autorin



Ina Bielenberg hat Geschichte, Politik und Sozialwissenschaften studiert (M.A.). Von 1992 bis 2006 war sie in der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) tätig, zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin und später als stellvertretende Geschäftsführerin. Seit 2007 ist sie Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

bielenberg@adb.de

Literatur

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020): Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin: Deutscher Bundestag Drucksache 19/24200; www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht/gesamt (Zugriff: 10.01.2021)

Arbeitsplatz Bildungsstätte

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Bildungsstätten

Die Mitgliedseinrichtungen des AdB sind – ebenso wie viele andere Bildungseinrichtungen – massiv von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Dies wurde auch im Beitrag von Ina Bielenberg deutlich. Um einen kleinen direkten Einblick zu geben, kommen im Folgenden Vertreter*innen von vier Bildungsstätten selbst zu Wort.

Haus Neuland e. V.

Neuland betreten – das ist das Motto unserer pädagogischen Arbeit in unserem großzügigen Tagungshaus am Teutoburger Wald. Bisher konnten wir diesen Slogan immer mit positiven Veränderungen, mit der Entwicklung neuer Konzepte oder der Ansprache neuer Zielgruppen verbinden. Ein lebendiges Haus mit vielen, ganz unterschiedlichen Gästen und Beschäftigten, vollgepackt mit Kommunikation und Bildung, so waren wir es gewohnt.

Doch in 2020 war alles anders, wer Neuland betreten hat, fand sich auf einmal in einer ganz besonderen Situation wieder. Wochenlang keine Parkplatzprobleme mehr, kein Warten an der Essensausgabe, endlich mal Zeit für die Grundreinigung – aber das waren die einzigen positiven Aspekte von Lockdowns und Veranstaltungsbeschränkungen. Bei aller Bereitschaft zur Veränderung ist doch die Möglichkeit zur vorrausschauenden Planung notwendig, um unseren Bildungstanker auf Kurs zu halten. Auf einmal war nichts mehr vorhersehbar, eben noch ein mit zweihundert Menschen gefüllter Bildungscampus, kurze Zeit später gähnende Leere im Foyer.

Und was für eine lange Bremsspur so ein schwerer Tanker hat, merkten wir, als wir versuchten, die Motoren zu

drosseln, d. h. die laufenden Kosten zu senken. Aber eingegangene Verpflichtungen lassen sich nicht einfach lösen, das gekündigte Zeitungsabo ist in dieser Situation nur das sprichwörtliche Kleinvieh, das keinen Mist macht.

Trotzdem haben wir bisher durchgehalten. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Trägerverein und Betriebsrat ermöglicht flexible, der Situation angepasste Vereinbarungen zur Kurzarbeit. Fördergeber, insbesondere das Land NRW und die Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, haben die Nöte der freien Träger der politischen Bildung erkannt und den Leistungsbezug als Grundlage der Zuschüsse erst einmal ausgesetzt. Aus einem Rettungsfonds speziell für Weiterbildungseinrichtungen in NRW wurde uns unbürokratisch Hilfe gewährt.

Eine große Herausforderung war und ist der Kontakt zu unseren Teilnehmenden. Natürlich haben wir die Zeit genutzt, uns stärker mit digitalen Formaten zu beschäftigen und Online-Seminare anzubieten. Dies hat vielfach besser geklappt, als erwartet. Aber es liegt in unserer DNA als Bildungsstätte, die persönliche Begegnung, die auch Zufälle und informelle Kontakte zulässt, stärker zu gewichten, als den Austausch über digitale Formate. Ein Ersatz für ausgefallene Veranstaltungen sind die Online-Seminare somit

nicht geworden, sollen aber auch in Zukunft unser Angebot ergänzen, um neugierig darauf zu machen, Neuland zu betreten.

Zum Glück arbeiten wir viel mit Kooperationspartner*innen zusammen, die uns auch in Zukunft treu bleiben und weiter Seminare mit uns planen. Wenn möglich, haben wir gemeinsam sehr flexibel auf die jeweils geltenden Vorschriften reagiert und Seminare zwar in Haus Neuland, aber ohne Übernachtung und in kleineren Gruppen durchgeführt. Das Vertrauen in unser Hygienekonzept war bei den Gästen sehr groß, haben wir uns doch auch bemüht, Auflagen – auch im Interesse unserer eigenen Gesundheit – eher über zu erfüllen, als Interpretationsspielräume zu nutzen.

Oft wäre es für uns wirtschaftlich vernünftiger gewesen, Seminare ganz abzusagen, als diese unter den besonderen Bedingungen noch durchzuführen. Aber es war keine Frage: Wenn wir es irgendwie hinbekommen, begrüßen wir unsere Gäste in Haus Neuland. Im September 2020 hatten wir dann schon fast wieder einen Hauch von Alltag: Jugendliche, die sich ganz selbstverständlich mit Maske zum Gruppenfoto im Innenhof versammelten, bis zu fünf Mittag-Essenszeiten im Speiseraum, um die verschiedenen Gruppen gut beköstigen zu können, volle Parkplätze.

Wer verstärkt im Homeoffice gewesen war, freute sich wieder über den Austausch mit vertrauten Referent*innen, Teilnehmenden und Kolleg*innen. Doch die Freude war leider nur von kurzer Dauer. Seit dem 2. November 2020 wurde die Durchführung von Seminaren der politischen Bildung in NRW verboten. Ein herber Rückschlag für uns, und es macht es nicht leichter, dass wir die Herausforderungen, die mit der Pflicht zur Untätigkeit verbunden sind, jetzt besser kennen.

Viele Sorgen, viele Fragen. Aber trotzdem sind wir sicher: Das Bedürfnis der Menschen, sich zu begegnen, sich Raum für Bildung zu nehmen, wird es weiter geben. Vielleicht stärker als je zuvor. Wir sind bereit.

Ina Nottebohm, Geschäftsführerin Haus Neuland e. V.;
www.haus-neuland.de

HAUS NEULAND
Bildung neu entdecken. Seit 1949.

Institut für Jugendarbeit in Gauting

„Reduzierter Normalbetrieb“ – unter dieser Bezeichnung hat das Institut für Jugendarbeit in Gauting Mitte Juni 2020 seine Arbeit wieder aufgenommen. Vorausgegangen

war eine freiwillige Schließung noch vor dem offiziellen Lockdown ab dem 16. März 2020. Von einem Tag auf den anderen wurden alle geplanten Seminare und Weiterbildungen für einen Zeitraum von mehreren Wochen ersatzlos abgesagt. Aus dem Homeoffice heraus dauerte es zunächst etwas, bis die Folgetätigkeiten aus der Schließung abgearbeitet waren und der Blick vorsichtig nach vorne gerichtet werden konnte.

In ersten Video-Konferenzen mit den Dozent*innen des Instituts begann die digitale Lernkurve. Von der Auswahl des Anbieters über die einfache Kontaktaufnahme bis hin zu Breakout-Rooms und Methoden, um all die Bildschirmzeit erträglich zu machen. Es zeigte sich sehr schnell, dass in einer Bildungsstätte für Fachkräfte der Jugendarbeit ein großer Teil des Seminarangebots nicht oder nur in Teilen auf online umstellbar ist. Aber besser ein Online-Seminar als gar keines.

Mit Beginn der ersten Lockerungen des Lockdowns stellte sich die Frage, wie ein Präsenzbetrieb möglich ist. Die wissenschaftliche Debatte zu Infektionswegen und -gefahren, sowie die Möglichkeiten zu deren Abwehr gaben die Denkrichtung vor. Mit einem vergleichenden Blick auf erste Hygienekonzepte in anderen Bereichen wurde der erste Entwurf für ein Hygieneschutzkonzept erstellt. Die Bayerische Staatsregierung verkündete 14-tägig die Lockerungsmaßnahmen und endlich konnte abgeleitet werden, dass eine Bildungsstätte, die der beruflichen Bildung dient – und das ist beim größten Teil der angebotenen Seminare im Institut für Jugendarbeit der Fall – wieder öffnen darf.

Jetzt ging es darum, das Hygieneschutzkonzept in die Tat umzusetzen, die Mitarbeitenden zu schulen und zu sensibilisieren und in einem Probelauf zu überprüfen, ob das so auch wirklich funktioniert. Bildungsstätten-Arbeit mit Abstand macht deutlich, dass selbst große Seminarräume plötzlich klein sind. Für ein methodisches Arbeiten müssen Abläufe entworfen werden, die einerseits das Infektionsrisiko minimieren und andererseits dennoch Kreativität, Spontaneität und Bildungsprozesse ermöglichen ohne dabei ein Übermaß an Sterilität zu erzeugen.

Der beginnende Sommer erleichterte die Umsetzung und gab einem wieder das Gefühl von Normalität. Nach anfänglichem Zögern und einer gewissen Unsicherheit der Teilnehmenden hat sich die Bildungsarbeit mit Abstand schnell etabliert. Der Alltag lehrte uns ohnehin, wie Mund-Nase-Bedeckungen richtig getragen werden und welche weiteren Hygienemaßnahmen hilfreich sind. Das ausgedünnte Seminarprogramm erforderte aber auch Nach-→

holtermine an anderen Orten und zu anderen Zeiten. Das eigentlich fertige Seminarprogramm musste umgeplant werden und erforderte damit ein hohes Maß an zusätzlichen Ressourcen.

Mit dem reduzierten Normalbetrieb reduzieren sich nicht nur die gleichzeitig stattfindenden Seminare, es reduziert sich auch der Arbeitsanfall im Wirtschaftsbereich. Für die einen verdoppelt sich der Aufwand, für die anderen wird er deutlich weniger.

Mit den Veränderungen des Pandemiegeschehens musste das Hygieneschutzkonzept laufend angepasst werden, weil sich immer wieder neue Fragestellungen ergaben, die in der täglichen Arbeit berücksichtigt werden müssen. Der Begriff Risikogebiet wurde laufend neu definiert. Das Institut für Jugendarbeit hat sich für eine klare Regelung entschieden, die eine Anreise aus Gebieten mit einem erhöhten Inzidenzwert über 50 untersagten. Während diese Regelung im September 2020 noch gut und eindeutig erschien, führte sie Ende Oktober dazu, dass zwei Drittel der Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern Risikogebiete waren, wie auch der Landkreis, in dem das Institut seinen Sitz hat. Mit der selbst auferlegten Inzidenzwert-Regelung konnten ab Ende Oktober keine Präsenzseminare mehr angeboten werden, zumal von Arbeitgebern für ihre Mitarbeitenden keine Dienstreisegenehmigungen mehr erteilt wurden.

Ab diesem Zeitpunkt wurden von uns wieder nur Online-Seminare angeboten oder wie bereits im Frühjahr die Präsenz-Seminare verschoben. Mit der inzwischen gesammelten Erfahrung sind die Online-Seminare zumindest eine Möglichkeit, um Fortbildung anzubieten. Was fehlt sind die persönlichen Begegnungen, die Pausengespräche, der informelle Austausch am Kaminfeuer. Was bleibt ist die Vorfreude auf einen „reduzierten Normalbetrieb“ und die Aussicht auf ein Ende der Pandemie. Irgendwann in der Zukunft.

Martin Holzner, Direktor des Instituts für Jugendarbeit;
www.institutgauting.de



Akademie für Politische Bildung

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie traf die Akademie für Politische Bildung in Tutzing ebenso unvorbereitet wie

andere Bildungseinrichtungen. Am 16. März 2020 musste der Betrieb komplett eingestellt werden.

Unmittelbar nach der Schließung begannen Überlegungen, wie unter den neuen Bedingungen die Arbeit der Akademie aussehen könnte. Diese Planungen wurden dadurch erleichtert, dass die Akademie als öffentlich-rechtliche Anstalt auf gesetzlicher Grundlage mit einer vom Freistaat Bayern garantierten Finanzierung arbeitet. Sie ist nicht auf projektgebundene Förderungen angewiesen. So konnten in allen Bereichen des Hauses Kurzarbeit und Entlassungen vermieden werden. Insbesondere Beschäftigte der Hauswirtschaft waren mit der Erstellung eines Hygienekonzepts beschäftigt.

Mitte März gingen das wissenschaftliche Personal und Teile der Verwaltung und Sekretariate ins Homeoffice. Die Direktorin und das wissenschaftliche Kollegium haben bis zur Wiederaufnahme von Präsenzveranstaltungen Konzepte für digitale Formate der politischen Bildung entwickelt.

Anfang April begann die neue Podcast-Reihe „Akademie fürs Ohr“. Als Ergänzung dazu gab es seit Ende März die Online-Serie der „Werkstattgespräche“, bei denen Mitarbeiter*innen aller Bereiche des Hauses über ihre Arbeit während der Pandemie berichteten. Das wissenschaftliche Kollegium erläuterte zukünftige Tagungsprojekte, Forschungsarbeiten und Publikationen.

Ebenfalls im April startete im Rahmen unserer Journalistenakademie die mehrteilige Online-Ringvorlesung über Künstliche Intelligenz, die in Zusammenarbeit mit mehreren Partnerorganisationen live gestreamt wurde.

In Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen wurde ein Selbstlernkurs für Lehrkräfte „Politische Bildung in Zeiten der Krise“ entwickelt, der Anfang Mai im Netz verfügbar war und an dem bis zur Sommerpause 256 Lehrkräfte teilgenommen haben.

Die Online-Reihe „Akademievorträge am See – im Netz“ mit Beiträgen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen des Kollegiums mit Blick auf die Pandemie war ab Anfang Juni auf der Homepage und im YouTube-Kanal der Akademie verfügbar. Das bewährte Fischerei-Planspiel, bei dem es um einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen geht, wurde in ein Online-Format übertragen.

Die Direktorin und das wissenschaftliche Kollegium widmeten sich während der Hausschließung verstärkt auch einem anderen Aufgabenbereich der Akademie: dem Anfertigen von wissenschaftlichen Publikationen in den Schriftenreihen des Hauses. Und die eigene Zeitschrift „Akademie-Report“, die sonst eher der Veröffentlichung

von Tagungsberichten dient, wurde mangels stattgefundener Tagungen zum Forum für Aufsätze zum Themenfeld „Pandemie und Politik“.

Noch vor der Wiedereröffnung der Tagungsstätte wurden im Juni erste Programme als reines Online-Format angeboten, darunter die Tutzingener Nachwuchsakademie und das Forum Verfassungspolitik. Seit Anfang Juli fanden wieder Präsenztagungen statt – allerdings wegen der Corona-Beschränkungen mit reduzierter Teilnehmerzahl. Seitdem wurden auch immer wieder und öfter hybride Formate angeboten: Zum Teil sind Referenten und Teilnehmende vor Ort in der Akademie, zum Teil werden sie über Zoom zugeschaltet und können sich an den Diskussionen beteiligen. Seit Juni wurde das Auditorium vermehrt auch für kulturelle Abendveranstaltungen (Lesungen, Kabarett) genutzt, bei denen immerhin 100 Plätze besetzt werden durften.

Seit Anfang November 2020 bis Weihnachten musste der Präsenzbetrieb wieder komplett eingestellt werden und alle Tagungen wurden in digitale Formate übertragen.

Fazit: Bislang ist die Akademie für Politische Bildung in Tutzing wegen der gesetzlichen Grundlagen und der staatlichen Finanzierung relativ gut durch die Krise gekommen. Die während der Pandemie entwickelten digitalen Formate werden sicher auch zukünftig bei der Programmarbeit unseres Hauses eine Rolle spielen. Aber der Austausch und das direkte Gespräch an einem sehr reizvollen Lernort sind durch nichts zu ersetzen.

Dr. Michael Schröder, Dozent für Medien und Kommunikationspolitik und Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing; www.apb-tutzing.de



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Studienhaus Wiesneck, Institut für Politische Bildung Baden-Württemberg e. V.

Am 17. März 2020 trat in Baden-Württemberg die erste Corona-Rechtsverordnung in Kraft. Das darin ausgesprochene Betriebsverbot für kulturelle, Bildungs- und Sporteinrichtungen betraf auch das Studienhaus Wiesneck in Buchenbach bei Freiburg – die erste amtliche Schließung in der inzwischen über 60-jährigen Geschichte. Als Einrichtung der außerschulischen politischen Jugendbildung und weiterhin auch der fachlichen Fortbildung für Lehrer*innen

haben uns die seitdem erfolgten Einschränkungen des Schulbetriebs direkt betroffen.

Nach der ersten bangen Frage, was diese Schließungen für die Zukunft unserer Bildungsstätte und die insgesamt 20-köpfige Belegschaft wohl bedeuten wird, haben Hausleitung und Mitarbeitende zügig die Voraussetzungen für die Durchführung von Bildungsveranstaltungen vor Ort auch unter den Bedingungen der Pandemie erarbeitet und geschaffen. Ein umfangreiches Abstands- und Hygienekonzept, die Halbierung der Höchstbelegung des Hauses und eine den neuen Bedingungen angepasste Organisation der Verpflegung waren schnell umgesetzt. Für die Hausleitung galt es in den ersten Monaten der Pandemie, das wirtschaftliche Überleben und die finanzielle Liquidität zu sichern. Die Antragsberechtigungen für Hilfsprogramme und die Bedingungen für Kurzarbeit mussten durchgearbeitet werden, digitale Konferenzen im Rahmen der bundes- und landesweiten Netzwerke statt inhaltlicher Seminarbetrieb bestimmten den Tagesablauf. Durch die umfangreiche Unterstützung des BMFSFJ und des baden-württembergischen Kultusministeriums sowie die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld konnte der Fortbestand des Studienhaus Wiesneck zunächst gesichert werden. Die Fortführung dieser Unterstützungsprogramme auch 2021 ist für uns existenziell.

Unsere inhaltlich-pädagogischen Seminarangebote haben wir zügig auf digital einsetzbare Online-Formate umgestellt. Diese Umstellung und Neukonzipierung hat uns in kürzester Zeit auf den digitalen Stand gebracht – eine Kompetenzerweiterung, die wir sicher in modifizierter Form auch zukünftig nutzen werden.

Heute, ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie ist keineswegs absehbar, wann und in welchem Ausmaß wir unsere bildungspolitische Arbeit wieder in gewohnter Weise aufnehmen können bzw. dürfen. Diese Unsicherheit stellt alle Mitarbeitenden vor mentale und angesichts der anhaltenden Notwendigkeit von Kurzarbeit auch nicht unerhebliche materielle Herausforderungen. Sicherlich sind in einer Bildungsstätte die Mitarbeitenden, je nach Arbeitsbereich, unterschiedlich betroffen. Es eint uns allerdings die gemeinsame Hoffnung auf eine möglichst baldige Wiederaufnahme unseres außerschulischen Bildungsbetriebes vor Ort.

Wenn wir unsere jugend- und bildungspolitischen Erfahrungen der letzten Monate rekapitulieren, so ergibt sich für uns daraus – so paradox dies angesichts der anhaltenden Pandemie zunächst klingt – ein positiver Ausblick auf die Zukunft von Jugendbildungsstätten. (Nicht nur) für →

uns zeigen die Erfahrungen und Rückmeldungen zu unseren digitalen Bildungsangeboten für junge Menschen ganz eindeutig, dass politische Bildung in Präsenzveranstaltungen durch nichts zu ersetzen ist. Die schon vor der Corona-Pandemie immer wieder hervorgehobene Bedeutung von außerschulischen Bildungsstätten als „lebendige Orte“ vertieften und handlungsorientierten demokratischen Lernens bestätigt sich für uns auf eindrückliche Weise – in den wertschätzenden Rückmeldungen unserer langjährigen Kooperationspartner gerade auch während der letzten Monate und den anhaltenden Nachfragen über zukünftige Angebote. Die bereits vor der Corona-Pandemie immer wieder latente Infragestellung von jugendpolitischen Präsenzseminaren und ihre Ersetzung durch digitale Formate ist in den letzten Monaten durch einen umfangreichen Faktencheck eingeehgt worden. Unsere Erfahrung zeigt, hier ist Differenzierung angesagt: Während unsere digitalen Angebote in der Fortbildung von Multiplikator*innen und Lehrkräften aufgrund der fachlichen Input-Orientierung durchaus auch auf positive Resonanz stoßen, bieten digitale Formate im Bereich der politischen Jugendbildung unserer Erfahrung nach nur eingeschränkte Möglichkeiten in Bezug auf methodisch-didaktische Vielfalt, die Chancen einer vertieften Meinungs- und Urteilsbildung sowie die

(Weiter-)Entwicklung von demokratischer Handlungsfähigkeit. Der digitale Raum setzt der direkten Begegnung und dem demokratischen Austausch auf Augenhöhe weit engere Grenzen als die Räume einer Bildungsstätte.

Diese Erfahrungen der letzten Monate und auch das Wissen um die uns von Seiten der politischen Entscheidungsträger*innen entgegengebrachte Unterstützung stärken letztlich unsere Überzeugung, dass „unser Arbeitsplatz Bildungsstätte“ die Corona-Pandemie überstehen wird und auch in Zukunft ein Ort lebendiger Demokratiebildung bleibt – gerade auch in diesen Zeiten verbreiteter Verschwörungsideologien und populistischer Infragestellungen demokratischer Grundwerte.

Ulrich Eith und **Beate Rosenzweig**, Leitungsteam Studienhaus
Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.;
www.wiesneck.de



AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Drohnen im Stuhlkreis

Design politischer Bildung im Bereich Arbeit und Lebensperspektive

In diesem Beitrag wird beschrieben, wie ein Workshop-Konzept der politischen Jugendbildung im Bereich Arbeit und Lebensperspektive aussehen kann, welche Vorüberlegungen dazu stattfinden und welchen Bezug es zur Zielgruppe haben muss. Der AdB ist Träger des Programms politische Jugendbildung, in dem vier Fachgruppen (2017–2022) zusammenarbeiten. Eine davon beschäftigt sich mit dem Themenschwerpunkt Arbeit und Lebensperspektive. Aus den Erfahrungen der Fachgruppe, ihren aktuellen Schwerpunkten und Zielen entstanden diese praxisrelevanten Hinweise und Beschreibungen. von Tanja Berger

Politische Bildung mit dem Themenschwerpunkt Arbeit und Lebensperspektive kann vielfältige Aspekte enthalten. So werden durch die Bildungsreferent*innen Bezüge zur persönlichen Lebensplanung und Zukunftsvorstellung im gesellschaftlichen Kontext hergestellt, zu Nachhaltigkeit und/oder Klimawandel, zu Arbeit 4.0, betrieblicher Mitbestimmung, Chancengerechtigkeit etc.

Jugendliche als heterogene Zielgruppen

Diese Themenweite ermöglicht es, mit unterschiedlichen Zielgruppen aus Sekundarstufen I und II, Berufsschüler*innen, Auszubildenden und Studierenden zu arbeiten. Was das mit den Drohnen und dem Stuhlkreis aus dem Titel zu tun hat, wird sich im weiteren Verlauf des Beitrags herausstellen.

Jugendliche stehen vor der Aufgabe, sich bis zum Ende ihrer Jugendphase vom Elternhaus bzw. der erziehungsberechtigten Institution abzulösen sowie sozial und ökonomisch selbständig zu werden oder zumindest entsprechende Schritte (Schulabschluss, Ausbildung, Bewerbung) eingeleitet zu haben. Dabei sind die Übergänge Schule – Ausbildung/Studium – Beruf eingelassen in politische Vorgaben und Wertesysteme, in ökonomisch-politische

Entwicklungen. Die Übergänge sind demnach als politisch zu betrachten (vgl. Bremer et al. 2015). Oder anders: Das Gesellschaftliche wirkt in das Berufliche hinein, ebenso wie die Berufsarbeit in die Gesellschaft zurückwirkt. Das politische Handeln von Personen wird also beeinflusst (vgl. BMFSFJ 2020, S. 239 ff.)

Jugendliche haben an Bildung und Beruf hohe Erwartungen, ebenso wie an ihre Arbeitgeber*innen. So steht bspw. Karriereorientierung an dritter Stelle und folgt damit auf die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben sowie auf die Planbarkeit von Berufstätigkeit. Fast allen ist ein sicherer Arbeitsplatz wichtig, jedoch dürfen Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen – mit geschlechtsspezifischen Unterschieden, was die Erwartungen an die Reduzierung der Erwerbsarbeit betrifft: „In einer Partnerschaft mit kleinem Kind sollte die Frau und nicht der Mann beruflich kürzertreten. 65 % der Frauen würden gerne maximal halbtags arbeiten – und 68 % der jungen Männer wünschen sich genau das von ihrer Partnerin.“ (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2019, S. 25) Geld bzw. der Verdienst aus Erwerbsarbeit hat laut der aktuellen *Shell-Jugendstudie* ebenso einen hohen Stellenwert bei Jugendlichen. →

Geschlechterspezifisch betrachtet, bestehen allerdings auch hier Unterschiede zwischen jungen Frauen und jungen Männern bei der sogenannten Erfüllungsorientierung. Das heißt die Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns im Erwerbsleben steht für junge Frauen im Vordergrund. Zentrale Aspekte sind die Möglichkeiten, sich um andere zu kümmern und etwas Nützliches für die Gesellschaft zu tun. Die Frage nach der Erfüllungsorientierung bietet sich für eine genderreflektierte, arbeitsweltbezogene politische Bildung an. Konservative Familienbilder sowie Geschlechterrollen zu hinterfragen und Perspektivwechsel bezogen auf Gender einzunehmen, sind hier bewährte und leicht einzubringende Ansätze.

Möglichkeiten arbeitsweltbezogener politischer Bildung in dynamischen Zeiten

Wie kann politische Bildung die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten des*der Einzelnen konstruktiv begleiten? – Dem individualistisch-kritischen Modell des Soziologen *Ulrich Beck* folgend, das davon ausgeht, dass der Beruf der*des Einzelnen nicht nur ein Bestandteil von Produktionsprozessen ist, sondern dass die*der Einzelne darin auch individuelle Entfaltungsmöglichkeiten findet (vgl. BMFSFJ 2020, S. 248). Die Frage stellt sich vor allem vor dem Hintergrund der sich ändernden Arbeitswelt, der bestehenden Hierarchien, der zeitlichen Entgrenzung und dem in manchen Branchen gültigen Glaubenssatz, dass nur die Erwerbsarbeit das reale Leben ist und deswegen auch den Hauptanteil an der Lebenszeit ausmachen darf. In der aktuellen Pandemielage kommen noch die Rufe nach dem Arbeiten von Zuhause hinzu und die mit den Kontaktbeschränkungen einhergehende Unmöglichkeit des analogen, kollegialen Austauschs.

Mit der Frage zu den Möglichkeiten der politischen Bildung in diesem Themenfeld beschäftigt sich die Fachgruppe seit 2017 intensiv. In den Bildungsstätten der Fachgruppe werden Bildungsveranstaltungen unterschiedlichen Formats umgesetzt, die sich mit den zu Anfang aufgezählten Aspekten beschäftigen.

Dabei geht es in der politischen Bildungsarbeit hauptsächlich um die Reflexion der eigenen Lebenssituation, der Vorstellungen vom Leben und der kritischen Analyse bestehender Verhältnisse. Diese an der eigenen Person anknüpfende politische Bildungsarbeit ist dabei in die Peer-Group und in die Gesellschaft eingebettet.

In diesen Seminaren ist es dementsprechend state-of-the-art, wegen der guten, nicht hierarchischen Kommunikationsform öfter im Stuhlkreis mit den Teilnehmenden

zu sitzen. Der Stuhlkreis aus dem Titel ist somit schon mal eingeordnet. Dieser steht für die Art und Weise der demokratischen und partizipativen Lernzusammenarbeit in unseren Seminaren. Zu den Drohnen kommen wir noch.

Kompetenzen der Bildungsreferent*innen

Die Fachgruppe selbst bildet sich stetig fort, was aktuelle Tendenzen bzw. politische oder wissenschaftliche Debatten rund um die Arbeitswelt betreffen. Dieses Aneignen von Hintergrundwissen ist ein wichtiger Schritt bei der erfolgreichen Planung von Bildungseinheiten. Nicht, dass aus uns Expert*innen werden müssen, die viele Details wissen und auf möglichst jede inhaltliche Frage eine Antwort haben sollten. Es geht vielmehr darum, einen Überblick zu haben, sich einen eigenen (momentanen) Standpunkt zu erarbeiten und mit den Debatten in Gesellschaft und Wissenschaft in Verbindung zu stehen. Dadurch kann ich mir als politische*r Bildner*in eine Entscheidungsgrundlage erarbeiten, welche Aspekte eines Themas gut zu bearbeiten und wie diese methodisch für die Zielgruppe umsetzbar sind. Wesentlich ist dabei das Meta-Wissen, wo Informationen in welcher Form zur Verfügung stehen.

Robotik und Digitalisierung als identifizierte Lernfelder

Als drängendstes Lernfeld für die Fachgruppe haben wir Robotik und Digitalisierung identifiziert. Es ist eines der sich umfassend verändernden Aspekte unserer Zeit.¹ Dabei gehen wir von der von *Donna Haraway* (1995) formulierten Gleichung aus, dass die Mikroelektronik die Übersetzung von Arbeit in Robotik und Textverarbeitung vermittelt, von Sexualität/Fortpflanzung in Gen- und Reproduktionstechnologien und von Geist in Künstliche Intelligenz und Entscheidungsprozesse. So erarbeitete sich die Fachgruppe profundes Wissen in den Themenbereichen Medizintechnik, Pflegeroboter, Cyborg,² smarte Städte, autonomes Fahren, Cyber-Sex,³ militärischer Einsatz

- 1 Das lässt sich bereits rückblickend auch aus dem 19. Jahrhundert berichten: „Der analytische Automat nimmt einen Rang ganz für sich allein ein. Eine ungeheure, neue Sprache ist entstanden.“ Ada Lovelace (1815–1852) Mathematikerin und Computerpionierin; <https://1000-zitate.de/autor/Ada+Lovelace> (Zugriff: 21.01.2021)
- 2 Der Begriff Cyborg (eingedeutscht auch Kyborg) bezeichnet ein Mischwesen aus lebendigem Organismus und Maschine. Das ist bereits Realität, wenn wir an den dauerhaft eingesetzten Herzschrittmacher denken oder das Cochlea-Implantat zur Verbesserung des Hörens.
- 3 Aus Sicht der Fachgruppe ist Sexualität und Sex auch politisch. Der Umgang damit ist gesellschaftlicher Gratmesser.

von Drohnen. In allen diesen Themen stecken Aspekte der modernen Arbeitswelt, die unseren und damit auch den jugendlichen Alltag beeinflussen. Sei es der bewusste Umgang mit Pflegerobotern, ihrem Nutzen, ihrer „dunklen“ Seite und der kurze Weg zu den kleinen smarten Lautsprechern in den Wohnungen. Oder seien es Modelle der Smart City (bspw. Hafencity Hamburg) mit brillanter Internetverbindung überall, autonom fahrenden Kleinbussen und der Paketdrohne, die verkehrsunabhängig die Fracht in kürzester Zeit liefern kann. Überall sind Lebensperspektive und Arbeitsweltbezüge enthalten, es zeigt vom Jetzt ausgehend in die Zukunft und beschreibt den vorhandenen Arbeitsalltag.

Kontext, Aktualität und Kontroverse: Entwicklung eines Workshop-Konzepts

Bis hierher wurden bereits wichtige Schritte für die Entwicklung eines Workshop-Konzepts benannt, die nachfolgend in Ablaufform benannt werden: die Betrachtung der Ausgangslage, das erste Auseinandersetzen mit der jeweiligen Zielgruppe und das Aneignen von Hintergrundwissen. Danach geht es weiter mit der genauen Identifizierung des Gegenstandes für die politische Bildung und deren didaktisch vielfältiger Umsetzung,⁴ um zum Schluss den Bezug zur Zielgruppe wiederherzustellen und ein gutes Workshop-Konzept zu entwickeln, welches erprobt werden kann.

Mit den zuvor bereits eingeführten Drohnen möchte ich nun den Weg weitergehen und einige wissenswerte Aspekte beschreiben, die für die Entwicklung eines Workshop-Konzepts zu dieser Thematik wichtig sind. Ich habe mich für dieses Thema aus aktuellem Anlass entschieden, da die Bundesregierung im Oktober 2020 erwog, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen und einzusetzen (vgl. Deutscher Bundestag 2020). Dies war bislang nicht möglich, da es gesetzlich nicht vorgesehen war und von den vorherigen Regierungskoalitionen abgelehnt wurde. Durch die Bundeswehr werden bisher ausschließlich Aufklärungsdrohnen eingesetzt. Diskutiert wird die Anschaffung der bewaffneten Drohnen bereits seit fast zehn Jahren, jetzt kam sie wieder auf die tagespolitische Agenda. Politiker*innen wie Parteien ringen um eine Haltung dazu. Diese Kontroverse ist die beste Voraussetzung für politische Bildung. Die Bundeswehr wird von nicht wenigen Jugendlichen in den Seminaren der Fachgruppe als potenzielle Arbeitgeberin gesehen, sodass hier der Bezug

zur Arbeitswelt gut hergestellt werden kann. Auch spielen militärische Konflikte im Themenkomplex Globalisierung immer eine Rolle, wo die Beschäftigung mit diesem Teilaspekt interessant sein könnte.



Arbeitsweltbezogene politische Bildung bei HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg Foto: HochDrei e. V.

Wie muss man sich so einen Kampfdrohneinsatz eigentlich vorstellen? Vielleicht so: Anstelle eines Kampffliegers kommt nun der*die Telepilot*in. Frühschicht Irak, Spätschicht Afghanistan, dazwischen Mittagspause (vgl. Thiel 2012). Der familienfreundliche Einsatz auf einer US Military Base irgendwo in Arizona. Die*der Soldat*in als Prototyp des Cyborgs. Bei der Empfehlung des Verteidigungsministeriums zu bewaffneten Drohnen ist das Hauptargument der Schutz der Truppe, der Zivilbevölkerung und ziviler Einrichtungen. „War es nach dem Irak-Krieg das Phantasma des vollkommen virtuellen Schlachtfelds, das die Militärhistoriker in Atem hielt, so ist es seit Afghanistan die Realität des ferngesteuerten Krieges.“ (Ebd.) Die Kriegsführung findet auf Distanz statt. Das Leben des*der eigenen Soldat*innen ist weniger körperlich gefährdet, die Gefahr, dass Zivilist*innen zu Schaden kommen ist dennoch mehr als real (vgl. Gutschker 2016). Es wird nach Untersuchungen davon ausgegangen, dass Drohnenpilot*innen abgeklärtere Entscheidungen treffen können, da sie selbst nicht existentiell gefährdet sind. Stellt sich also möglicherweise die Frage nach einer gar ethischen Verpflichtung zum Einsatz von Drohnen oder steht nicht überhaupt erstmal die Kernfrage der Legitimation des Waffengebrauchs im Vordergrund? Denn Drohnen und deren Art und Weise der Verwendung kommt völkerrechtsgestaltende Bedeutung zu (Konfliktvölkerrecht) (vgl. Koch 2014).

Untersuchungen zeigen auch, dass für Telepilot*innen durch die stete Beobachtung und die lange virtuelle →

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ines Pohlkamp in dieser Ausgabe.

Nähe zu feindlichen Gruppen eine sehr große mentale Belastung entsteht (vgl. ebd.). Sie sehen die Bewegungen, ein Teil des Lebens und auch bei Abschuss bleibt die Drohnenkamera auf dem Geschehen. Das ist in einer Kriegshandlung vor Ort nicht der Fall. Für die beschriebenen Abläufe werden Begriffe, wie „Vögel“ für Drohnen, „Ziele“ für Menschen, „Jackpot“ für die erfolgreiche Mission oder „im Einsatz getötete Feinde“ (Enemy killed in action) für Opfer genutzt. Informationen über die Ziele werden ähnlich wie bei Sportsammelkarten dargestellt: Verhaltensmuster, Geheimdienstwert, geografische Daten (vgl. Tagesspiegel/dpb 2015). Die Kette von Befehlen – von Befehlshaber*innen zu Entscheidungsträger*innen – wird auch Kill Chain genannt: find, fix, finish. Das wirft die gesellschaftspolitische Frage nach einer Enthumanisierung auf.

Wie kann politische Bildung die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten des*der Einzelnen konstruktiv begleiten?

Interesse wecken für Drohnen?

Mit Blick auf die Zielgruppe: Für wen könnte ausgerechnet der Komplex „bewaffnete Drohnen“ interessant sein? Auch wenn aktuell eine Debatte dazu existiert, ist es doch etwas von der Lebensrealität Jugendlicher entfernt, es sei denn, es handelt sich um politische Bildung mit Bundeswehrrekrut*innen. Manchmal muss/kann man als politische*r Bildner*in Themen anregen, diese vorschlagen. Die Beschäftigung mit einer Sache ist wie oben beschrieben auch immer Anlass für Reflexion und die Formulierung eines eigenen Standpunkts aufgrund einer fundierten Auseinandersetzung damit. So ist es sehr gut vorstellbar, dass eine Bildungseinheit zu Drohnen Teil eines Seminars zum Thema Globalisierung ist. Globalisierung prägt das Leben heutiger Jugendlicher, das ist schnell hergeleitet. Oder es ist Teil eines Seminars zu Berufsethik oder neue Technologien oder zum Sinn des Lebens. Einiges ist denkbar.

In diesem Fall sollte die Altersgrenze bei mindestens 16 Jahren mehr oder weniger eingegrenzt werden, je nach der zu erwartenden Aufmerksamkeitsspanne.

Design eines Workshops/Bildungseinheit

Der folgende Vorschlag für einen Workshop entstand aus den gesammelten Informationen zu Zielgruppe, Sachlage, aktuellem politischen Thema. Der Workshop selbst ist noch nicht durchgeführt worden und somit ein Plan zur Durchführung.

Zur Realisierung im Seminar sind der Einheit vorangegangen u. a. Kennenlernen, Erwartungsmanagement und die Bearbeitung verschiedener Themen und Fragen im Seminar-kontext. Der Workshop könnte auch von einer Teilgruppe des Seminars bearbeitet werden, während die andere Teilgruppe sich mit der Frage der Licht- und Schattenseiten von Pflegerobotern in der Care-Arbeit beschäftigt.

Aktivität	Ziel	Zeit
Gemeinsames Anschauen: Ausschnitt-Clip zu Ego-Shooter Spiel (bspw. www.youtube.com/watch?v=z4aNrIbt0Fo), Ausschnitt/Trailer des Dokumentarfilms „Find Fix Finish“ (www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/campus/cinema/campus-cinema-fix-finish-100.html)	Visualisierung, emotionalen Bezug herstellen	40 min.
Anschließende Fragestellung und Gespräch: Was hat das eine mit dem anderen für euch zu tun? Kann man da überhaupt Parallelen ziehen? Was sind die Unterschiede? ... Sammeln der Antworten (keine Visualisierung), ohne längere Diskussion	Rückmeldung zum Gesehenen, persönliche Einordnung	15 min.
Pause		10 min.
Fragekomplex: Terror ist die Geißel der Menschen und ihr könnt was dagegen tun – gezielt, präzise – durch Aufklärung und militärische Schläge mit Drohnen.	Intensive Auseinandersetzung mit dem Thema	60 min.
Drei Kleingruppen: 1. Wie wirken Drohnen? Wo und wie werden sie eingesetzt? Welche neuesten Entwicklungen gibt es? 2. Ist Terror durch Waffen zu bekämpfen? Was sind die Vor- was die Nachteile des Drohneneinsatzes? Welche Alternativen sind denkbar? 3. Wie muss ein*e Telepilot*in sein? Ausbildung, Persönlichkeit; Welche Tätigkeiten fallen an? (ggf. Formulieren einer Stellenausschreibung)	Wissenserwerb und Reflexion	

Den Kleingruppen wird Material zur Verfügung gestellt, sie haben die Möglichkeit online zu recherchieren; geleitet oder begleitet durch die Seminarbegleitung	Erweiterung der Recherchekompetenz, Vielfalt der Stimmen als Bereicherung für die eigenen Gedanken wahrnehmen	
Die Ergebnisse der Gruppen werden als (digitale) Collage, als Plakat oder als Notiz festgehalten	Visualisierung und Bewertung des Gelernten und der Erkenntnisse	
Pause		10 min.
Vorstellung der Ergebnisse aus den Kleingruppen mit anschließender Diskussion	Wissenserwerb, Einordnung, Standpunkt und Gedanken formulieren, Aufwerfen ethischer Fragestellungen	40 min.

Tabelle 1: Vorschlag für einen Workshop-Ablauf

Dieses Konzept ist auch digital adaptierbar. Hier bräuchte es dann mehr Pausen, kürzere Einheiten und eine stärkere Fokussierung.

Durch moderierte Gespräche und Diskussionen mit folgenden Fragestellungen, die in der Regel sehr anregend sind, kann ein Arbeitsweltbezug in Hinsicht auf die oben beschriebene Erfüllungsorientierung hergestellt werden. Vorteil ist die persönliche Betroffenheit, was die Meinungsbildung betrifft und die genderbewusste Fortführung der Beschäftigung mit dem Sinn von Erwerbsarbeit:

- Welche Tätigkeiten (nicht nur Erwerbsarbeit) sind wichtig für uns und unsere Gesellschaft? (Begrifflichkeiten Arbeit, Erwerbsarbeit, Care einführen)
- Welche Jobs sind aus Sicht der Teilnehmenden besonders sinnvoll? Warum? Sind diese erstrebenswert? (Stichwort Erfüllungsorientierung)
- Welcher Job ist der überflüssigste der Welt und warum? Welchen Lohn müsste ich erhalten, um diesen auszuführen? Ethische Frage: Ist es egal, mit was ich meinen Lebensunterhalt verdiene? (Provozierende Fragen, die Anlass zum Weiterdenken und Kontroversen gibt)

Das Konzept wird zu einem späteren Zeitpunkt auch über die digitale Plattform <https://politischbilden.de> abrufbar sein. Für Anregungen und Fragen steht die Fachgruppe gerne zur Verfügung.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zur Autorin



Tanja Berger ist Bildungsreferentin bei HochDrei e. V – Bilden und Begegnen in Brandenburg und Mitglied der Fachgruppe Arbeit und Lebensperspektive des AdB. Weitere Schwerpunkte: gendersensible Bildung, Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit.

berger@hochdrei.org

Literatur

Albert, Matthias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2019): Shell Jugendstudie Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim/Basel: Beltz

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020): Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin: Deutscher Bundestag Drucksache 19/24200; www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht/gesamt (Zugriff: 21.01.2021)

Bremer, Helmut et al. (2015): Gesellschaftsbild und Weiterbildung. Auswirkungen von Bildungsmoratorien auf Habitus, Lernen und Gesellschaftsvorstellungen. Baden-Baden: Nomos

Deutscher Bundestag (2020): Experten: Einsatz von Kampfdrohnen völkerrechtlich nicht verboten; www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw41-pa-verteidigung-790764 (Zugriff 15.01.2021)

Gutschker, Thomas (2016): „Bei jedem fünften Drohnenangriff der Amerikaner stirbt ein Zivilist“. In: FAZ 03.07.2016; www.faz.net/aktuell/politik/kampf-gegen-den-terror/bilanz-von-obamas-drohneinsatz-14320818.html (Zugriff 15.01.2021)

Haraway, Donna (1995): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt am Main/New York: Springer, S. 33–72

Koch, Bernhard (2014): „Leben unter Drohnen“. In: FAZ vom 02.02.2014; www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/drohnenkrieg-leben-unter-drohnen-12781534.html (Zugriff 17.01.2021)

Tagesspiegel/dpa (2015): Eine erfolgreiche Tötung heißt „Jackpot“. In: Der Tagesspiegel vom 16.10.2015; www.tagesspiegel.de/politik/us-enthuellungsportal-beschreibt-drohnenkrieg-eine-erfolgreiche-toetung-heisst-jackpot/12459596.html (Zugriff 17.01.2021)

Thiel, Thomas (2012): „Auf der sicheren Seite“. In: FAZ vom 30.11.2012; www.faz.net/-gqz-74pw5 (Zugriff 15.01.2021)

Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung

AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2021

Während der AdB-Mitgliederversammlung, die am 25. und 26. November 2020 online stattfand, wurde die Stellungnahme zum AdB-Jahresthema 2021 verabschiedet. Damit wurden die Aktivitäten des Verbands im Kontext des Jahresthemas eröffnet, das zum Ziel hat, das Thema „Rassismuskritik und politische Bildung“ über das Jahr hinaus im Verband zu verankern. Im Folgenden wird die Stellungnahme abgedruckt.

Das Bekenntnis zur unantastbaren Würde jedes Menschen bildet die Grundlage unseres gesellschaftlichen Wertesystems. Deutschland versteht sich als weltoffenes und demokratisches Land. Dennoch ist es nicht frei von Rassismus – rassistische Diskriminierungen, Vorurteile und Gewalt finden sich im gesellschaftlichen Alltag ebenso wieder wie in Strukturen des öffentlichen Lebens.

Die rassistischen Wissensbestände gründen insbesondere auf kolonialen und nationalsozialistischen Vorstellungen, die auf Ideologien der Ungleichwertigkeit basieren und nach wie vor in der Gesellschaft fest verankert sind. In Lehrbüchern, Spielfilmen, in der Werbung und in unserer Sprache werden diskriminierende Leitbilder (un-)bewusst reproduziert.

„Rassismus ist ein gesellschaftliches und soziales Phänomen und dient u. a. auch der vermeintlichen Legitimation bestehender oder der Erzeugung neuer Ungleichheiten.“ (Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung gegen Rassismus) Aktuelle Beispiele, von denen vor allem marginalisierte Gruppen betroffen sind, gibt es viele: rassistischer Terror, rassistische Vorfälle in staatlichen Organisationen wie Polizei und Bundeswehr, rassistische Hetzreden im Bundestag. Hinzu kommt die Tatsache, dass

immer mehr Bürger*innen Hasstiraden und rassistische Anfeindungen im Internet verbreiten oder gemeinsam mit Holocaust-Leugner*innen, Rechtsextremist*innen und Reichsbürger*innen auf die Straße gehen, um gegen vermeintliche Freiheitsbeschränkungen im Zuge einer Pandemie zu protestieren.

Die Perspektiven derjenigen, die unmittelbar von diesen rassistischen Diskriminierungen betroffen sind oder sich bedroht fühlen, werden oft nicht gehört oder ihre Positionen werden vom weißen Teil der Gesellschaft relativiert. Hinzu kommt, dass viele von Rassismus unmittelbar Betroffene weiteren Diskriminierungen (z. B. aufgrund des Geschlechts oder der wirtschaftlichen Möglichkeiten) ausgesetzt sind. Das Problem Rassismus wird immer noch nicht ernst genug genommen, bzw. es werden sogar oftmals diejenigen dafür verantwortlich gemacht, die diskriminiert werden.

Rassismus wird oft individualisiert, d. h. als individueller Akt von Rassist*innen betrachtet, die jenseits einer vermeintlich moralischen Wertegemeinschaft stehen, was dazu führt, dass Rassismus nicht als gesellschaftliches, strukturelles Problem wahrgenommen wird. Gespräche über Rassismus sind oftmals durch Abwehr, Schweigen,

Rechtfertigungen und Relativierungen gekennzeichnet. Dies beruht häufig auf fehlendem Wissen und der mangelnden Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema.

Hier muss Politische Bildung ansetzen, zu deren Grundverständnis eine rassismuskritische Haltung und Ausrichtung gehören. Rassistische und demokratiefeindliche Entwicklungen in Deutschland und auch global machen eine Bekräftigung dieses Anspruchs und die Notwendigkeit einer rassismuskritischen und menschenrechtsorientierten Politischen Bildung in Deutschland erforderlich. Die Politische Bildung ist auf verschiedenen Ebenen herausgefordert, sich dieses Themas anzunehmen und sich mit den Ursachen, Auswirkungen, mit Prozessen und Strukturen kritisch auseinanderzusetzen.

Die Akteur*innen Politischer Bildung sind aufgerufen,

... eine selbstkritische Analyse der eigenen Arbeit und Strukturen vorzunehmen

Einrichtungen der Politischen Bildung müssen sich und ihre Strukturen immer wieder aufs Neue hinterfragen. Inhalte, Formate und Haltungen müssen diskriminierungskritisch überprüft und ggf. verändert werden. Um rassismuskritisch zu handeln reicht es nicht, entsprechende Seminare und Workshops anzubieten. Teil des Prozesses muss es auch sein, die Zusammensetzung der Mitarbeitenden, der Teilnehmenden, die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit etc. rassismuskritisch zu hinterfragen.

... Räume für rassismuskritische Bildung zur Verfügung zu stellen

Rassismus muss als strukturelles, gesellschaftliches Problem anerkannt und vermittelt werden. Teilnehmende brauchen Menschen und Formate, die ihnen dabei helfen, die Komplexität und Geschichte des Rassismus zu begreifen. Dafür brauchen sie teilnehmendenorientierte Formate, professionelle Workshopleitungen mit entsprechender Expertise und Offenheit. Im Besonderen bedeutet dies, eine Professionalisierung der politischen Bildner*innen in Form einer rassismuskritischen Aus- und Weiterbildung sicherzustellen.

... Diversität sichtbar zu machen

Eine rassismuskritische politische Bildung darf Diskriminierungen nicht (ausschließlich) aus einer weißen Perspektive thematisieren. Die Perspektiven der von Rassismus betroffenen Bildner*innen muss sich in den Angeboten

deutlich wiederfinden. Insbesondere Teilnehmende, die unmittelbar selbst von Rassismus betroffen sind und bei denen vor allem das Empowerment wichtig ist, brauchen die Perspektiven von Leitungen, die selbst Diskriminierung erfahren haben.

... sich deutlich zu positionieren

Politische Bildung muss sich klar gegen Rassismus und Diskriminierung positionieren. Sie muss rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche Strukturen als solche benennen und verurteilen. Ebenso muss sie sich solidarisch mit den von rassistischer Diskriminierung betroffenen Menschen und ihren Organisationen positionieren.

Der AdB fordert politische Entscheidungsträger*innen auf,

... Rassismuskritik auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu fördern und umzusetzen

Um die rassismuskritische Auseinandersetzung und die Bekämpfung von rassistischen Strukturen auf allen Ebenen zu ermöglichen, bedarf es einer Sensibilisierung für das Thema und das Schaffen guter Bedingungen. Hierzu gehört u. a. die Förderung wissenschaftlicher Forschung zu rassistischen Strukturen z. B. in staatlichen Organisationen und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

... die rassismuskritische politische Bildung in staatlichen Institutionen auszubauen

Es gibt bereits gute Angebote politischer Bildung in staatlichen Institutionen wie z. B. in Polizei und Bundeswehr. Diese müssen ausgebaut werden. Freie Träger sollten dabei eine wichtige Rolle spielen und entsprechend finanziell ausgestattet werden. Sie können helfen, ein Klima zu schaffen, das die offene Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rassismus ermöglicht.

... die rassismuskritische Bildung in formaler und non-formaler Bildung zu fördern

In schulischen und beruflichen Bildungsangeboten fehlt die (rassismus-)kritische Auseinandersetzung, insbesondere mit deutscher Kolonialgeschichte und ihren Folgen. Hier bedarf es einer engen Zusammenarbeit mit der außerschulischen Politischen Bildung und den von Rassismus betroffenen Menschen und entsprechenden Organisationen. Die rassismuskritische Bildung würde zudem wirksam unterstützt und gestärkt, wenn sie Bestandteil von Lehr- und Ausbildungsplänen würde. →

... sich auf die Seite von den von Rassismus betroffenen Menschen und Organisationen zu stellen und diese zu schützen

Rassistische Angriffe auf Menschen und Organisationen – sei es analog oder digital – sind Angriffe auf die Demokratie. Diese Angriffe müssen verurteilt und ihnen muss klar entgegengewirkt werden. Politisch Verantwortliche sind gefordert, alles dafür zu tun, dass Deutschland ein offenes und vielfältiges Land ist, in dem niemand rassistisch bedroht oder diskriminiert wird.

Politische Bildung ist nicht neutral. Sie basiert auf den Menschenrechten und demokratischen Werten, die mit Rassismus unvereinbar sind. Rassismuskritik gehört daher zu den Kernaufgaben Politischer Bildung.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des AdB am 26.11.2020

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Download der AdB-Stellungnahme: www.adb.de/stellungnahme/was-weiss-ich-rassismuskritisch-denken-lernen

Weitere Informationen zum Jahresthema 2021: www.adb.de/jahresthema-2021

Auf dem Weg (?)

... zu einer rassismuskritischen Bildung(sstätte)

Dass Rassismus ein gesellschaftliches Problem ist und die politische Bildung sich dafür einsetzen sollte, Rassismus zu bekämpfen, ist in der politischen Bildungslandschaft sicherlich weitgehend Konsens. Doch was bedeutet das für die Institutionen der politischen Bildung? Die Jugendbildungsstätte Kaubstraße hat sich auf den Weg gemacht.

von Roland Wylezol

„... rassismuskritische Bildungsarbeit ist ja okay, aber wenn das bedeutet, dass wir und unsere Handlungen jetzt auch rassistisch sein sollen, geht das zu weit!“

Die Jugendbildungsstätte Kaubstraße ist seit über 40 Jahren Teil der außerschulischen politischen Bildung in Berlin und in Deutschland. Die Jugendbildungsstätte wurde gegründet von einer Gruppe engagierter Pfadfinder (es waren meines Wissens tatsächlich ausschließlich Männer), die das Jugendgästehaus in Berlin Wilmersdorf zur politischen Jugendbildungsstätte machten. Seit 2008 ist die Jugendbildungsstätte ein Bereich im Verein Alte Feuerwache e. V. – ein Träger mit ganz unterschiedlichen pädagogischen und gewerblichen Bereichen und ca. 70 Mitarbeitenden. Der Anspruch der Jugendbildungsstätte war es wohl immer, sich kritisch mit gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen auseinanderzusetzen und junge Menschen dabei zu unterstützen, ihren Weg in der Gesellschaft zu finden und diesen zu gehen. Doch welche Perspektiven standen und stehen hier im Vordergrund? Wer bestimmte und bestimmt über die Zielsetzungen und wie kamen und kommen diese Zielsetzungen zustande? Welche Notwendigkeiten sehen wir, um als Einrichtung rassismuskritisch zu agieren?

Unser Verständnis einer rassismuskritischen Bildung

Unser Verständnis¹ einer rassismuskritischen politischen Bildung beinhaltet, die Perspektiven derjenigen in den Vordergrund zu bringen, die sonst eher im Hintergrund sind. Hierfür schaffen wir – vor allem durch die Zusammenarbeit mit Kolleg*innen of Color – in unterschiedlichen Themenfeldern und Formaten Räume, in denen junge Menschen wirtschaftliche sowie politische Prozesse und Strukturen aus marginalisierten Perspektiven betrachten. In Seminaren des Globalen Lernens setzen sich die Teilnehmenden mit globalen Strukturen auseinander, die direkte Zusammenhänge zu ihren Lebenswelten haben und Konsequenzen des Reichtums des globalen Nordens auf Kosten des globalen Südens thematisieren. In Seminaren zu „Postmigrantischen Perspektiven“ geben wir jungen Menschen die Gelegenheit, ihre eigenen (Migrations-)Geschichten zu einem Bestandteil einer *Geschichtsschreibung* werden zu lassen, in der ihre Geschichten und Perspektiven zumeist →

¹ Ich schreibe diesen Beitrag als Leiter der Jugendbildungsstätte Kaubstraße – wenn ich „uns“ benutze, bezieht sich dies auf die Bildungsstätte und nicht zwangsläufig auf den Verein Alte Feuerwache e. V.

nicht berücksichtigt werden und damit ihre so wichtige Expertise in einer rassismuskritischen politischen Bildung einzubringen. In Workshops und Seminaren, die sich mit Rassismus auseinandersetzen, geht es um das Erkennen, dass Rassismus nicht zwingend eine persönliche Entscheidung einer weißen gegenüber einer Schwarzen Person ist. Rassismus beherbergt ein seit Jahrhunderten gewachsenes Arsenal von individuellen und gesellschaftlichen Denk- und Verhaltensmustern, Weltansichten, globalen, politischen und persönlichen Handlungsweisen, die das Machtverhältnis zwischen Weißen und Nicht-Weißen manifestiert. Die Seminar-Teilnehmenden mit Rassismuserfahrungen spüren dies bewusst oder unbewusst täglich, während die Anderen zumeist ablehnen, darüber zu sprechen und die eigenen Privilegien als ungerecht anzuerkennen.

Rassismus beherbergt ein seit Jahrhunderten gewachsenes Arsenal von individuellen und gesellschaftlichen Denk- und Verhaltensmustern, Weltansichten, globalen, politischen und persönlichen Handlungsweisen, die das Machtverhältnis zwischen Weißen und Nicht-Weißen manifestiert.

Für die Seminararbeit, die bei uns zumeist in Gruppen mit Menschen mit und ohne Rassismuserfahrung stattfindet, bedeutet das u. a. Folgendes: Während Teilnehmende of Color einen „sicheren Raum“ benötigen, in dem sie die Möglichkeit zum Austausch haben, um gemeinsam mit einem Team of Color in einen Empowerment-Prozess gehen zu können, geht es bei denjenigen, die keine direkten Rassismuserfahrungen machen müssen, um Selbstreflexion, um die eigenen Privilegien und ggf. auch darum, wie sie diese als Verbündete einsetzen können. Sie müssen sich darüber im Klaren sein, was in ihrer Gegenwart okay ist, wie mit ihnen und anderen Menschen umgegangen werden darf und wie sie sich bei Grenzüberschreitungen wehren können. Für solche Prozesse bedarf es ebenso großer Sensibilität wie Professionalität: Als Bildungseinrichtung ist es für uns daher unerlässlich, uns kontinuierlich diskriminierungskritisch mit Prozessen, Strukturen und eigenen Bildern auseinanderzusetzen und alle Kolleg*innen in die-

sem Prozess mitzunehmen. Es ist notwendig, Methoden und Formate diesbezüglich zu überprüfen und ggf. zu verändern und es braucht Diversität. Ein weißes Team kann unseres Erachtens ebenso wenig einen Empowerment-Workshop mit Teilnehmenden of Color durchführen wie ein CIS-Männer-Team einen feministischen Empowerment-Workshop mit jungen Frauen* leiten sollte. Politische Bildung darf nicht nur bei den Inhalten und Methoden rassismuskritisch ausgerichtet sein – auch das Team der Kolleg*innen muss divers sein.

Diversitätsorientierte Bildung braucht diverse Teams

Die vermeintlich fehlenden interessierten und qualifizierten Menschen of Color für ausgeschriebene Stellen in den Bildungseinrichtungen, von denen in den Einrichtungen oftmals gesprochen wird, sollten uns zu denken geben. Wir sind als *Jugendbildungsstätte Kaubstraße* eine staatlich geförderte Einrichtung der politischen Bildung. Von vielen Kolleg*innen und Kooperationspartner*innen of Color wissen wir, dass sie sich sehr genau überlegen, ob sie sich bei einer Einrichtung wie unserer bewerben sollen: Diskriminierungserfahrungen und mangelnde Solidarität seitens der weißen Kolleg*innen sind Faktoren, die ihnen in weißen Organisationen bereits begegnet sind und gegen solche Bewerbungen sprechen. Kolleg*innen of Color, die Diskriminierungen erfahren, brauchen sowohl sichere Räume und diskriminierungskritische, empathische und solidarische Kolleg*innen, um Rassismus in der Institution offen anzusprechen zu können als auch die Gewissheit, dass die Einrichtung rassismuskritisch aktiv wird. Hier ist Wissen zum und die Auseinandersetzung mit Rassismus ebenso wichtig wie die Schaffung von Strukturen – z. B. eine*n Antidiskriminierungsbeauftragte*n mit entsprechenden Kompetenzen auf inhaltlicher und auf Handlungsebene einzusetzen. Diese Prozesse und Strukturen müssen nach außen sichtbar und nachvollziehbar sein, damit Menschen of Color die ernsthafte Auseinandersetzung mit Rassismus wahrnehmen können. Auch hinsichtlich der Beurteilung einer vermeintlich geringeren Qualifikation von Bewerber*innen of Color besteht Selbstreflexionsbedarf. Erfahrungen in der politischen Bildung können vielfältig sein und müssen bspw. nicht in klassischen Einrichtungen der politischen Bildung gemacht worden sein. Viele Kolleg*innen in der Seminarleitung kommen aus Bereichen jenseits der politischen Bildung und bringen ganz unterschiedliche Ressourcen in die Bildungsarbeit ein, die für eine diversitätsorientierte Bildung von größter Bedeutung sind. Eine diversitätsorientierte Überprüfung unserer An-

sprüche als Einrichtung hinsichtlich der Qualifikationen und Erfahrungen von Bewerber*innen ist wichtig und unumgänglich. Wenn wir es mit der rassismuskritischen Positionierung ernst meinen, müssen wir bereit sein, uns mit (eigenen) Normierungen und Positionen in der politischen Bildung diversitätsorientiert auseinanderzusetzen und sie ggf. verlernen.

Es reicht eben nicht, Seminare zum Thema Diversity und Rassismus anzubieten und sich auf der eigenen Website gegen Diskriminierungen zu positionieren. Es muss intern um Privilegien und Ausschlüsse gehen.

Solche Entscheidungen und Veränderungen sind in weißen Organisationen (wie auch in unserem Verein) nicht unumstritten. Doch was steckt hinter unserem Zögern, diese Prozesse auf den Weg zu bringen, wenn wir uns doch eigentlich gegen Rassismus positionieren wollen? Ein solcher Veränderungsprozess hat mit Ängsten zu tun – wir leben in einer Welt, in der rassistische Strukturen zutiefst verankert sind – somit natürlich auch in unseren Köpfen. Die Angst vor möglichen Kontrollverlusten, Abgabe von Privilegien, das Eingestehen, nicht die Expert*innenrolle zu haben (sondern die einer*s Lernenden) und Schuldgefühle aufgrund rassistischer Reproduktionen, kann verunsichern. In unseren Köpfen geht es zumeist nicht mit einer Leitungsrolle einher, anderen die Definitionsmacht darüber zu überlassen, wann ein Sachverhalt rassistisch ist. Sich in einen rassismuskritischen Organisationsentwicklungsprozess zu begeben bedeutet, sich eigener Rassismen bewusst zu werden, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, diese offen zu benennen und ggf. Privilegien aufgeben zu müssen. Es reicht eben nicht, Seminare zum Thema Diversity und Rassismus anzubieten und sich auf der eigenen Website gegen Diskriminierungen zu positionieren. Es muss intern um Privilegien und Ausschlüsse gehen. Scheinbare Zwänge und Gegebenheiten, die als Rechtfertigungen für Handlungen herhalten, müssen in Frage gestellt und offensiv als Problem benannt werden. Kolleg*innen of Color haben ein Recht darauf, rassistische Haltungen und Handlungen als solche benennen zu können, ohne mit Relativierungen, Belehrungen und negativen Konsequenzen rechnen zu müs-

sen. Einen solchen von Expert*innen begleiteten Prozess und daraus resultierende Strukturen gibt es in unserem Verein bislang nicht.



Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin-Wilmersdorf
Foto: JBS Kaubstraße

Rassismus ist meist keine individuelle Entscheidung, sondern Teil des Systems

Um wirklich rassismuskritisch zu agieren, müssen wir alle Bereiche dahingehend analysieren und ggf. verändern – Inhalte, Formate, Strukturen, Abläufe, Personal und persönliche Haltungen. Die Begleitung einer rassismuserfahrenen Coachin in diesem Prozess ist ebenso Bestandteil unseres Weges im Bereich der Bildungsstätte wie zahlreiche Fortbildungen, die in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Themen mit den Kolleg*innen der Pädagogik, aber auch der Verwaltung und Hauswirtschaft stattfanden. Trotzdem sind wir noch lange nicht so weit, zufriedenstellende Strukturen etabliert zu haben. Es gibt Situationen, in denen nicht konsequent interveniert wird, in denen Kolleg*innen of Color sich mit Kritik über rassistische Aussagen oder Handlungen zurückhalten.

Bislang ist es uns nicht gelungen, den gesamten Verein, dessen Teil wir sind, davon zu überzeugen, sich auf einen selbst- und rassismuskritischen Weg zu machen.² Damit es nicht beim stetigen Lernen und Sensibilisieren bleibt, müssen Strukturen überprüft und verändert werden. Für so einen Veränderungsprozess braucht es neben der Bereitschaft der Leitungen und aller Mitarbeitenden, sich mit eigenen Bildern, Haltungen und Strukturen selbst- und diskriminierungskritisch auseinanderzusetzen, profes- →

2 Die damit verbundenen Kosten sowie Zweifel an der Notwendigkeit sind entscheidende Hindernisse eines solchen Prozesses.

sionelle Unterstützung von diskriminierungserfahrenen Menschen und/oder Organisationen. Es müssen Räume geschaffen werden, in denen über Rassismus in den eigenen Zusammenhängen gesprochen werden kann. Es ist zwar wichtig, den Prozess des Zuhörens und Lernens niemals zu beenden, aber es müssen gleichzeitig Mechanismen und Strukturen geschaffen werden, die aktiv gegen jegliche Form der Diskriminierung vorgehen.

Das Durchbrechen eines Systems, das Ausschlüsse produziert, ungleiche Machtverhältnisse stabilisiert, Verletzungen provoziert, Beziehungen zwischen Menschen erschwert und letztendlich die Würde von Menschen kontinuierlich angreift, ist viel wichtiger als der Erhalt weißer Komfortzonen.

Wenn wir das ernst meinen, was wir in unseren vielen Seminaren und Workshops versuchen zu vermitteln, dann müssen wir uns innerhalb unserer Organisationen zu relativierenden Aussagen (wie denen zu Beginn dieses Beitrags) positionieren – egal, ob wir in Workshops von Teilnehmenden oder in Diskussionen mit Entscheidungsträger*innen

mit ihnen konfrontiert werden: Wir müssen auf Diskriminierungen und Leerstellen aufmerksam machen und mit den Ängsten umgehen, die hinter einer solchen Aussage stecken. Rassismus ist meist keine individuelle Entscheidung und wir müssen lernen, offen darüber zu sprechen. Wir müssen bereit sein, zuzuhören, zu lernen und akzeptieren, Teil dieses Systems zu sein. Wir müssen Macht teilen und verantwortungsbewusst handeln. Es wäre mit Sicherheit ein großer Gewinn für uns alle, da Rassismus Menschen of Color IMMER und ÜBERALL schadet. Das Durchbrechen eines Systems, das Ausschlüsse produziert, ungleiche Machtverhältnisse stabilisiert, Verletzungen provoziert, Beziehungen zwischen Menschen erschwert und letztendlich die Würde von Menschen kontinuierlich angreift, ist viel wichtiger als der Erhalt weißer Komfortzonen. Empathie, Chancengleichheit und wirkliche Demokratie stehen hinter so einem Prozess und stellen sicherlich den größten Gewinn für uns alle dar.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2021

Zum Autor



Roland Wylezol ist Leiter der Jugendbildungsstätte Kaubstraße und Mitglied des Vorstands im AdB. In seinen Funktionen unterstützt er als Bündnispartner Menschen und Organisationen, die Rassismuserfahrungen machen müssen, und setzt sich für eine diskriminierungskritische politische Bildung ein.

wylezol@kaubstrasse.de

Rezensionen

Christoph Butterwegge: Ungleichheit in der Klassen- gesellschaft



Köln 2020

PapyRossa, 183 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO Der Armutsforscher und Politikdidaktiker Christoph Butterwegge, der dem Gutachtergremium der Bundesregierung für den 6. Armuts- und Reichtumsbericht angehört, hat jüngst – unter Corona-Bedingungen – seine großen Studien zur „Krise und Zukunft des Sozialstaats“ (2005) und über die „Zerrissene Republik“ (2020) fortgeschrieben. Bei der Neuerscheinung handelt es sich um eine knappe Einführung, die in einem ersten Kapitel begriffliche, theoretische und methodische Grundlagen präsentiert, um dann in einem zweiten den Befund der „Klassengesellschaft“ anhand klassischer (Karl Marx, Max Weber) wie neuerer Theorien (Elitenherrschaft, Abstiegs-gesellschaft) zu präzisieren. Im dritten Kapitel geht es um die Klassenverhältnisse in der heutigen globalisierten Marktwirtschaft, während das vierte und letzte die aktuellen Erscheinungsformen von Ungleichheit thematisiert und dabei im Kontext der Coronakrise ausführlich die Bereiche Gesundheit, Bildung und Wohnung diskutiert. Entstehungsursachen und daraus abzuleitende Lösungsansätze sollen in einem Folgeband behandelt werden. Dort wird dann das Thema „Umverteilung“ eine besondere Rolle spielen, wobei der Autor gleich ankündigt, dass verteilungspolitische Maßnahmen nicht ausreichen werden, „wenn die Reproduktion der sozioökonomischen Ungleichheit dauerhaft unterbunden werden soll“ (S. 8).

Auf die sozioökonomische Grundlage, also auf die durch das Wirtschaftssystem gegebene prinzipielle Ver-

schiedenartigkeit von Einkommen und Vermögen bei der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung auf der einen Seite, bei den Privateigentümern von Produktionsmitteln (oder Grund und Boden) auf der anderen Seite, fokussiert Butterwegges Kritik der Ungleichheit. Es geht ihm nicht um eine Skalierung quantitativer Abstufungen, die sich dann – wie in der empirischen Armutsforschung verbreitet – unter Einsatz verschiedenster Parameter messen lassen. Im Anschluss an die Marxsche Theorie erinnert er vielmehr an den Gegensatz, in dem Kapitaleinkommen und Lohnarbeit stehen. Wer über Kapital verfügt, hat nicht einfach etwas mehr von dem Stoff, den alle zum Leben benötigen, sondern eine Machtposition über die Arbeit: „Vermögen wirkt reichumsfördernd und -erhaltend zugleich. Lohn und Gehalt kann hingegen schlagartig entfallen, wenn die Einkommensquelle mit dem Arbeitsplatz oder dem eigenen (Klein-)Unternehmen (...) versiegt.“ (S. 22 f.)

Entscheidend ist hier, dass die Einkommensquelle Lohnarbeit einen Dienst am Kapitalreichtum leistet und a priori zu leisten hat, denn nur unter dieser Bedingung, dass ihre Anwendung rentabel ist, wird ja ein Arbeitsplatz geschaffen. Dass Einkommensquellen versiegen können, ist übrigens ein Schicksal, das in der heutzutage durchgesetzten globalen Konkurrenz allen Wirtschaftsakteuren droht; nicht nur kleine Unternehmer, sondern auch große Vermögen können im Fall des Falles Schaden nehmen. Wer aber Vermögen im nennenswerten Sinne besitzt, also über eine Geldsumme verfügt, die als Kapital fungiert und damit fremde Arbeit in Dienst zu nehmen vermag, hat die Möglichkeit, die Armut der anderen als sein Bereicherungsmittel einzusetzen. Dass dies keine Möglichkeit bleibt, sondern im modernen „digitalen Finanzmarktkapitalismus“ in einer Extremform verwirklicht ist, in der wenige „transnationale Kapitalorganismen“ sich einen Hyperreichtum aneignen, während Millionen Menschen in absoluter Armut leben, führt Butterwegge im dritten Kapitel aus (vgl. S. 122 f.).

Die letzten 50 Seiten liefern eine erste wissenschaftliche Analyse der sozialen Lage unter den neuen Bedingungen staatlicher Seuchenbekämpfung – mit Schwerpunkt auf den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Butterwegges Durchgang durch die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen kommt zu dem Schluss, dass die von Ökonomen wie etwa Thomas Piketty vertretene These, globale →

Krisenlagen hätten eine egalisierende Wirkung, gegenwärtig nicht zutrifft. „Wie nie zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg“ werde vielmehr erkennbar, „dass trotz eines verhältnismäßig hohen Lebens- und Sozialstandards im Weltmaßstab sowie entgegen allen Beteuerungen, die Bundesrepublik sei eine klassenlose Gesellschaft mit gesicherter Wohlständigkeit aller Mitglieder, ein großer Teil der Bevölkerung nicht einmal für wenige Wochen ohne seine ungeschmälernten Regeleinkünfte auskommt.“ (S. 141 f.) Wie unter einem Brennglas zeigen sich also in der Krisenlage lauter Befunde, die nach der Analyse des Autors den grundlegenden Klassencharakter dieser Gesellschaft deutlich machen.

Hans-Peter Killguss / Marcus Meier / Sebastian Werner (Hrsg.): *Bildungsarbeit gegen Antisemitismus*

Grundlagen, Methoden & Übungen



Frankfurt am Main 2020
Wochenschau Verlag, 224 Seiten

VON CATRIN OPHEYS Antisemitismus zeigt sich aktuell in offenem Hass. Bei sogenannten „Hygiene Demos“ im Zuge der Corona-Pandemie wird über „jüdische Weltverschwörung“ fantasiert, der Holocaust durch das Tragen von gelben Sternen relativiert und das Wort „Du Jude“ wird zu einer der häufigsten Beleidigungen auf Schulhöfen. Dennoch bleibt Antisemitismus im gesellschaftlichen Diskurs stärker in historischen Bezügen verhaftet. Hieran knüpft der Sammelband an. Der Band besteht inklusive Einleitung aus elf Kapiteln. Zentral ist es hier, dass verschiedene theoretische Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven von Antisemitismus, wie z. B. Antisemitismus und Moderne, Sekundärer

Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus, Verhältnis zu antimuslimischem Rassismus, jeweils ab Kapitel fünf durch thematisch passende Methoden ergänzt werden, sodass eine Verwobenheit von wissenschaftlichen/theoretischen Perspektiven und praktischer Verwendung in Bildungskontexten mitgedacht wird.

Es erfolgt zunächst eine Einführung in die historische Genese des Antisemitismus (Klarzyk) und die verschiedenen Formen des Antisemitismus (Kistenmacher): „Trotz des veränderten ideologischen Unterbaus mit dem der Hass auf die jüdische Bevölkerung und ihre daraus resultierende Ausgrenzung im Lauf der Geschichte begründet wurde, ziehen sich bestimmte Bilder und Stereotype in der Darstellung von Juden bis in die Gegenwart durch.“ (S. 17) So wird im Sammelband deutlich, dass historische Erscheinungsformen des Antisemitismus Kontinuitäten für aktuelle Bezüge aufweisen und in der Bildungsarbeit als ineinander verstrickt aufgegriffen werden können. Meier und Werner bringen diese grundlegenden Perspektiven mit der Rolle politischer Bildungsarbeit zusammen und heben den aktuellen Bedarf der Auseinandersetzung mit Antisemitismus hervor. Ein wichtiger Aspekt, der in dem Sammelband theoretisch und methodisch angesprochen wird, ist dabei die Anerkennung und Einbeziehung jüdischer Biografien und Lebensrealitäten in der Bildungsarbeit: „Daher versuchen wir verstärkt, einen Perspektivwechsel in der Entwicklung unserer Methoden vorzunehmen und Juden und Jüdinnen – etwa durch Interviews, Filmbeiträge oder als Teilnehmende – zu Wort kommen zu lassen. Zu vermeiden ist hierbei die Reduzierung (...) auf eine Opferrolle.“ (S. 55) Chernivsky verbindet diese Perspektive in ihrem Beitrag mit Differenzkonstruktionen in Bezug auf den „Umgang mit Judentum, jüdischen Lebenswelten und *jüdischer Präsenz*“ (S. 98) und der Fremdmachung („Othering“) „als gewaltvoll erlebte Ausdrucksform des Antisemitismus“ (ebd.), welche intersektionale Bezüge aufweist.

Weitere diskutierte Perspektiven sind die Bedeutung von Antisemitismus in Zeiten moderner Vergesellschaftung (Werner) und sekundärer Antisemitismus (Killguss/Sturm), die verdeutlichen, wie Juden*Jüdinnen für gesellschaftliche Entwicklungen verantwortlich gemacht und gesellschaftliche Diskurse machtvoll verdreht werden: „Die stellvertretende Ausgrenzung und Bekämpfung von Juden*Jüdinnen verschont dabei die eigentlichen Ziele der Kritik – gesellschaftlicher Wandel, staatliche Organisation und Kapitalismus – und stabilisiert die Verhältnisse dadurch sogar.“ (S. 125) Auch im sekundären Antisemitismus (Killguss/Sturm) werden die Erfahrungen von jüdischen Opfern des

Nationalsozialismus unsichtbar gemacht oder umgedeutet, was in Form von Holocaustleugnung und -relativierung, der Entschädigungsdebatte und der Geschichtsverdrehung/Täter-Opfer-Umkehr sichtbar wird.

Ein bedeutender Diskurs in diesem Kontext ist der des israelbezogenen Antisemitismus (Fava), der die antisemitischen Ressentiments in Verbindung mit Israelkritik thematisiert und das damit einhergehende Verhältnis zwischen Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus (Hößl) als miteinander verschränkt diskutiert. Dabei kann ein per se „muslimischer“ Antisemitismus negiert werden: „Religiösen Selbstverortungen als ‚muslimisch‘ kann mit Blick auf Antisemitismus eine Bedeutung zukommen (...). Dies muss aber nicht immer der Fall sein, wenn sich jemand antisemitisch äußert und sich daneben – in welcher Art und Weise auch immer – als ‚MuslimIn‘ definiert.“ (S. 188) Durch kritische Blickwinkel auf Forschungsergebnisse und -lücken arbeitet der Beitrag auch damit einhergehende Leerstellen auf.

Insgesamt ermöglicht der Band verschiedene Diskurse im Kontext des Antisemitismus und durch pointierte Artikel aufzugreifen. Dabei gelingt dies insbesondere mit Blick auf politische Bildung, indem Leser*innen grundlegende Fragestellungen und Diskurse erkennen und einordnen können. Gleichzeitig können sie durch Hinweise und konkrete Methoden Perspektiven für die eigene Bildungspraxis entwickeln. Der Band ist gesellschaftskritisch und mit Blick auf die Lebenswelten von Juden*Jüdinnen ausgelegt, setzt sich reflektiert mit aktuellen Diskursen auseinander, legt wissenschaftliche Befunde zugrunde und bietet Implikationen für die konkrete Bildungspraxis.

Max Czollek: Gegenwartsbewältigung



München 2020
Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG,
208 Seiten

VON NARMADA SARASWATI Max Czolleks politischer Essay „Desintegriert Euch“ war 2018 eines der meist diskutierten politischen Sachbücher. Darin kritisiert er, dass der Integrationsdiskurs, verbunden mit entsprechenden Rollenzuschreibungen an Juden*Jüdinnen und Menschen of Color, aus einem kulturell dominanten Zentrum kein adäquates politisches Konzept für eine vielfältige Gesellschaft sei.

Der Autor zeigt nun mit seiner zweiten politischen Streitschrift auf, wie stark immer noch völkische Denkweisen in der sogenannten bürgerlichen Mitte der deutschen Gesellschaft etabliert sind.

Rechtsterroristische Anschläge wie in Hanau und Halle, der NSU, eine völkische Partei im Bundestag, rechtsextreme Vorfälle im staatlichen Sicherheitsapparat und die extreme Zunahme von antisemitischen und rassistischen Verschwörungserzählungen – sie alle kommen nicht aus dem Nichts – auch nicht, dass sich große Teile der Gesellschaft immer noch schwertun, die Realität einer postmigrantischen Gesellschaft zu akzeptieren, dass es bis heute keine Chancengleichheit gibt, wenn es um Herkunft geht, und Institutionen gleich welcher Art selten diversitätsorientiert aufgestellt sind. Immer noch herrscht eine zutiefst gefährliche binäre Denklage, die einteilt in ein „Wir“, der so selbstverständlich Dazugehörigen, und „die Anderen“, die nicht-weißen, nicht christlichen Menschen mit oder ohne Migrationsgeschichte.

Czollek greift gleich zu Beginn auf, dass solch ein Denken zu einer „beschränkten Solidarität“ (S. 12) führt. Dies lässt sich an der COVID 19-Epidemie sehr gut beobachten: Wenn plötzlich auch nicht-marginalisierte Menschen in Gefahr sind, kann die Gesellschaft mit bisher unvorstellbaren Maßnahmen reagieren. Aber für Geflüchtete an den Grenzen Europas oder Menschen, die von Rassismus- →

und/oder Antisemitismus betroffen sind, gilt diese enorme gesellschaftliche Solidarität nicht. Ganz im Gegenteil: Es wird nicht alles in Bewegung gesetzt, was eigentlich von staatlicher Seite möglich wäre.

Der Lyriker und promovierte Politikwissenschaftler Czollek plädiert daher dafür, dass es neue politische Konzepte braucht, die einer Gesellschaft der Vielen gerecht werden und der rechten Bedrohung etwas entgegensetzen kann. Doch dafür braucht es eine umfassende „Vergangenheitsbewältigung“ (S. 16) in einem postnationalsozialistischen Deutschland. Dem steht insbesondere die dominante deutsche Erzählung entgegen, dass eine völkische Ideologie mit der Niederlage des nationalsozialistischen Staates plötzlich verschwand. In den folgenden Kapiteln zeigt Czollek anhand von aktuell geführten Diskursen rund um die Begriffe „Heimat“ und „Leitkultur“, was er mit den weit verbreiteten und bisher unaufgearbeiteten völkischen Denkweisen bei gesellschaftlichen Gruppen meint, die sich meistens selbst als gebildet, liberal, demokratisch und auf dem Grundgesetz stehend beschreiben würden.

Dabei widmet Czollek auch dem Kunst- und Kulturbereich ein eigenes Kapitel. Auch hier konstatiert er große Defizite, was die Vergangenheitsbewältigung betrifft, nicht nur mit Blick auf den (Nicht-)Umgang mit jüdischen Autor*innen und Künstler*innen nach 1945. Auch die bis heute konstante Weigerung, insbesondere auch von Akademiker*innen und Literat*innen, diskriminierende Begriffe aus dem Nationalsozialismus und der deutschen Kolonialgeschichte nicht mehr zu verwenden. Eine *Stunde Null* gab es auch hier nicht.

Wie auch schon in „Desintegriert Euch!“ geht der Autor auf die Rolle der symbolischen Juden und Muslim*innen in der Gesellschaft ein. Beide dienen auf sehr unterschiedliche Weise dem Bild eines geläuterten, guten Deutschlands. Ein Anti-Antisemitismus sei angeblich Teil einer deutschen Leitkultur und die „richtigen“ Deutschen müssen nun die Juden vor den antisemitischen Muslim*innen schützen. Statistiken, die zeigen, dass die meisten antisemitischen Gewalttaten von rechten Deutschen ausgehen, werden dabei gnadenlos verdrängt.

Auch die „Hufeisentheorie“, bei der es um die höchst problematische Gleichsetzung von rechts und links geht, so Czollek, führt dazu, dass die scheinbar gute bürgerliche Mitte verkennt, dass die große reale Bedrohung für die plurale Demokratie von völkischem Gedankengut ausgeht und nicht von antirassistischen Linken.

Erste Schritte und politische Ansätze, um der Realität von Gesellschaft und einer wehrhaften Demokratie ge-

recht zu werden, benennt der Autor mit einem „postmigrantischen Antifaschismus“ (S. 158): die Auseinandersetzung mit verschiedenen Diskriminierungsformen und das Einüben eines „Verbündet-Seins“ (S. 160).

Das Buch liefert einen äußerst wichtigen Blick auf die politische Gesamtlage der deutschen Gesellschaft. Politische Bildung, die eng verknüpft mit den Demokratisierungsprozessen nach 1945 ist, muss sich zwingend mit den vielen Leerstellen in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Auch in der politischen Bildung braucht es mehr Perspektiven und Konzepte, die Diversität als Normalität und nicht als Herausforderung begreift. In diesem Sinne regt der politische Essay zu einem intensiven Nachdenken an, was es bedarf um eine plurale Demokratie zu schützen und politische Bildung in einer Gesellschaft der Vielen weiterzuentwickeln.

Jakob Benecke: Außerschulische Jugendorganisation

Eine sozialisationstheoretische und bildungshistorische Analyse



Weinheim 2020
Verlagsgruppe Beltz/Juventa,
636 Seiten

VON ALBERT FUSSMANN Zunächst taucht im Titel eine, dem fachkundigen Leser etwas ungewohnte Begrifflichkeit auf: außerschulisch einerseits und Jugendorganisation andererseits. „Außerschulisch“ als bekannter Begriff, assoziiert eher Jugendbildung, während der Begriffsteil „Jugendorganisation“ eher ungebräuchlich ist und meist mit Jugendverbänden in Verbindung gebracht wird. Ich komme später darauf zurück.

Bei diesem recht umfangreichen Buch handelt es sich um die bearbeitete Habilitationsschrift von Jakob Benecke,

vorgelegt 2018 an der Universität Augsburg bei Professorin Dr. Eva Matthes. Um es vorweg zu sagen: Nicht nur der Text selbst, sondern schon alleine die Fundgrube von Anmerkungen und das umfangreiche Literaturverzeichnis lohnen das Lesen des Buches. Durch die Anlage eines Stichwortverzeichnisses hätte das Buch einen noch höheren Gebrauchswert.

Als langjährig in der Jugendarbeit Tätiger weiß ich um die Geschichtsvergessenheit dieser Disziplin – umso wertvoller ist diese Arbeit, die sich als historische Längsschnittstudie versteht und somit der hektischen Konzeptionitis und Projektitis ein fundiertes Grundlagenwissen zur Seite stellt.

Zunächst werden Jugendorganisationen im Sozialisationskontext verortet als intermediäres System, das sowohl der Interessensvertretung dient als auch als Integrationsinstanz und Kontrolle durch staatlich beaufsichtigte Bildungsleistungen. Schon hier wird die Dichotomie von Jugendorganisationen angelegt: Ihre Entwicklung kann sowohl selbstbestimmt verlaufen als auch komplett unter staatliche Aufsicht gestellt sein, wie der Autor ausführlich an den Beispielen der Hitlerjugend (HJ) und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) nachzeichnet. Mehr als einmal in der Geschichte wurden selbstorganisierte Jugendbewegungen von politischen Akteuren manipuliert, kolonisiert und schließlich in Dienst gestellt.

In fünf Abschnitten wird die bildungshistorische Gesamtdarstellung der außerschulischen Jugendorganisationen quellenreich, unter Benutzung gängiger Fachliteratur aber auch mit neuen Quellen, systematisch dargestellt: Kaiserreich (samt Vorläufer), Weimarer Zeit, Nationalsozialismus, BRD und wiedervereinigtes Deutschland nach 1990 sowie die DDR.

Aber ausgerechnet das sechste Kapitel („Jugendorganisationen in der Bundesrepublik nach 1945 und im wiedervereinigten Deutschland seit 1989/90“) erweist sich nicht nur quantitativ als schwächstes Kapitel: nur 42 Seiten – im Vergleich dazu die Weimarer Zeit mit mehr als 140 Seiten. In diesem Kapitel wird ausschließlich Bezug genommen auf die Entwicklungen der Jugendverbände und der politischen Jugendorganisationen. Die Jugendzentrumsbewegung, die Entstehung der Offenen Arbeit und die zunehmende Professionalisierung innerhalb der Jugendarbeit finden kaum Erwähnung, und die Jugendbildung schon gar nicht.

Möglicherweise mag das daran liegen, dass man abgeschlossene Phasen der Jugendorganisationen (zumindest im historischen Kontext) in einer historisierenden Betrachtung umfassender analysieren kann als eine Entwicklung,

die noch nicht abgeschlossen ist, konzeptionell laufend Veränderung erfährt und vielfältig in unterschiedliche Richtungen mäandert.

Im ausblickenden Schlussteil geht Benecke dann ein wenig den Perspektiven nach, die sich aus seiner Betrachtungsweise für die weitere Entwicklung der Jugendarbeit ergeben. Bekannte Ergebnisse aus diversen Jugendstudien und die vielfach deklinierten Schlagworte wie Bedeutungsverlust, weniger Engagement, geringere Mitgliedszahlen ordnet er gewissermaßen als Konstante der Jugendorganisationen ein, die zahlenmäßig und von ihrer Bedeutung her immer starken Schwankungen unterworfen sind. Als herausragendes neues Element der letzten 40 Jahre benennt er das Entstehen der Jugendkulturen, die sich nicht ohne weiteres wie die Jugendarbeit als intermediäres System begreifen lassen. Die weitere Entwicklung von Jugendorganisationen sieht er durchaus als ambivalent: Aufbruch und Kritik können sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln. Neben der Verfestigung problematischer (z. B. egoistischer oder rechtsradikaler) Einstellungen, können sie auch neue Aufbruchsbewegungen initiieren und dominieren (z. B. Fridays for Future).

Fazit: Neben vielen dem Erkenntnisgewinn dienenden Teilen dieser Studie muss man dennoch die Frage stellen, ob nicht durch die Begrifflichkeit der „Jugendorganisation“ unzulässige Vermischungen entstehen. Nicht immer wird dadurch deutlich, von welchem Gegenstand jeweils die Rede ist: von jugendlicher Selbstorganisation oder staatlicher Intervention, Aufsicht und Steuerung der Jugendarbeit. Dennoch handelt es sich um eine äußerst lesenswerte und trotz ihres Umfangs auch lesefreundliche Lektüre, die gewisse Kontinuitäten sowohl in der Entwicklung von Jugendorganisationen wie auch des gesellschaftlichen Zugriffs auf diese erkennen lässt.

AdB Aktuell

Politische Bildung in einer Gesellschaft der Vielen

Zweite Beiratssitzung des Projekts „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“



Die Mitglieder des Beirats während der Online-Sitzung Foto: AdB

Am 23. Oktober 2020 fand die zweite Beiratssitzung des Projekts „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ in einem Online-Format statt. Das Projekt (2019–2022) wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. durchgeführt und aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördert. Der Beirat trägt als fachliche Begleitung und kritischer Reflexionsraum maßgeblich zum Gelingen des Projekts bei.

In der zweiten Sitzung des Projektbeirats gab es – wie schon beim ersten Treffen – viele wichtige Anregungen und Hinweise, welche Aspekte mitgedacht werden müssen, um im AdB gesellschaftliche Vielfalt besser abzubilden. So unterstrich der Beirat die Haltung des Verbandes, dass das Projekt nur ein Schritt auf dem Weg zu einer rassismuskritischen und diversitätsorientierten Verbandsentwicklung sein kann. Um Strukturen nachhaltig zu verändern müsse der Prozess über das Projekt hinauswirken und nach dem Projekt weiter fortgeführt und begleitet werden. Zwar sei es sehr wichtig und notwendig, auch personell

mehr Menschen mit Marginalisierungserfahrung einzustellen, aber zugleich müssen sich auch inhaltliche Diskurse und damit verbunden Einstellungen verändern, um strukturelle Veränderung herbeizuführen. Gerade als eine etablierte und mehrheitlich weiße Organisation sei es für den AdB bei der Auseinandersetzung mit Diversität und Diskriminierungskritik immer wieder wichtig, eigene (Macht-)Positionen und Haltungen selbstkritisch zu reflektieren.

Ein weiteres wichtiges Thema wurde mit der Frage aufgegriffen, was politische Bildung in einer Gesellschaft der Vielen bedeuten könnte und inwieweit hier auch der AdB als ein Fachverband der politischen Bildung sein Begriffsverständnis weiterentwickeln sollte. Die Geschichte der politischen Bildung in Deutschland weist eine Leerstelle auf im Hinblick auf die Einbeziehung von Minderheiten und es stellt sich die Frage, wie sich dies auf das Verständnis von politischer Bildung auswirkt bzw. ausgewirkt hat. Diese so wichtige Diskussion muss auf jeden Fall fortgeführt werden, so Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB.

Der AdB freut sich, dass er für den Beirat ausgezeichnete wissenschaftliche und praktische Expertise zu den Themen politische Bildung, Rassismuskritik, postkoloniale Theorie, Intersektionalität, Jugend- und Erwachsenenbildung und (post)migrantische Organisationen gewinnen konnte und damit auch einen wichtigen und kritischen Blick von außen erhält. Informationen zu den Mitgliedern des Beirats und zum Projekt finden Sie hier: www.adb.de/projekte/polyphon.

Der AdB nimmt die Bundesjugendministerin beim Wort: „Jugend braucht mehr politische Bildung!“

Vorstellung des 16. Kinder- und Jugendberichts



Foto: BMFSFJ

„Die politische Bildung der Jugend ist gerade auch in bewegten Zeiten ein Stützpfeiler unserer Demokratie.“ Mit diesen Worten stellte Bundesjugendministerin Dr. Franziska Giffey im November 2020 den 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mit dem Schwerpunkt „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ vor. Dafür, so die Ministerin weiter, brauche es eine Ausweitung der Angebote und Orte politischer Bildung.

Die Ministerin greift damit eine der zentralen Empfehlungen der unabhängigen Sachverständigenkommission auf, dass allen jungen Menschen mehr Gelegenheiten und Räume der politischen Bildung zur Verfügung gestellt werden müssen. „Dieser Bedarf“, so Prof. Dr. Christian

Palentien, Vorsitzender der Berichtskommission, „leitet sich einerseits aus Herausforderungen ab, die wir heute gesamtgesellschaftlich haben, aber auch aus den Gefährdungen der Demokratie.“ Zugleich erteilt der Bericht Forderungen nach einer „Neutralität“ politischer Bildung eine Absage. Politische Bildung müsse, so die Berichtskommission, an Demokratie und Menschenrechten ausgerichtet sein. Politische Bildung sei nicht nur in Hinblick auf schulische Bildung zu begreifen, sondern man müsse vor allen Dingen auch auf die außerschulische Bildung schauen, so die Ministerin.

Der AdB begrüßt ausdrücklich die von der Ministerin bei der Pressekonferenz vorgetragenen Bestrebungen des Ministeriums, das in 2020 aufgelegte Sonderprogramm Jugend im Jahr 2021 fortzusetzen. Boris Brokmeier, Vorsitzender des AdB: „Wir nehmen die Ministerin beim Wort und erwarten auch im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) eine deutliche Stärkung der politischen Bildung.“

Download des Berichts: www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht/gesamt

Download der Kurzbroschüre des BMFSFJ: www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht/kurzbroschuere

Download der Jugendbroschüre der Jugendpresse Deutschland: www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht/jugendbroschuere

Auch online ein starkes Netzwerk!

Erste virtuelle Mitgliederversammlung des AdB mit Rekordbeteiligung durchgeführt



Foto: AdB

Am 25. und 26. November 2020 fand die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. statt. Anstatt wie gewohnt in einer Mitgliedereinrichtung zusammenzukommen, versammelten sich die AdB-Mitglieder, der Vorstand und die Geschäftsstelle vor ihren heimischen Computern, um sich virtuell miteinander zu verbinden.

Im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. (HdJ), dem Sitz der AdB-Geschäftsstelle, wurde ein zentrales Studio eingerichtet, aus dem heraus „gesendet“ werden konnte. Alles hat hervorragend geklappt – dank einer sehr guten Vorbereitung, eines kompetenten und flexiblen Teams, gut ausgewählten digitalen Tools und unterstützt von einem professionellen Technikdienstleister.

Die Mitglieder haben sich auf dieses Experiment eingelassen und waren zahlreich erschienen: Mehr als 80 Personen hatten sich im Vorfeld der Mitgliederversammlung registriert.

Eine Mitgliederversammlung hat notwendigerweise eine Reihe von Formalien zu bearbeiten: Berichte müssen entgegengenommen, Arbeits- und Haushaltspläne verabschiedet werden. Für den AdB gab es darüber hinaus einen besonderen Tagesordnungspunkt, denn zwei Organisationen hatten einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Der AdB und seine Mitgliedereinrichtungen freuen sich, nach einer eindeutigen Abstimmung die Kreisau-Initiative e. V. und das Centre Français de Berlin gGmbH im AdB begrüßen zu können. Beide Einrichtungen bringen besondere Expertise in der internationalen politischen Bildung mit. Die Mitglieder des Verbandes freuen sich auf die Zusam-

menarbeit und die gemeinsame Gestaltung der politischen Bildung.

Das *Centre Français de Berlin gGmbH* ist eine internationale Jugend- und Begegnungsstätte in Berlin-Wedding mit Unterkunft, Seminarbetrieb, Gemeinschaftsgarten, Gastronomie, Kulturbetrieb mit eigenem Kino und einem Schwerpunkt in der internationalen Jugendarbeit. Das Mobilitätsbüro hilft jungen Menschen bei der beruflichen Erfahrung im Ausland, insbesondere für Auszubildende und im handwerklichen Bereich. Darüber hinaus organisieren das Tandem Paris-Berlin und das Kompetenzzentrum für internationale Jugendarbeit jedes Jahr zahlreiche Jugendbegegnungen und setzen diese auch um. Zudem führt das Centre das Schüleraustauschprogramm Voltaire für das DFJW durch. Ferner verfügt es über ein eigenes Kulturangebot, Räumlichkeiten für Künstler*innen und eine tolle Infrastruktur für Gruppen von Schüler*innen und Jugendlichen, die in Berlin ein pädagogisches Projekt umsetzen möchten. Das denkmalgeschützte Gebäude feiert in diesem Jahr sein 60-jähriges Bestehen. Es wurde von den Französischen Alliierten als Begegnungsstätte konzipiert.

www.centre-francais.de



Die *Kreisau-Initiative* schafft Lern- und Begegnungsräume, damit insbesondere junge Menschen ein demokratisches, solidarisches und zukunftsfähiges Miteinander in Europa gestalten können. Die inhaltlichen Arbeitsbereiche des Vereins sind Zeitgeschichte und Menschenrechte, Inklusion sowie die sozial-ökologische Transformation.

Die Bildungsarbeit der Kreisau-Initiative hat einen europäischen Charakter mit einem Fokus auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Ihre Schwerpunkte sind internationale und inklusive Jugendbegegnungen sowie Fortbildungen und Seminare für Multiplikator*innen und Fachkräfte der Jugendarbeit.

Die Kreisau-Initiative wurde 1989 gegründet, um den Aufbau und die Arbeit einer internationalen Begegnungsstätte in Krzyżowa/Kreisau (Polen) zu unterstützen. Heute

wird die Begegnungsstätte von der polnischen Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung verwaltet, mit der der Verein eine enge Partnerschaft pflegt – rund 80 % seiner Veranstaltungen finden dort statt.

www.kreisau.de

www.facebook.com/KreisauInitiative

www.youtube.com/user/Kreisau89



Kreisau-Initiative

Für einen Austausch über jugend- und bildungspolitische Entwicklungen konnten als Gäste der AdB-Mitgliederversammlung Dr. Sabine Dengel von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb sowie Dr. Philipp Laurenz Rogge, Referatsleiter im BMFSFJ, gewonnen werden. Themen waren sowohl die Förderbedingungen in Coronazeiten als auch der diskursive Rückenwind, den die politische Bildung derzeit durch die Veröffentlichung des 16. Kinder- und Jugendberichts erfährt. Diesen Rückenwind gilt es nun, aktiv für die Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter zu nutzen.

Da in diesem Jahr aufgrund der besonderen Bedingungen keine Fachtagung zum Auftakt des Jahresthemas 2021 „Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung“ stattfinden konnte, wurde für den zweiten Tag der Mitgliederversammlung eine Referentin eingeladen. ManuEla Ritz, Schwarze deutsche Diplom-Sozialpädagogin und langjährige Teamerin in der politischen Bildung gegen Diskriminierung und für machtkritische Diversifizierung, hielt einen Vortrag zum Thema „Rassismus und Rassismus-Kritik. Worüber sprechen wir (nicht)?“ Neben einem Blick in die (Kolonial-)Geschichte und die NS-Zeit zeigte sie konkrete

Beispiele Schwarzer Selbstbehauptung und Schwarzen Widerstands. Sie machte auf die 208 Mordopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalttaten aufmerksam, die seit 1990 bekannt geworden sind.

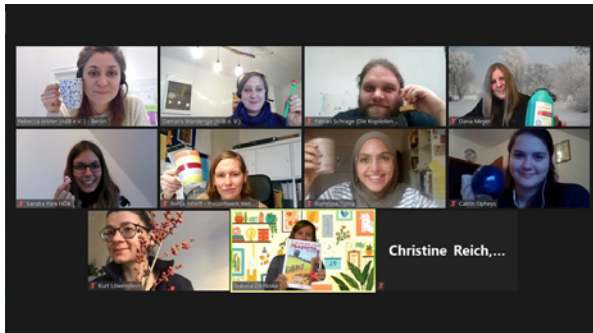
Die Referentin regte die Teilnehmenden an, sich ihrer eigenen Privilegien bewusst zu werden und sich darüber auszutauschen, wie diese Privilegien genutzt werden können, um eine rassismuskritische Öffnung in der eigenen Einrichtung anzustoßen.

Mit diesem inhaltlichen Einstieg und der Diskussion und Verabschiedung der Stellungnahme zum AdB-Jahresthema 2021 (s. S. 64 ff.), wurden die Aktivitäten des Verbands im Kontext des Jahresthemas eröffnet. Ziel ist es, das Thema Rassismuskritik und politische Bildung in diesem Jahr stärker im Verband zu verankern, sowohl als Thema politischer Bildung, als auch als Anregung zur Selbstreflexion und als Anstoß für eine rassismuskritische Organisationsentwicklung. Dass diese Aufgabe ein Prozess ist, der weit über das Jahr hinausgeht und im Grunde sogar unabschließbar ist, ist allen bewusst. Für den AdB ist dieses Jahresthema ein wichtiger Baustein für den laufenden Verbandsentwicklungsprozess, der vor nunmehr drei Jahren angestoßen wurde.

Die Aktualität und Dringlichkeit des AdB-Jahresthemas wird unterstrichen durch den Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, der ebenfalls am 25. November 2020 veröffentlicht wurde. Er fordert ebenso ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen und will Maßnahmen politischer Bildung zu Phänomenen wie Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus und Anti-Schwarzen-Rassismus stärken, was von der AdB-Mitgliederversammlung ausdrücklich begrüßt wurde.

Politische Bildung mit Kindern: Vernetzung und Austausch

Erstes Online-Vernetzungstreffen der Pilotstandorte im Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung!“



Online-Vernetzungstreffen Foto: AdB

Am 11. Dezember 2020 fand das erste Online-Vernetzungstreffen der Pilotstandorte im Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung!“ statt. Der Schwerpunkt des Treffens lag auf einem ersten Kennenlernen der Pilotstandorte untereinander und der verschiedenen Vorhaben sowie darauf, in den gemeinsamen Austausch zu treten.

Die Pilotstandorte stellten ihre Konzepte vor und berichteten zum aktuellen Stand der Umsetzung und den Plänen für das kommende Jahr. Obwohl die Corona-Pandemie viele Pläne hinfällig gemacht hat, konnten alle Pilotstandorte bereits mit der Umsetzung ihrer Vorhaben beginnen. Teilweise waren konzeptionelle Änderungen notwendig: Statt Präsenzveranstaltungen wurden Online-konzeptionstreffen mit Fachkräften und auch mit Kindern durchgeführt, erste Workshops mit Grundschulklassen in Präsenz konnten nur ohne Übernachtung stattfinden und Teamer*innenschulungen wurden hybrid (on- und offline) durchgeführt.

Weiterhin wurden im Rahmen des Vernetzungstreffens Anregungen und Bedarfe für weitere Treffen und Themen-setzungen im Projekt gesammelt. Alle Teilnehmer*innen hoben den Bedarf an Austauschformaten unter den Pilotstandorten, aber auch mit weiteren Akteur*innen im Feld zum Themenfeld „Politische Bildung mit Kindern“ hervor. Zeit und Raum für kollegiale Beratung zu in der Umsetzung der Formate aufkommenden Fragen und Herausforderungen wurden ebenso mehrfach benannt. Weitere Bedarfe liegen im Bereich der fachlichen Weiterbildung zu unterschiedlichen Themen und Inhalten: Hier zeigten sich bereits spannende Synergien unter den Pilotstandorten, die sich durch ihre vielfältige thematische Ausrichtung auch gegenseitig Fortbildungen und Beratung anbieten können.

Im weiteren Projektverlauf sind jährlich zwei Vernetzungstreffen der Pilotstandorte geplant. Das nächste Treffen wird voraussichtlich im April 2021 stattfinden.

Wir freuen uns über ein produktives erstes Vernetzungstreffen der Pilotstandorte und blicken freudig auf die weitere Zusammenarbeit.

Detaillierte Informationen zum Projektvorhaben, zu den beteiligten Pilotstandorten sowie zu aktuellen Veranstaltungen und Publikationen: www.demokratie-profis.adb.de.

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und durch eine Kofinanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördert.

Kooperation mit Schule – nach der Pandemie notwendiger denn je

GEMINI-Broschüre „Team up!“ erschienen



Titel der Broschüre Foto: Andrea Piacquadio / Pexels

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) hat in Zusammenarbeit mit der GEMINI – Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung die Broschüre „Team up! Außerschulische politische Jugendbildung in Kooperation mit Schule“ veröffentlicht. Die Beiträge beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Schule und außerschulischer politischer Bildung und beleuchten die Wichtigkeit der ergänzenden Bildungsangebote außerschulischer Träger in Grundschule, weiterführenden Schulen und Berufsschulen.

Die aktuelle Situation der Covid 19-Pandemie führt dazu, dass schulische Bildung sich noch stärker auf Lehr-/Lerninhalte fokussiert. Der Lernstoff des Stundenplans soll mit allen Mitteln vorangebracht und erfüllt werden. Außerschulische Angebote werden, auch wenn sie nach Infektionsschutzverordnung möglich wären, nicht wahrgenommen. Die notwendige Verbindung von schulischen mit

außerschulischen Angeboten als gleichwertige Bestandteile von Bildung für Kinder und Jugendliche wird somit aufgehoben und in Frage gestellt.

Die Broschüre „Team up!“ gibt Einblicke in die Praxis, beleuchtet kritisch das Verhältnis von schulischer zu außerschulischer Bildung und formuliert Bedingungen für das Gelingen von Kooperationen von Schule und außerschulischen Trägern.

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen müssen die im Moment nicht realisierbaren Kooperation schnellstmöglich wieder aufgenommen und außerschulische Angebote politischer Bildung wieder in den Schulalltag implementiert werden.

Die „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap“ (GEMINI) ist ein Zusammenschluss von bundeszentralen Organisationen der politischen Jugendbildung im Bundesausschuss politische Bildung e. V. (bap), darunter auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. Gemeinsam vertreten sie ca. 1.750 Einrichtungen – Bildungsstätten, Akademien, Vereine und Volkshochschulen auf örtlicher und regionaler Ebene – oder kooperieren mit Ansätzen aufsuchender Bildungsarbeit mit Projektpartner*innen vor Ort.

Download der Broschüre: www.adb.de/download/doc1/20_Gemini_Teamup_Brosch_DS_0.pdf

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Die *Bildungsstätte Anne Frank*, Frankfurt am Main, wurde für ihre Arbeit gegen Rassismus mit dem Hessischen Integrationspreis ausgezeichnet. Die Jury sprach dem Projekt „Bildung, Stärkung, Empowerment: Unsere Arbeit gegen Rassismus“ den mit 7.000 Euro dotierten ersten Platz des Wettbewerbs zu. Zudem ist die sechste Ausgabe von *Other Stories* (Jahrgang 2020/2021), die die *Bildungsstätte Anne Frank* herausgibt, mit dem Titel „Rassismus tötet. Von Hanau bis Moria“ erschienen. Dort finden sich u. a. Einblicke in die Beratungsarbeit in Hanau, ein Interview mit Anastasia Pletoukhina, die den rechtsterroristischen Anschlag in Halle überlebt hat, sowie eine erste Bilanz der Meldestelle „Hessen schaut hin“, die rechte und rassistische Vorfälle dokumentiert.

Am 28. Oktober 2020 hat die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* offiziell ihr neues Gebäude in der Straße der Pariser Kommune 8A im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eröffnet. Damit bezieht die Stiftung im Jahr des 30. Stiftungsjubiläums erstmals ein eigenes Haus. Beim Bau wurde auf soziale Standards und nachhaltige, energieeffiziente Bauweise geachtet.

Die *Akademie Frankenwarte* befindet sich nicht mehr auf dem Nikolausberg. Nach einem Insolvenzantrag Ende März 2020 hat sie Anfang November 2020 mit einem verkleinerten Team neue Räume in der Würzburger Innenstadt bezogen. Ihre Angebote zur politischen Erwachsenenbildung wird sie künftig an verschiedenen Veranstaltungsorten in und um Würzburg anbieten. Grund für die Insolvenz sei die Finanzierungslücke, die nach dem Wegfall der langjährigen Fördermittel durch die Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden sei, erläuterte Prof. Eberhard Grötsch, Vorstand der Gesellschaft für Politische Bildung, die die Akademie trägt.

Anfang Dezember 2020 wurde der Heidelberger Präventionspreis 2020 verliehen. Er wird ausgeschrieben vom Verein „Sicheres Heidelberg e.V.“ und steht unter dem dauerhaften Motto „Heidelberg macht Mut!“. Die Auszeichnung soll dazu dienen, all denjenigen öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, die sich tagtäglich und oftmals auch im Hintergrund mit guten Ideen und Projekten darum bemühen, das Leben und Arbeiten in Heidelberg sicher zu machen und somit die hohe Attraktivität der Stadt zu erhalten. Die diesjährige Ausschreibung lief unter dem Motto: „Miteinander für Vielfalt – Miteinander gegen Diskriminierung“. Den diesjährigen Hauptpreis haben die Heidelberger Interreligiöse Ferien erhalten, die u. a. von *Teileiend e. V. / Muslimische Akademie i. G.* realisiert werden.

Im Jahr 2020 konnten einige AdB-Mitgliedseinrichtungen ein besonderes Jubiläum feiern: die *Friedrich-Ebert-Stiftung*, 95 Jahre; die *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein*, 45 Jahre; die *Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V. – Haus Rissen – Institut für internationale Politik und Wirtschaft*, 55 Jahre; die *Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg*, 30 Jahre; die *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, 30 Jahre und die *Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg*, 60 Jahre. Herzlichen Glückwunsch nachträglich!

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

Seit dem 1. September 2020 ist **TILMAN ZSCHIESCHE** aus Göttingen neuer Geschäftsführer des Internationalen Hauses Sonnenberg, Sonnenberg-Kreis e.V. Der Sozialwissenschaftler leitet seit 2011 in Göttingen das Institut für berufsbezogene Beratung und Weiterbildung (ibbw-consult). Er löst die kommissarische Leiterin **CAROLIN ZIESE** ab.

MARIA BÖHMER wurde am 13. November 2020 von der Mitgliederversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission als Präsidentin bestätigt. **PROF. DR. CHRISTOPH WULF** und **PROF. DR. HARTWIG LÜDTKE** wurden erneut als Vizepräsidenten gewählt.

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V. (IDA) hat am 14. November 2020 in seiner Delegiertenversammlung die Vorsitzenden **JANINA BAUKE** (Ring Deutscher Pfadfinderinnen) und **STEFAN BRAUNEIS** (Jusos) sowie die stellvertretenden Vorsitzenden **LISA-MARIE DAVIES** (SJD – Die Falken), **YVONNE EVERHARTZ** (BDKJ), **CHRISTIN SIEBEL** (DGB-Jugend) und **ALEXANDER STROHMAYER** (Deutsche Sportjugend) in ihrem Amt bestätigt. Als Beisitzer*innen wählten die Delegierten erneut **SARAH HANKE** (djo – Deutsche Jugend in Europa) sowie neu **ÖZGE ERDOĞAN** (BDJA), **SIMON METZGER** (Grüne Jugend) und **ROYLAN TOLAY** (DIDF-Jugend).

MARTIN SCHULZ ist bei der Jahresmitgliederversammlung Mitte Dezember 2020 zum neuen Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung gewählt worden. Er löst damit **KURT BECK** ab, der acht Jahre Vorsitzender der SPD-nahen Stiftung war. Martin Schulz war bereits Mitglied des rund 130-köpfigen Vereins, der die Friedrich-Ebert-Stiftung trägt. Stellvertretende Vorsitzende sind weiterhin **DANIELA KOLBE**, MdB, sowie **MICHAEL SOMMER**, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes a. D.

In der Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e.V. – Haus Rissen – Institut für internationale Politik und Wirtschaft findet 2021 ein Leitungswechsel statt: Nach 12 Jahren verlässt **DR. PHILIPP-CHRISTIAN WACHS** das Haus Rissen im April des Jahres. Nachfolgerin für die Geschäftsführung ist **VERENA FRITZSCHE**. Sie ist bereits seit Dezember 2020 an Bord und hat zu Jahresbeginn 2021 die Führung der Geschäfte übernommen.

TIM SCHROCK, Referent für digitale politische Bildung, wurde im Januar 2021 als neuer Kollege in der AdB-Geschäftsstelle begrüßt. Er unterstützt den AdB und seine Mitgliedereinrichtungen in allen Belangen der Digitalisierung.

Am 20. Januar 2021 hat die Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender ist **KLAUS HINZE** (ehemals Geschäftsführer der Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg e.V.). Stellvertreterinnen wurden **GABRIELE SAUERMANN** (Paritätischer Wohlfahrtsverband Bundesverband) und **ULRIKE MARTIN** (Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.). Als Beisitzer*innen im Vorstand wurden **DETLEF KEMNA** und **JAN LIEVEN** wiedergewählt. **DR. KATJA BACH** (Jugendschutzreferentin der Servicestelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt) und **IMKE SCHMIETA** (Leiterin der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen) wurden neu in den Vorstand gewählt.

Der Diplom-Pädagoge **DOMINIC BERGNER** ist seit dem 1. Februar 2021 neuer Leiter der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer gGmbH wisoak. Er hat Erziehungswissenschaften studiert und war anschließend an den Universitäten Bremen und Osnabrück als wissenschaftlicher Mitarbeiter sowie Lehrkraft für besondere Aufgaben tätig.

Aus Profession und Politik

Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus

Am 25. November 2020 hat der Mitte März 2020 von der Bundesregierung eingesetzte Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus 89 Maßnahmen beschlossen, um Rassismus und Rechtsextremismus entschieden zu bekämpfen, um Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus besser verstehen zu lernen, dem Handeln von Rechtsextremen als starker Staat Antworten zu geben und die Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft zu stärken.

Ein Teil der Maßnahmen dient der Stärkung vorhandener Projekte und Strukturen, ein anderer Teil setzt neue Akzente. Es ist ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen notwendig. Mit deutlich mehr Forschung und Prävention sowie einem Miteinander von Sicherheitsbehörden, Justiz, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern sollen die Bedrohungen überwunden werden. Rechtsextremismus und Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und alle anderen Formen grup-

penbezogener Menschenfeindlichkeit haben keinen Platz in Deutschland, so der Ausschuss. Für die 89 Maßnahmen, die in verschiedenen Ministerien angesiedelt sind und die die Stellungnahmen der Vertreter*innen der Zivilgesellschaft insbesondere von Migrantenorganisationen und der Wissenschaft sowie der Länder berücksichtigen, sollen im Zeitraum 2021 bis 2024 insgesamt 1 Milliarde Euro bereitgestellt werden. Zusätzlich hat die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für die Bereinigungssitzung zum Haushalt 2021 vorgeschlagen, nochmals weitere 150 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 25.11.2020

Download des Maßnahmenkatalogs: www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1

Von der Antirassismuserbeit zur Rassismuskritischen Bildungsarbeit – 30 Jahre IDA

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) nutzt sein 30-jähriges Jubiläum für einen „Rückblick nach vorn“. In diesem Reader werden Kontinuitäten und neue Perspektiven der letzten 30 Jahre präsentiert, die sich sowohl sprachlich als auch konzeptionell niederschlagen. So wurde IDA 1990 als Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Gesellschaft gegründet. Aus den „AusländerInnen“ wurden danach ausländische Mitbürger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund und -geschichte sowie schließlich Menschen mit Rassismuserfahrungen. Die Antirassismuserbeit wurde zur Rassismuskritischen Bildungsarbeit, die auch eigene rassistische Prägungen in den Blick nimmt und die Bekämpfung des Rassismus nicht von der Selbstreflexion und eigenen Verwicklung entlastet.

Im ersten Kapitel werden gesellschaftliche Entwicklungen wie völkischer Nationalismus im rechtspopulistischen Gewand, die Frage der Neutralität in der politischen Bil-

dung, die Auswirkungen des Anschlags von Hanau auf rassistisch diskreditierbare Menschen, anti-asiatischer Rassismus in Zeiten von Corona, die Identäre Bewegung in Deutschland und die Erinnerungsarbeit nach rassistischen Anschlägen diskutiert.

Das zweite Kapitel stellt wichtige Arbeitsfelder, wie die Rassismuskritische Öffnung von Jugendverbänden oder einen rassismuskritischen Sprachgebrauch, sowie die Vielfalt-Mediathek, das IDA-NRW und die Opferberatung Rheinland vor.

Für das dritte Kapitel hat IDA-Geschäftsführer Ansgar Drücker Kooperationspartner*innen des IDA interviewt. Das vierte Kapitel entführt die Lesenden optisch auf eine Reise durch 30 Jahre Cover der IDA-Reader, Flyer und weitere Veröffentlichungen.

Quelle, Bestellmöglichkeiten und weitere Informationen: www.idaev.de/publikationen/reader

Rassismuskritische Öffnung II. Impulse zur rassismuskritischen Entwicklung der Jugend(verbands)arbeit

„Das haben wir schon immer so gemacht.“ – Wer kennt diesen Satz nicht oder hat sich nicht selbst schon dabei ertappt, ihn zu sagen? Wie können träge Institutionen auf Versuche reagieren, ihre Routinen und ihre Organisationskultur so zu verändern, dass sie für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sind? Wie viele andere Organisationen ist auch die Jugend(verbands)arbeit in rassistische Strukturen verstrickt und steht daher vor der Aufgabe, ihre Gewohnheiten daraufhin zu befragen, inwiefern sie Auschlüsse schaffen und wie sie verändert werden können.

Der zweite, von Sebastian Seng und Nora Warrach herausgegebene Reader zur Rassismuskritischen Öffnung will Anregungen für diese Prozesse geben. Er ergänzt den ersten Reader aus dem Jahr 2019 mit Beiträgen zu Möglichkeiten, Organisationsbereiche rassismuskritisch zu ge-

stalten, und zu Erfahrungen aus der rassismuskritischen Prozessbegleitung. Umfassend kommen Stimmen aus der Jugend(verbands)arbeit zu Wort, die ihre Perspektiven und Erfahrungen zu Rassismuskritik und rassismuskritischen Öffnung aus ihren Verbänden heraus präsentieren und diskutieren. Darüber hinaus enthält der neue Reader einen umfassenden Fragenkatalog, der als Hilfestellung dienen soll, die eigene(n) Organisation(en) und Entwicklungsprozesse reflexiv zu überprüfen. Zentrale Begrifflichkeiten werden in einem Glossar erläutert.

Quelle, Bestellmöglichkeiten und weitere Informationen:
www.idaev.de/publikationen/reader

Don't panic, act now. Beteiligung und Demokratie in der politischen Jugendbildung

Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) hat im Dezember 2020 ihr Jahrbuch 2020 veröffentlicht. Der Titel des Jahrbuchs „Don't panic, act now“ ist bewusst als Slogan formuliert. Er richtet sich an das Arbeitsfeld der politischen Bildung, das in der Coronakrise finanziell und strukturell ums Überleben kämpft, aber auch neue kreative und digitale Wege finden muss, um junge Menschen zu erreichen. Der Titel beschreibt zudem eine Grundhaltung, die Jugendliche als Bürger*innen und Mitgestalter*innen ernst nimmt. Es werden Wege aufgezeigt, wie Akteure der politischen Jugendbildung mit aufsuchenden und flexibel einsetzbaren Formaten im digitalen Raum aktiv sein können. Es wird reflektiert, warum sich politische Jugendbildung angesichts der aktuellen

Herausforderungen stärker positionieren und Jugendliche konkret darin bestärken muss, sich an der Gestaltung der Demokratie zu beteiligen. Deutlich wird, was auch im kürzlich veröffentlichten 16. Kinder- und Jugendbericht sichtbar wurde: Politische Bildung und politische Mitsprache bedingen einander. Politische Bildung ist von grundlegender Bedeutung für das Aufwachsen junger Menschen; sie ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe, die als solche anerkannt, strukturell ermöglicht und gefördert werden muss.

Quelle: Vorwort und Begleitbrief des Jahrbuchs; Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Bestellung: office@politische-jugendbildung-et.de

Broschüre: Starke Kinder- und Jugendparlamente

Was macht starke Kinder- und Jugendparlamente aus und wie arbeiten sie? Welche Faktoren sind notwendig, um Kinder- und Jugendparlamente und andere Kinder- und Jugendgremien starkzumachen? Antworten auf diese Fragen liefert eine aktuelle Broschüre des Deutschen Kinderhilfswerks. Basis ist eine Studie, die im Rahmen des Projekts „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ entstanden ist. Die Ergebnisse der Studie zeigen: Kinder- und Jugendparlamente bieten viele positive Lerngelegenheiten für die nachwachsende Generation und machen sie fit für eine vielfältiger gewordene Demokratie. Kinder- und Jugend-

parlamente tragen zur Stärkung kommunaler Demokratie bei. Sie können Kommunen kinderfreundlicher machen und so das Wohlbefinden aller Einwohner*innen steigern. Das Fazit der beteiligten Wissenschaftler*innen: Repräsentative Beteiligungsformate wie Kinder- und Jugendparlamente haben mehr jugendpolitische Aufmerksamkeit und öffentliche Förderung verdient.

Quelle, weitere Informationen und Download der Broschüre: www.kinderrechte.de

Politische Bildung für die Demokratie! Positionspapier der DVPB

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V. (DVPB), der Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung hat das Positionspapier „Politische Bildung für die Demokratie!“ zum Verhältnis von Politischer Bildung, Demokratiepädagogik und Prävention veröffentlicht. Vor dem Hintergrund der Unübersichtlichkeit der im Feld in den letzten Jahren verwendeten Begriffe, den veränderten bildungspolitischen Rahmenbedingungen und der in jüngerer Zeit zu beob-

achtenden weiteren Verschiebung sowohl im Diskurs als auch in der bildungspolitischen Rahmung unter der Formel „Versicherlichung der politischen Bildung“, machten es aus Sicht der DVPB notwendig, eine aktuelle Positionsbestimmung vorzunehmen.

Quelle und Download des Papiers: <http://dvpb.de/wp-content/uploads/2020/11/DVPB-Politische-Bildung-fuer-die-Demokratie.pdf>

Publikation: Shrinking Spaces für die Zivilgesellschaft

Autoritäre und illiberale Regime setzen weltweit die Zivilgesellschaft unter Druck. Zweifelsohne lässt sich global ein Trend beobachten, der Gestaltungsräume für zivilgesellschaftliches Engagement einengt. Gleichzeitig sind auch in den etablierten Demokratien die rechtlichen, gesellschaftlichen oder politischen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement nicht immer ideal. Dabei ist in westlichen Staaten oftmals keine aktive Unterdrückung, sondern eher eine – nicht immer beabsichtigte – Vernachlässigung der Zivilgesellschaft zu beobachten, in deren Folge sich wachsender Reformstau negativ auf die Gestaltungsräume entsprechender Organisationen auswirkt. Der

vorliegende Themenschwerpunkt „Shrinking Spaces für die Zivilgesellschaft. Aktivismus unter illiberalen Vorzeichen“ des Forschungsjournal Soziale Bewegungen (Jg. 32/2020, Heft 3) widmet sich Beiträgen der aktiven Unterdrückung, der passiven Vernachlässigung der Zivilgesellschaft sowie den Gegenstrategien anhand von Fallbeispielen aus Deutschland, Polen, Russland der Türkei, Ungarn und den USA.

Quelle, Bestellmöglichkeiten und weitere Informationen: <http://forschungsjournal.de/jahrgaenge/2020heft3>

DJI-Studie: Auswirkungen der Pandemie auf Kinder

Die Studie „Kind sein in Zeiten von Corona“ wurde vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) durchgeführt und veröffentlicht. Zwischen Ende April und Ende Mai 2020 beteiligten sich deutschlandweit mehr als 12.000 Eltern von Kindern im Alter von drei bis 15 Jahren an der Befragung. Im Anschluss an die Online-Befragung interviewten die Forschenden in 21 Familien ein Kind im Alter von sechs bis 14 Jahren und jeweils ein Elternteil ausführlich.

Kinder aus Familien in schwieriger finanzieller Lage traf die Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 besonders stark: Unter ihnen fühlten sich mehr Kinder einsam als in Familien, die angaben, von ihrem Einkommen gut leben zu können (48 vs. 22 %). Außerdem hatte ein größerer Anteil der Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien in auffälligem Maße mit emotionalen Problemen wie Niedergeschlagenheit, Ängsten und Sorgen (44 vs. 18 %) sowie Hyperaktivität (39 vs. 22 %) zu kämpfen – und zwar umso mehr, je angespannter die Eltern ihre wirtschaftliche Situation empfanden. Auch der Bildungsgrad der Eltern spielt eine Rolle dabei, wie Kinder einen Lockdown bewältigen.

Die Studienergebnisse machen deutlich, was zu einer guten Krisen-Bewältigung betragen kann: Der Anteil der Kinder, die mit der Situation gut zurechtkamen, war unter denjenigen höher, die Geschwister zum Spielen und zum Aufmuntern haben und bei denjenigen, die in regelmäßigem Kontakt mit ihren Großeltern standen. Unter den

Kindern in der Sekundarstufe hatten diejenigen Vorteile, die mit Freunden und Lehrkräften im Austausch blieben. Alle Kinder und Jugendlichen fühlten sich durch häufige Kontakte zu pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften zudem weniger einsam. Das zeigen die Einschätzungen der Eltern ebenso wie die der Kinder und Jugendlichen selbst.

Studienleiterin war Dr. Alexandra Langmeyer, die die Studie zusammen mit weiteren Forschenden aus der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ des DJI durchführte. Sie fordert im Nachgang auf die Studie politische Maßnahmen, die Familien finanziell entlasten und sozialen Unterschieden entgegenwirken. Und sie fordern Kitas und Schulen auf, auch bei Schließungen kreative Formen der Kontaktaufnahme zu entwickeln und im direkten Kontakt mit den Kindern zu bleiben.

Da die Bedeutung der Familien bei der Bewältigung der Krise besonders hoch ist, bekommen gemeinsame Aktivitäten einen besonderen Stellenwert. Die Situation verschärft sich, wenn ein konflikthaltiges Klima herrscht. Deshalb sei es wichtig, Familien in dieser Zeit vermehrt Beratung anzubieten.

Quelle: DJI-Pressemitteilung vom 21.12.2020

Weitere Informationen und Download des Berichts: www.dji.de/themen/kindsein-corona

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Thema des Jahres 2021 beim Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds

Unter dem Slogan „Neue Zeiten? Neue Wege! Deutsch-tschechischen Beziehungen in Zeiten der Pandemie“ möchte der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds im Jahr 2021 zur Diskussion über die Auswirkungen der Krise auf unsere Gesellschaften und die deutsch-tschechischen Beziehungen anregen sowie zur gemeinsamen Überwindung ihrer Folgen motivieren. Zum Jahresthema 2021 können klassische, aber auch digitale deutsch-tschechische Projekte unterstützt werden, die sich mit gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie beschäftigen oder nach neuen Wegen der deutsch-tschechischen Begegnung und Zusammenarbeit in Krisenzeiten suchen.

Leider drängt die Pandemie nach wie vor aktuelle ökologische Herausforderungen in den Hintergrund. Die Akteur*innen des Zukunftsfonds haben sich daher dafür entschieden, das Jahresthema 2020 „Die Zukunft ist jetzt! Gemeinsam nachhaltig handeln“ bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern.

Mit den jährlichen Themenschwerpunkten sollen gegenseitige Inspiration und gemeinsame Diskussionen zwischen Deutschen und Tschechen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen angestoßen werden. Projekte zu diesen Themen können einen Zuschuss von bis zu 70 % der Gesamtkosten erhalten. Projekte zum Jahresthema können jeweils zum Quartalsende, d. h. jährlich zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember, beantragt werden. Zur Frist am 31. Dezember können Anträge sowohl für das laufende sowie auch für das neue Jahresthema eingereicht werden. Die Umsetzung der Projekte kann bis ins Folgejahr hineinreichen.

Weitere Informationen: www.fondbudoucnosti.cz/de/was-wir-fordern/thema-des-jahres/thema-des-jahres

Antragstellung beim Deutsch-Griechischen Jugendwerk für 2021

Das Deutsch-Griechische Jugendwerk wird seine Arbeit zum 1. April 2021 aufnehmen. Um Trägern die Möglichkeit zu geben, für die ersten Monate 2021 Austauschmaßnahmen zu planen, können entsprechende Anträge mit Maßnahmen, die bis einschließlich Ende April beginnen, auf der Basis des Sonderprogramms von 2020 im BMFSFJ gestellt werden. Kosten für Online-Treffen mit den griechischen Partnern können im Rahmen der bestehenden Regelungen über Kleinaktivitäten mit einem Zuschuss bis zu 1.000 Euro bei einem Eigenanteil von 10 % gefördert werden.

Für alle später geplanten Programme müssen die Anträge bis zum 1. Mai 2021 auf Basis der neuen Förderrichtlinien des Jugendwerks gestellt werden. Die Antragsmodalitäten werden im Laufe des Monats März 2021 veröffentlicht, wenn der Aufsichtsrat des Jugendwerks die Richtlinien verabschiedet hat. Alle Anträge werden wie immer über die Zentralstellen gestellt.

Weitere Informationen: <https://agorayouth.com>

Veranstaltungen

1. bis 31. Mai 2021

Bundesweit

BNE-Wochen 2021 zum Auftakt des neuen UNESCO-Programms zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Veranstalter: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Deutsche UNESCO-Kommission
www.bne-portal.de/de/bne-wochen-zum-auftakt-von-bne-2030-sei-dabei-2428.html

4. Mai 2021

online

Brüche überwinden. Die Rolle politischer Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Krisenzeiten

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.; Akademie Schwerin e. V. – Haus für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern; Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
www.adb.de/fachtagungen

18. bis 20. Mai 2021

online

17. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag „Wir machen Zukunft – Jetzt!“

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfetag.html

20. bis 22. September 2021

Nürnberg

3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit

Veranstalter: Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, Bayerischer Jugendring in Kooperation mit der Stadt Nürnberg
<https://bundeskongress-kja.de>

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 45/2020 Schwerpunkt: Care-Arbeit

Heft 46–47/2020 Schwerpunkt: Weltgesundheit

Heft 48/2020 Schwerpunkt: Schwarze Null

Heft 49–50/2020 Schwerpunkt: Rausch und Drogen

Heft 51/2020 Schwerpunkt: Schule

Heft 52–53/2020 Schwerpunkt: Generationen

Heft 1–2/2021 Schwerpunkt: 150 Jahre Reichsgründung

Heft 3–4/2021 Schwerpunkt: Wissen

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 12/2020 Schwerpunkte z. B.: Joe Biden und die Trümmer der USA; Kapitalismus nach der Pandemie; Coronaleugnung mit Gewalt

Heft 1/2021 Schwerpunkte z. B.: Joe Biden, Corona; Der rechte Angriff auf Freiheit und Demokratie; Die Digitalisierung des Menschen

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

Debatte. Beiträge zur Erwachsenenbildung. Budrich Journals, Heft 1/2020

Schwerpunkt: Theorie*Praxis – Perspektivierungen

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; <https://budrich-journals.de>

deutsche jugend, Heft 11/2020 Schwerpunkt: Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft

Heft 12/2020 Schwerpunkt: Körpererfahrungen und Sexualität von Jugendlichen

Heft 1/2021 Schwerpunkt: Grundfragen der Jugendarbeit

Heft 2/2021 Schwerpunkt: Offene Kinder- und Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, Heft 565/2020 Schwerpunkt: Organisierte Kriminalität. Das nationale Lagebild, neue Phänomene und Bekämpfungsstrategien

Bezug: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin; www.politische-meinung.de

DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts,

Heft 2/2020 Schwerpunkt: Im Krisenmodus. Wie das Coronavirus den Alltag von Eltern und Kindern verändert – eine Zwischenbilanz

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; www.dji.de/impulse

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Wellbeing

Heft 4/2020

Schwerpunkt: Geschichten erzählen – Storytelling

Bezug: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen; www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 4/2020 Schwerpunkt: Der gefesselte Riese – oder die Potenziale der Weiterbildung

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; www.alice.ch

FES-info, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung,

Heft 3/2020 Schwerpunkt: Den demokratischen Kern der EU weiter ausbauen

Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin; www.fes.de

forum erwachsenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut, **Heft 4/2020** Schwerpunkt: nachhaltig statt riskant

Heft 1/2021 Schwerpunkt: „Nein, es gibt keinen Generationenkonflikt“

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

Forum Jugendhilfe, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2020; Jugendarbeit in ländlichen Räumen

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.agj.de

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, **Heft 4/2020** Schwerpunkte z. B.: Zur Logik des politischen Entscheidens; Digitalisierung – Chancen und Risiken für die Wirtschaft; Parteienlandschaft in Zeiten von Corona

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 4/2020** Schwerpunkt: Weiterbildungspersonal – interpersonale Zusammenarbeit

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 4/2020** Schwerpunkt: Braucht Kontroversität Grenzen?

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 1/2021** Schwerpunkt: Freiwilliges (digitales) Engagement Jugendlicher

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.kjug-zeitschrift.de

Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, **Heft 41/2020** Schwerpunkt: Erwachsenenbildung und Zeit

Bezug: www.erwachsenenbildung.at/magazin

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, **Heft 5/2020** Schwerpunkt: Ethik und KI

Heft 6/2020 Schwerpunkt: Erinnern in und mit digitalen Medien

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, **Heft 11/2020** Schwerpunkt: Lebensmittel Kultur

Heft 12/2020 Schwerpunkt: USA nach den Wahlen

Heft 1–2/2021 Schwerpunkt: Am Kipppunkt?

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, **Heft 4/2020** Schwerpunkt: Politische Bildung als Extremismusprävention

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, **Heft 4/2020** Schwerpunkt: Souveränitätskrise; Sonderheft: Wem nutzt die Politikwissenschaft?

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, **Heft 4/2020** Schwerpunkt: Krise & Chance

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, **Heft 1/2021** Schwerpunkt: Sozialstaat (Sek. I); Wirtschaftspolitik (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Zeitschrift für Menschenrechte, **Heft 2/2020** Schwerpunkt: Bewegte Menschenrechte

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pd-digital

Filmreihen zur Politischen Bildung

Im Verlag des Medienprojekts Wuppertal sind Dokumentarfilme zu verschiedenen politischen Themen erschienen. Die professionell gestalteten Filme wurden als Bildungs- und Aufklärungsmittel produziert. Sie zeichnen sich durch eine besonders hohe und authentische inhaltliche Dichte und ästhetische Qualität aus. So gibt es eine Filmreihe über Alltagsrassismus bei Jugendlichen, über Achtung, Anerkennung und Toleranz, über Hass, Hetze und Beleidigungen im Netz und eine Filmreihe über Sinti und Roma und Antiziganismus. Es gibt einen Dokumentarfilm über Protestkulturen von jungen Menschen, eine Dokumentation über aktuellen Antisemitismus, über sexualisierte Gewalt und vieles mehr. Die Dokumentarfilme sind als Streaming bzw. zum Download, als Multistreaming zur Nutzung für ganze Gruppen in Kursen und Lehrveranstaltungen sowie auf DVD zum Ankauf bzw. zur Ausleihe erhältlich.

Quelle, weitere Informationen, Bestellung und Filmtrailer:
www.medienprojekt-wuppertal.de

Europäisches Jugendportal

Im November 2020 wurde der Startschuss für das Europäische Jugendportal gegeben. Es ist eine Initiative der Europäischen Union. Die Verantwortung für die inhaltliche Aktualisierung trägt die Europäische Kommission und das Eurodesk-Netz. Das Jugendportal informiert junge Menschen und Jugendakteure in 28 Sprachen über Möglichkeiten und Themen auf EU-Ebene. Es will eine zentrale Anlaufstelle sein, um über EU-Programme wie Erasmus+, DiscoverEU, das Europäische Solidaritätskorps, die EU-Jugendstrategie und den EU-Jugenddialog zu informieren. Es hält Informationen bereit für alle, die im Ausland studieren, sich weiterbilden oder einen Freiwilligendienst leisten möchten.

Quelle: https://europa.eu/youth/news/commissioner-mariya-gabriel-launches-new-european-youth-portal_de
 Portal: https://europa.eu/youth/home_de

Politik verständlich für Kinder

Hanisauland, das Angebot für Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, erklärt Kindern spielerisch wie Demokratie funktioniert und was jeder Einzelne dazu beitragen kann. Nun hat dieses Angebot einen Relaunch erfahren und ist nun auch auf Smartphones und Tablets nutzbar und enthält praktische Hilfestellungen für Lehrkräfte. Responsiv, übersichtlich und für die schnelle mobile Nutzung bearbeitet, entspricht www.HanisauLand.de nun den Nutzungsgewohnheiten der Kinder. Die Inhalte der Website bieten umfangreiche Möglichkeiten sich zu informieren, zu lernen, Ideen zu entwickeln, Wissen zu testen, Verständnisfragen zu stellen, sich mit anderen auszutauschen und selbstständig denken zu lernen. Alle Beiträge der Kinder werden vormodert.

Die Website vermittelt Kindern verlässliche Informationen rund um das Thema Politik. Mit Comicgeschichten, Spielen und der Möglichkeit, eigene Inhalte zu produzieren, werden die Kinder außerdem unterhalten und wird ihre Kreativität gefördert. Dafür hat HanisauLand das Comenius EduMedia Siegel 2020 erhalten.

Quelle: www.bpb.de/presse/318375/politik-verstaendlich-fuer-kinder
www.HanisauLand.de

Neue Demokratie-Plattform

Unter dem Motto „Demokratie kennt keinen Lockdown“ wurde im November 2020 die „Demokratie-Plattform“ durch das BMFSFJ vorgestellt. Ziel der Plattform ist es, Demokratie-Engagierten und deren vielfältigen Angeboten mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Interessierte Bürger*innen können nach passenden Demokratie-Angeboten suchen, um sich weiterzubilden oder zu informieren. Hinter der Plattform steht der Verein Artikel 1 – Initiative für Menschenwürde e. V. Dieser hat im Rahmen von „Demokratie leben!“ die Demokratie-Plattform entwickelt. Bei dem Projekt geht es vor allem darum zu zeigen, dass Demokratie und Vielfalt keine Werte sind, die warten können, bis man wieder im persönlichen Kontakt über sie spricht. Sie finden jetzt und heute statt und die Projekte müssen weiterhin stattfinden, um in den Köpfen der Menschen zu bleiben.

<http://www.demokratie-plattform.de>

Jahrgangsregister **Außerschulische Bildung**

Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

51. Jahrgang 2020

Thema im Fokus

Ballhausen, Ulrich: Europapolitische Bildung in der Schule. Oder: warum die nonformale politische Bildung gerade hier eine wichtige Aufgabe hat! **AB 2/2020** S. 35–37

Dörre, Klaus: Zerrissene Gesellschaft, gefährdeter Zusammenhalt? Solidarität in der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise **AB 1/2020** S. 11–19

Dürrenfeldt, Sina / Gärber, Andrä / Hartmann, Thomas: Ungleichheit in Europa. Was die Menschen erwarten und was jetzt getan werden muss **AB 2/2020** S. 18–22

Einsiedel, Stefan: „... auf echte Gerechtigkeit wagen wir nicht zu hoffen, aber wir wollen aufrichtige Solidarität“. Klimawandel und globale Solidarität **AB 1/2020** S. 20–25

Eith, Ulrich: Regierungszufriedenheit und Protestdemos. Parteiendemokratie und demokratische Stabilität nicht nur in Zeiten von Corona **AB 4/2020** S. 4–11

Fröhlich, Roman / Leskien, Tina: Die Bedeutung des Quality Label for Youth Centres für das wannseeFORUM (Interview mit dem Pädagogischen Leiter und der Dozentin im Fachbereich Politische Bildung der Stiftung wannseeFORUM) **AB 2/2020** S. 38–40

Grund, Julius / Singer-Brodowski, Mandy: Transformatives Lernen und Emotionen. Ihre Bedeutung für die außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung **AB 3/2020** S. 28–36

Guérot, Ulrike: Europäische Perspektiven. Analysen und Zukunftsszenarien **AB 2/2020** S. 4–9

Kalb, Jürgen: Europapolitisch denken und handeln. Die Europäische Union zwischen Effektivität, Partizipation und Legitimation **AB 2/2020** S. 10–17

Kohler, Georg: Was heißt und wie begründet man Solidarität? Plädoyer für den sparsamen Umgang mit einem (zu) häufig verwendeten Begriff **AB 1/2020** S. 4–10

Korte, Karl-Rudolf: Corona-Politik der Parteien. Die deutsche Parteiendemokratie in Bewegung **AB 4/2020** S. 12–19

Ohana, Yael: What's politics got to do with it? European youth work programmes and the development of critical youth citizenship **AB 2/2020** S. 30–34

Rosenzweig, Beate: Beschimpft, beleidigt, angegriffen. Gewalt gegen Politiker*innen als Bedrohung für die Demokratie **AB 4/2020** S. 36–39

Roth, Roland: Die globalen Jugendbewegung(en) für das Klima. Was hat das mit politischer Jugendbildung zu tun? **AB 3/2020** S. 19–27

Schlemm, Annette: Commoning als strukturelle Solidarität. Neue Formen von Solidarität und Solidarisierung **AB 1/2020** S. 26–32

Schultz, Christoph / Schützler, Christoph / Lübcke, Claudia: Solidarität und politische Bildung. Terminologische Annäherung, Verortung und Fragen an die politische Bildung **AB 1/2020** S. 33–39

Siebel, Claudius: „Europa er-fahren“ Wie EU-Programme die Jugend und Jugendarbeit stärken **AB 2/2020** S. 23–29

Sparenborg, Lukas: Verantwortung übernehmen für die Klimakrise. Warum der Klimawandel uns vor große Herausforderungen stellt und wie wir unsere Verantwortung verstehen können **AB 3/2020** S. 12–18

Statements und Erfahrungsberichte von Politiker*innen **AB 4/2020** S. 39–44

Waldvogel, Thomas / Oberle, Monika / Leunig, Johanna: Kommunal wählen gehen?! Die Wirkung von Interventionen politischer Bildung auf die Kenntnisse, Einstellungen und Motivationen von Erstwähler*innen zu Kommunalwahlen **AB 4/2020** S. 20–29

Weizsäcker, Ernst Ulrich von: „Mit Verzicht allein ist das Klima nicht zu retten“ Klimawandel und Klimakrise – Gründe, Ausmaß, Abhilfen **AB 3/2020** S. 4–11

Witt, Iris: Mehr politische Bildung und aktive Verantwortung der Bürger*innen in der repräsentativen Demokratie. Warum für eine zukunftsfähige Transformation politische Verantwortung und Einmischung gelernt werden müssen **AB 4/2020** S. 30–35

Wunderer, Julia: Politische Bildung klimaneutral. Was Bildungsstätten in der Klimakrise tun können **AB 3/2020** S. 37–42

Forum

Bilstein, Nadja: Die AfD und die Grenzen des Sagbaren. Versuche der Grenzverschiebung aus dem Deutschen Bundestag heraus **AB 4/2020** S. 45–48

Christen, Jasmin-Marei: Die digitale Plattform politischbilden.de ist online! (Interview mit der Leiterin des Fachreferats „Religiös begründeter Extremismus“ in der Geschäftsstelle des AdB) **AB 3/2020** S. 49–50

Hirsch, Anja: Uneigennützig? Unternehmensnahe Stiftungen als Förderer des gesellschaftlichen Zusammenhalts **AB 1/2020** S. 40–44

In eigener Sache: Die Außerschulische Bildung wird 50! Würdigungen und Reminiszenzen **AB 3/2020** S. 51–54

Krüger, Thomas: Politische Bildung in Transformationsregionen – Reflexionsräume eröffnen. Planungen der Bundeszentrale für politische Bildung für von Strukturwandel betroffene Regionen **AB 3/2020** S. 43–48

Thomer, Thomas: Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. – Die Bedeutung der Stiftung für die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland **AB 1/2020** S. 45–46

Zeuner, Christine / Pabst, Antje: „Bildung passiert in Wechselwirkung“ Zur subjektiven Bedeutung von Bildungsfreistellung **AB 2/2020** S. 41–48

Politische Bildung praktisch

Billina, Leoni / Dechêne Till: Tutzingener Schülerforum: EuropaPolitik erleben! Eine Politiksimulation zur EU-Klimapolitik **AB 3/2020** S. 55–58

Breuer, Judith: Wege ins Ausland für junge Menschen mit weniger Möglichkeiten – Inspiration Frankreich. Erasmus+ und der Service Civique (International) in Verbindung mit der Mission Locale und Parcours le Monde **AB 2/2020** S. 49–54

Majewski, Eva / Piepenschneider, Melanie: Neue Wege in der politischen Bildung. Pop Up-Labore als Ort der Kommunikation und Partizipation **AB 1/2020** S. 47–51

Wehner, Christine / Kulenkampff, Luiza: Mit Jugendlichen Geschichten von Vielfalt erzählbar machen – vor Ort und im Dialog der Generationen. Das Projekt „1939.2019 – Vielfalt lokaler Erinnerungen“ des Anne Frank Zentrums **AB 4/2020** S. 49–53

Jahresthema im AdB

Lingenfelder, Julia: Transformative Bildung. Was bedeutet Transformative Bildung im Kontext sozial-ökologischer Krisen? **AB 1/2020** S. 52–57

Münch, Ursula: Wenn sich alles verändert. Politische Bildung in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und einer Pandemie **AB 2/2020** S. 55–60

Strohmeier, Simon: Ein Jahrzehnt des Protests. Soziale Bewegungen in der Praxis politischer Bildung **AB 3/2020** S. 59–63

Haas, Sebastian: Erwachsenenbildung am Puls der Zeit? Wirtschaftswelt im Umbruch als Thema in der Akademie Frankenwarte **AB 4/2020** S. 54–58

Rezensionen

Ahlheim, Klaus: Mehr als Qualifikation. Über betriebliche und politische Erwachsenenbildung **AB 3/2020** S. 69–70

Bannasch, Bettina / Hahn, Hans-Joachim (Hrsg.): Darstellen, Vermitteln, Aneignen. Gegenwärtige Reflexionen des Holocaust **AB 2/2020** S. 62–63

Bechhaus-Gerst, Marianne / Zeller, Joachim (Hrsg.): Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit **AB 1/2020** S. 58–59

Behrens, Heidi / Reichling, Norbert: „Ich war ein seltener Fall“ Die deutsch-jüdisch-polnische Geschichte der Leni Zytnicka **AB 1/2020** S. 64–65

Benz, Wolfgang: Alltagsrassismus. Feindschaft gegen „Fremde“ und „Andere“ **AB 2/2020** S. 63–64

Berendsen, Eva / Rhein, Katharina / Uhlig, Tom David (Hrsg.): Extrem Unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts **AB 4/2020** S. 61–62

Blamberger, Günter / Freimuth, Axel / Strohschneider, Peter (Hrsg.): Vom Umgang mit Fakten. Antworten aus Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften **AB 1/2020** S. 61–62

Boehnke, Lukas / Thran, Malte / Wunderwald, Jacob (Hrsg.): Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung **AB 1/2020** S. 60–61

COMPMA / maiz / das kollektiv / Entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung (Hrsg.): Pädagogik im globalen postkolonialen Raum. Bildungspotenziale von Dekolonisierung und Emanzipation **AB 1/2020** S. 59–60

Dander, Valentin / Bettinger, Patrick / Ferraro, Estella / Leineweber, Christian / Rummler, Klaus (Hrsg.): Digitalisierung – Subjekt – Bildung. Kritische Betrachtungen der digitalen Transformation **AB 4/2020** S. 58–66

Engler, Wolfgang / Hensel, Jana: Wer wir sind. Die Erfahrung ostdeutsch zu sein **AB 2/2020** S. 68–71

Foroutan, Naika: Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie **AB 4/2020** S. 63–64

Graefe, Stefanie: Resilienz im Krisenkapitalismus. Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit **AB 2/2020** S. 67–68

Hartmann, Thomas / Dahm, Jochen / Decker, Frank (Hrsg.): Die Zukunft der Demokratie. Erklärt. Verteidigt. Gefährdet? **AB 3/2020** S. 70–71

Hensel, Jana: Wie alles anders bleibt. Geschichten aus Ostdeutschland **AB 2/2020** S. 68–71

Hirsch, Anja: Gemeinwohlorientiert und innovativ? Die Förderung politischer Jugendbildung durch unternehmensnahe Stiftungen **AB 4/2020** S. 66–67

Hermanni, Alfred-Joachim: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Weiterbildungseinrichtungen. Kommunikation nach innen und außen strategisch umsetzen **AB 3/2020** S. 68–69

Holtmann, Everhard (Hrsg.): Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland **AB 4/2020** S. 60–61

Hornuff, Daniel: Die Neue Rechte und ihr Design. Vom ästhetischen Angriff auf die offene Gesellschaft **AB 2/2020** S. 64–65

Juchler, Ingo (Hrsg.): Politische Ideen und politische Bildung **AB 1/2020** S. 65–66

Jung, Norbert / Molitor, Heike / Schilling, Astrid (Hrsg.): Was Menschen bildet. Bildungskritische Orientierungen für gutes Leben **AB 2/2020** S. 66–67

Kloubert, Tetyana: Civic Education und das Problem der Indoktrination. Eine Fallstudie in den USA **AB 3/2020** S. 65–66

Knaus, Thomas / Meister, Dorothee M. / Narr, Kristin (Hrsg.): Futurelab Medienpädagogik. Qualitätsentwicklung – Professionalisierung – Standards **AB 1/2020** S. 66–67

Kost, Andreas / Massing, Peter / Reiser, Marion (Hrsg.): Handbuch Demokratie **AB 4/2020** S. 64–65

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde **AB 2/2020** S. 68–71

Manow, Philip: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay **AB 4/2020** S. 59–60

Patzelt, Werner J.: Politische Bildung für ein demokratisches Deutschland. Ziele, Inhalte, Bilanzen **AB 3/2020** S. 71–72

Reinemann, Carsten / Nienierza, Angela / Fawzi, Nayla / Riesmeyer, Claudia / Neumann, Katharina: Jugend – Medien – Extremismus. Wo Jugendliche mit Extremismus in Kontakt kommen und wie sie ihn erkennen **AB 2/2020** S. 61–62

Schellhöh, Jennifer / Reichertz, Jo / Heins, Volker M. / Flender, Armin (Hrsg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror **AB 1/2020** S. 63–64

Schroeder, Wolfgang / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament **AB 3/2020** S. 64–65

Zuboff, Shoshana: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus **AB 3/2020** S. 66–67

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2021

52. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Boris Brokmeier und Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ulrich Ballhausen, Ina Bielenberg, Boris Brokmeier, Dr. Paul Ciupke, Petra Barz, Dr. Barbara Hopmann, Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder

Redaktions- und Bezugsanschrift:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
<https://fachzeitschrift.adb.de>
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Druckhaus Sportflieger

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 20 €

ab 4 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare,

Arbeitslose (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.



Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de